



**ARCHIV DES  
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung  
Für die Freiheit.

**Wahlprogramm  
zur Landtagswahl 2019**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Sachsen

**„Einfach machen!“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag  
in Dresden am 6. April 2019 )

---

Quelle/Zitierweise:

<https://www.fdp-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/06/Wahlprogramm-FDP-Sachsen.pdf>; 19.11.2019  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-529

**Freie  
Demokraten**

**FDP SACHSEN**

**Einfach**

**machen!**

**Landtagswahlprogramm**

**der FDP Sachsen**

**für die sächsische Landtagswahl**

**am 1. September 2019**

*Inhaltsverzeichnis*

<b>Sachsen neu denken - Für ein Land, in dem mehr geht als anderswo</b> .....	<b>12</b>
<b>StartUp des Lebens – Für beste Bildung in Sachsen</b> .....	<b>14</b>
<b>Frühkindliche Bildung ist Schlüssel für beste Bildungschancen</b> .....	<b>14</b>
Erzieherausbildung zukunftsfähig machen .....	14
Mehr Zeit für eine individuelle Bildung und Betreuung.....	14
Zusammenarbeit mit Schulen verbessern .....	15
Kinder frühzeitig individuell fördern.....	15
Inklusion in den Kitas verbessern .....	15
<b>Schulen zu echten Talentschmieden entwickeln</b> .....	<b>15</b>
Unterrichtsausfall halbieren .....	15
Beste Lehrer für beste Schulen .....	16
Ausreichend Studienplatzkapazitäten auf höchstem Niveau.....	16
Attraktive Lehrergehälter und Anreize für Qualität .....	16
Verpflichtende Weiterbildung für höchste Qualität .....	16
Ältere Lehrer mit Erfahrungsschatz behalten.....	17
Ein Schulabschluss als Grundvoraussetzung .....	17
Moderne Inhalte statt Strukturdebatten .....	17
Digitale Bildung endlich umsetzen.....	17
Digitale Bildung umfassend betrachten .....	17
Lernplattformen als Grundlage für digitale Bildung einführen .....	18
Grundschule aufwerten .....	18
Einführung der ersten Fremdsprache mit Schulbeginn .....	18
Individuelle Förderung in Grundschulen verbessern.....	18
Oberschule als Herzstück des Schulsystems entwickeln.....	19
Oberschulen besser für Berufs- und Alltagsorientierung nutzen .....	19
Sächsisches Abitur und sächsische Gymnasien an der Spitze halten .....	19
Leistungsorientierung durch bessere Bildungsempfehlung stärken .....	19
Berufsorientierung weiter verbessern .....	19
Inklusion mit Verantwortung und Augenmaß umsetzen .....	20
Schulen mehr Freiheit geben .....	20
Schulkapazitäten sinnvoll nutzen – Übungsstunden einführen .....	20
Schulleitung stärken.....	20
Qualität kontrollieren und fördern .....	21

<i>Interkulturelle Bildung verbessern</i> .....	21
<b>Berufliche Bildung praxisnah gestalten</b> .....	<b>21</b>
<i>Berufsausbildung in ganz Sachsen sichern</i> .....	21
<i>Berufliche und akademische Ausbildung als gleichwertig betrachten</i> .....	21
<i>Einheitliche Gesetzgebung zur Berufsausbildung schaffen</i> .....	22
<i>Förderung der Wanderschaft</i> .....	22
<i>Privatschulen sind gleichberechtigte Partner</i> .....	22
<b>Hochschulen zu Fortschrittsbeschleunigern machen</b> .....	<b>22</b>
<i>Qualität der Hochschulen durch Ergebnisse am Arbeitsmarkt messen</i> .....	22
<i>Lernangebote an Hochschulen neu denken</i> .....	23
<i>Forschung und Lehre freier gestalten</i> .....	23
<i>Mehr tenure-track-Professuren</i> .....	23
<i>Hochschule digitalisieren</i> .....	23
<i>Maßgeschneiderte Lehre anbieten</i> .....	23
<i>Lehre mit Grundmitteln finanzieren</i> .....	24
<i>Finanzierung nach dem Leistungsprinzip – gerade in der Lehre</i> .....	24
<i>Studentische Mitwirkung neu denken</i> .....	24
<i>Exzellenz bei Führungskräften fördern</i> .....	24
<i>Sächsische Berufsakademie stärken</i> .....	24
<i>Studentenverpflegung nach slowenischem Vorbild einführen</i> .....	24
<i>Zusammenarbeit zwischen Gründern und Hochschulen erleichtern</i> .....	24
<b>Lebenslanges Lernen und Weiterbildung stärken</b> .....	<b>25</b>
<i>Individuelle Weiterbildung stärken</i> .....	25
<i>Lebenslanges Lernen durch digitale Bildung</i> .....	25
<b>Trauen wir uns mehr zu - Für ein innovatives und digitales Sachsen</b> .....	<b>26</b>
<b>Digitale Strategie und Infrastruktur als Grundvoraussetzung</b> .....	<b>26</b>
<i>Digitale Kompetenzbündelung und Staatsminister für Digitales</i> .....	26
<i>Neue Arbeitsweisen, mehr Transparenz und Agilität</i> .....	27
<i>Ausbildungsoffensive für mehr digitale Kompetenzen</i> .....	27
<i>Digitale Inkubatoren und Start-up-Zentren für Bildung und Wirtschaft</i> .....	27
<i>Leistungsfähige Infrastruktur für eine funktionierende Digitalisierung</i> .....	27
<i>Digitale Infrastruktur der öffentlichen Hand ausbauen</i> .....	28
<i>Programm "Bürger-WLAN" schaffen</i> .....	28
<i>Smartes Land durch intelligente Vernetzung</i> .....	28
<b>Innovationspotenziale aus Forschung und Wissenschaft heben</b> .....	<b>28</b>
<i>Wissenstransfer ist ein Standortfaktor</i> .....	29

<i>Wissens- und Technologietransfer stärken</i> .....	29
<i>Wissensmarketing und Weiterbildung intensivieren</i> .....	29
<i>Zukunftsinvestitionen steigern</i> .....	29
<i>Forschung und Mittelstand vernetzen</i> .....	29
<i>Steuerliche Forschungsförderung</i> .....	29
<i>Politik muss mit Innovation Schritt halten</i> .....	30
<i>Freie Technik für freie Forscher</i> .....	30
<i>Anlagen und Geräte der Hochschulen sinnvoll nutzen</i> .....	30
<i>Sachsens Kreative vernetzen</i> .....	30
<b>Cybersicherheit in der digitalen Zeit ausbauen</b> .....	<b>30</b>
<i>Security First für eigene Datensouveränität</i> .....	30
<i>Strafverfolgungsbehörden bei Cybercrime stärken</i> .....	31
<b>Innovative Verkehrspolitik für ein mobiles Sachsen</b> .....	<b>31</b>
<i>Verkehrsinfrastruktur schneller ausbauen und modernisieren</i> .....	31
<i>Prioritäten bei Verkehrsprojekten in Sachsen setzen</i> .....	31
<i>Bedingungen für Radverkehr verbessern</i> .....	32
<i>Öffentlichen Nahverkehr zukunftsfähig aufstellen</i> .....	32
<i>Neue Beförderungsangebote für mehr individuelle Mobilität zulassen</i> .....	32
<i>Offenheit für neue Technologien statt Verbote</i> .....	33
<i>Verkehrssicherheit stärken und Unfälle vermeiden</i> .....	33
<i>Im Güterverkehr mehr Fracht auf die Schiene bringen</i> .....	33
<b>Nutzen für Bürger durch digitale Dienstleistungen schaffen</b> .....	<b>34</b>
<i>Sachsen muss bei digitalen Bürgerservices schneller werden</i> .....	34
<i>Verwaltungsdienstleistungen bis 2025 digitalisieren</i> .....	34
<i>Datensicherheit beachten</i> .....	34
<b>Versorgung mit Energie sicher und bezahlbar gestalten</b> .....	<b>34</b>
<i>Energiemix mit Braunkohle verantwortungsbewusst gestalten</i> .....	35
<i>Energiemarktwirtschaft statt teure Subventionen</i> .....	35
<i>Erneuerbare Energien müssen Versorgungssicherheit garantieren</i> .....	35
<i>Energieforschung verstärken und Pilotprojekte realisieren</i> .....	35
<i>Energieeffizienz über alle Sektoren verbessern</i> .....	36
<b>Startrampe für neue Ideen - Für ein freiheitliches Sachsen</b> .....	<b>37</b>
<b>Neue Kultur für Gründer und Unternehmer schaffen</b> .....	<b>37</b>
<i>Erleichterter Zugang zu Gründungs- und Wachstumskapital</i> .....	37
<i>Option für Pauschalbesteuerung schaffen</i> .....	38
<i>Informationen zur Gründung nutzen</i> .....	38
<i>Wirtschaftliches Grundwissen in der Schule schaffen</i> .....	38

<i>Große Gründer fangen klein an</i> .....	38
<i>Freiräume für neue Geschäftsmodelle schaffen</i> .....	38
<b>Selbstbestimmtes Arbeiten in einer modernen Arbeitswelt</b> .....	<b>39</b>
<i>Neue Qualifikationen für eine neue Arbeitswelt</i> .....	39
<i>Modernes Arbeitszeitgesetz schaffen</i> .....	39
<i>Engagierte Mitarbeiter sind der Schlüssel zu erfolgreichen Unternehmen</i> .....	39
<i>Flexible Arbeitsverhältnisse schaffen Freiräume</i> .....	39
<b>Bürokratieabbau - Für einen unkomplizierten Freistaat</b> .....	<b>40</b>
<i>Weniger ist mehr in einem handlungsfähigen Staat</i> .....	40
<i>Staatliche Aufgaben auf Notwendigkeit überprüfen</i> .....	40
<i>Regelungsdickicht lichten</i> .....	40
<i>Erforderlich und befristet: Normen begrenzen</i> .....	40
<i>Anzeigeverfahren statt Genehmigungen</i> .....	41
<i>Technische Standards prüfen</i> .....	41
<i>Standardsetzung verantwortlich gestalten</i> .....	41
<i>Behörden einfacher digital erreichen</i> .....	41
<i>EU Recht nicht aufblähen</i> .....	41
<i>Bürokratieabbau entschlossen angehen</i> .....	41
<i>Bürokratieabbau zur Kernaufgabe aller Ministerien machen</i> .....	41
<i>Belastungen bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln senken</i> .....	42
<i>Entlastung bei Dokumentationspflichten von Unternehmen</i> .....	42
<i>Landesbauordnung anwendungsfreundlicher gestalten</i> .....	42
<i>Eine leistungsstarke Finanzverwaltung</i> .....	42
<b>Wachstumskräfte der sächsischen Wirtschaft freisetzen</b> .....	<b>42</b>
<i>Für ein positives Unternehmerbild</i> .....	43
<i>Mehr wirtschaftliche Freiheiten schaffen</i> .....	43
<i>Öffentliche Verwaltung als Partner und Ermöglicher</i> .....	43
<i>Sozialpartnerschaft und Tariffreiheit achten</i> .....	43
<i>Liquidität von Unternehmen verbessern</i> .....	44
<i>Unterstützung für die Fachkräftegewinnung</i> .....	44
<i>Forschung und Entwicklung im Mittelstand fördern</i> .....	44
<i>Bürokratiearmes Sächsisches Vergabegesetz beibehalten</i> .....	44
<i>Faire Wettbewerbsbedingungen für den Einzelhandel</i> .....	44
<i>Datenschutz praxistauglich ausgestalten</i> .....	45
<i>Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer begrenzen</i> .....	45
<i>Ausbildungssystem und Meisterbrief erhalten</i> .....	45
<i>Unternehmensnachfolgen fördern</i> .....	45

<i>Digitalisierungsoffensive in Handwerk und Mittelstand</i> .....	45
<i>Sächsisches Standortmarketing verbessern</i> .....	45
<i>Rohstoffbasis für sächsische Wirtschaft sichern</i> .....	46
<i>Für eine Sonderwirtschaftsregion Lausitz</i> .....	46
<b>Für eine unternehmerische Land- und Forstwirtschaft</b> .....	<b>46</b>
<i>Landwirtschaft nicht länger mit Ideologie überfrachten</i> .....	46
<i>EU-Vertragsleistungen ohne Kappungsgrenzen</i> .....	47
<i>Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen</i> .....	47
<i>Landwirtschaft als Innovationstreiber stärken</i> .....	47
<i>Gewässerpflege</i> .....	47
<i>Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten</i> .....	48
<i>Neuordnung der Ausgleichsregelung erreichen</i> .....	48
<i>Fisch- und Teichwirtschaft nachhaltig unterstützen</i> .....	48
<i>Sächsische Moore erhalten</i> .....	48
<i>Sachsens Weinbau unterstützen</i> .....	48
<i>Waldschutz durch nachhaltige Nutzung</i> .....	49
<i>Forstwirtschaft effektiv unterstützen</i> .....	49
<i>Raubtierpopulation maßvoll regulieren – Weidehaltung schützen</i> .....	49
<i>Verbotsfreier Übergang zu bleifreier Munition</i> .....	50
<i>Wildhege modernisieren</i> .....	50
<b>Tourismus als Wirtschaftsfaktor stärken</b> .....	<b>50</b>
<i>Unbürokratische Initialzündung für neue touristische Entwicklungen</i> .....	50
<i>Destinationsentwicklung unterstützen</i> .....	50
<i>Lieblingsziele für jeden erreichbar machen</i> .....	51
<i>Radtourismus in Sachsen stärken</i> .....	51
<i>Ausflugstourismus und Naherholung stärken</i> .....	51
<i>Gastgewerbe von Restriktionen entlasten</i> .....	51
<i>Sonntagsöffnung in touristischen Regionen erleichtern</i> .....	51
<i>Internationales Tourismusmarketing intensivieren</i> .....	52
<b>Selbstbestimmt, engagiert, solidarisch – Miteinander stark in Sachsen</b> .....	<b>53</b>
<b>Für eine aktivierende Gesellschafts- und Sozialpolitik</b> .....	<b>53</b>
<i>Selbstbewusste Familien</i> .....	53
<i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern</i> .....	53
<i>Für eine Reform des Landeserziehungsgelds</i> .....	54
<i>Wertschätzung und Unterstützung für Senioren</i> .....	54
<i>Altersarmut zielgenau bekämpfen</i> .....	54

<i>Flexibel arbeiten - auch im Alter</i> .....	54
<i>Barrierefreies Wohnen im Alter</i> .....	54
<i>Stärkung der Jugendämter</i> .....	55
<i>Das Kindeswohl steht für uns an erster Stelle</i> .....	55
<i>Die Jugend einfach machen lassen – und dabei unterstützen</i> .....	55
<i>Kein Platz für Gewalt</i> .....	55
<i>Frauen- und Männerhäuser finanziell sichern</i> .....	55
<i>Obdachlosigkeit entgegenwirken</i> .....	55
<i>Sachsen als Land der Vielfalt und des Respekts</i> .....	55
<i>Gleichstellung objektiv nachvollziehbar gewährleisten</i> .....	56
<i>Akzeptanz für Geschlechtsneutralität in Sachsen verbessern</i> .....	56
<i>Für Gleichstellung in Schulen sensibilisieren</i> .....	56
<i>Freiheit endet für uns nicht mit dem Tod</i> .....	56
<b>Moderne und flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern</b> .....	<b>57</b>
<i>Sachsen Gesundheitssystem braucht Nachwuchs</i> .....	57
<i>Wohnortnahe Versorgung sichern</i> .....	57
<i>Krankenhäuser - Spezialisierung und Wohnortnähe erreichen</i> .....	58
<i>eHealth für eine bessere Gesundheitsversorgung</i> .....	58
<i>Kindergesundheit und Geburtsmedizin unterstützen</i> .....	58
<i>Hospizarbeit und Palliativversorgung weiter stärken</i> .....	58
<i>Transparenz schafft Vertrauen</i> .....	59
<b>Pflege zukunftssicher ausgestalten</b> .....	<b>59</b>
<i>Fachkräftemangel aktiv begegnen</i> .....	59
<i>Ländlichen Raum und ambulante Pflege nicht benachteiligen</i> .....	59
<i>Familiäre Pflegestrukturen unterstützen</i> .....	60
<i>Private Initiativen stärken</i> .....	60
<i>Sachsen Möglichkeiten in der Pflege optimal ausschöpfen</i> .....	60
<b>Integration von Zuwanderern vorantreiben</b> .....	<b>60</b>
<i>Vorurteilen durch offene Debatten vorbeugen</i> .....	60
<i>Kulturelle Vielfalt im Rahmen unserer Verfassung</i> .....	61
<i>Klare rechtliche Regeln schaffen Sicherheit und Vertrauen</i> .....	61
<i>Integration durch Erwerbsarbeit</i> .....	61
<i>Fleißige Flüchtlinge unterstützen</i> .....	61
<i>Integration durch Sprache</i> .....	62
<i>Sprachliche Barrieren senken</i> .....	62
<i>Integration durch Aus- und Weiterbildung</i> .....	62
<i>Sachsen braucht Zuwanderung und erfolgreiche Integration</i> .....	62



<b>Inklusion und Barrierefreiheit.....</b>	<b>62</b>
<b>Verlässlichkeit und Vertrauen schaffen – Für ein sicheres Sachsen.....</b>	<b>64</b>
<b>Handlungsfähigkeit der Polizei verbessern.....</b>	<b>64</b>
<i>Gute Polizeiarbeit braucht ausreichend Personal .....</i>	64
<i>Polizei als attraktiver Arbeitgeber .....</i>	64
<i>Digitalisierungsoffensive Polizei .....</i>	65
<i>Polizeiausbildung zukunftsfest machen .....</i>	65
<i>Polizeipräsenz vor Ort stärken .....</i>	65
<i>Polizisten vor unnötiger Bürokratie entlasten.....</i>	65
<i>Mehr Bürgerpolizisten vor Ort.....</i>	65
<i>Niemand ist unfehlbar – auch nicht unsere Polizei .....</i>	66
<i>Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern .....</i>	66
<i>Neue Wege auch in der Polizeiarbeit .....</i>	66
<i>Für ein zukunftsfähiges Polizeigesetz .....</i>	66
<i>Wachpolizei und Sicherheitswacht sind kein Polizeiersatz .....</i>	67
<i>Videoüberwachung für Kriminalitätsschwerpunkte .....</i>	67
<i>Überwachung von Kommunikation .....</i>	67
<i>Strukturelle Verbesserungen beim Verfassungsschutz.....</i>	67
<b>Für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine leistungsstarke Justiz</b>	<b>67</b>
<i>Für eine leistungsstarke Justiz .....</i>	68
<i>Für eine moderne und zukunftsfähige Justiz .....</i>	68
<i>Für schnellere Verfahren in der Justiz .....</i>	68
<i>Ein wirksamer Strafvollzug .....</i>	68
<i>Bessere Ausbildung für verantwortungsvolle Arbeit.....</i>	69
<i>Strafhaft als letztes Mittel .....</i>	69
<i>Wiedereingliederung organisieren.....</i>	69
<i>Für ein wirksames Jugendstrafrecht und Strafvollzug.....</i>	69
<b>Leistungsfähigkeit von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz sicherstellen.....</b>	<b>70</b>
<i>Die Feuerwehr als Ehrenamt.....</i>	70
<i>Nachwuchs für Feuerwehr und Katastrophenschutz sichern .....</i>	70
<i>Kommunen bei Großschadensereignissen nicht allein lassen .....</i>	70
<i>Moderne Technik für unsere Feuerwehren.....</i>	70
<i>Katastrophenschutz angemessen ausstatten .....</i>	71
<i>Ein Schutzkonzept das alle Organisationen einbindet .....</i>	71
<b>Finanzen solide gestalten und Bürger entlasten .....</b>	<b>71</b>

<i>Klug investieren und Schulden tilgen.....</i>	<i>72</i>
<i>Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen senken.....</i>	<i>72</i>
<i>Eigentumserwerb in Sachsen fördern.....</i>	<i>72</i>
<i>Transparenz im Sächsischen Staatshaushalt schaffen.....</i>	<i>72</i>
<i>Kommunen finanziell auf eigene Beine stellen .....</i>	<i>72</i>
<i>Förderprogramme auf Wirksamkeit überprüfen .....</i>	<i>72</i>
<i>Unternehmensbeteiligungen des Landes überprüfen .....</i>	<i>73</i>
<b><i>Für einen zeitgemäßen Verbraucherschutz.....</i></b>	<b><i>73</i></b>
<i>Marktüberwachung als effektiver Verbraucherschutz .....</i>	<i>73</i>
<i>Für nachvollziehbare Inhaltsangaben.....</i>	<i>73</i>
<i>Bewusstsein für Qualitätsprodukte schärfen.....</i>	<i>73</i>
<b><i>Klare Regeln für Migration schaffen und durchsetzen.....</i></b>	<b><i>73</i></b>
<i>Für ein neues Einwanderungsrecht.....</i>	<i>74</i>
<i>Abschiebungen konsequent durchsetzen.....</i>	<i>74</i>
<i>Zentrale Erstaufnahme von Asylbewerbern.....</i>	<i>74</i>
<b><i>Für eine moderne Verwaltung in Sachsen.....</i></b>	<b><i>74</i></b>
<b><i>Sachsens Potenziale aktivieren - Für eine starke Heimat und gesunde Umwelt .....</i></b>	<b><i>76</i></b>
<b><i>Landesentwicklung für gleichwertige Chancen.....</i></b>	<b><i>76</i></b>
<i>Innovation und Investitionen für lebenswerten ländlichen Raum .....</i>	<i>76</i>
<b><i>Ein attraktiver Freistaat braucht starke Kommunen.....</i></b>	<b><i>77</i></b>
<i>Mehr Freiheiten für Kommunen.....</i>	<i>77</i>
<i>Zusammenarbeit vor Ort stärken statt Zwang zur Fusion .....</i>	<i>77</i>
<i>Finanzielle Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung.....</i>	<i>77</i>
<b><i>Wohnungs- und Städtebau bedarfsgerecht gestalten.....</i></b>	<b><i>78</i></b>
<i>Flexible und anpassungsfähige Strukturen für den ländlichen Raum schaffen .....</i>	<i>78</i>
<i>Mehr Marktwirtschaft im Wohnungsbau.....</i>	<i>78</i>
<i>Eigentumserwerb gezielt fördern.....</i>	<i>78</i>
<i>Bürokratie abbauen – Genehmigungspraxis vereinfachen.....</i>	<i>79</i>
<i>Unsere Innenstädte als besondere Wirtschaftsräume .....</i>	<i>79</i>
<b><i>Für einen intelligenten Schutz von Natur, Umwelt und Klima .....</i></b>	<b><i>79</i></b>
<i>Forschung statt Hysterie zum Schutz von Insekten .....</i>	<i>79</i>
<i>Artenvielfalt fördern - Zwei Prozent Wildnis für Sachsen .....</i>	<i>80</i>
<i>Klimapolitik mit Weitsicht.....</i>	<i>80</i>
<i>Naturschutz Gemeinsam gestalten.....</i>	<i>80</i>
<i>Hochwasserschutz konsequent vorantreiben .....</i>	<i>80</i>
<i>Arbeit der Tierheime wertschätzen.....</i>	<i>81</i>

<i>Luftreinhaltung mit intelligenten Technologien</i> .....	81
<i>Artenvielfalt fördern und regionale Verantwortung stärken</i> .....	81
<i>Gefährliche Pflanzen beseitigen</i> .....	81
<i>Sanierung im Tagebau und Bergbau fortsetzen</i> .....	81
<b>Traditionen und Vielfalt als Chance begreifen – Für ein lebenswertes Sachsen</b> .....	<b>82</b>
<b>Für eine neue politische Kultur in Sachsen</b> .....	<b>82</b>
<i>Neue Debattenkultur statt Aggressivität</i> .....	82
<i>Respekt und klare Regeln</i> .....	82
<i>Bessere politische Bildung</i> .....	83
<i>Mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen</i> .....	83
<i>Bürgerbeteiligung durch Verfassungsanpassung stärken</i> .....	83
<i>Volksabstimmungen erleichtern</i> .....	83
<i>Beteiligung an Kommunalhaushalten</i> .....	84
<i>Stärkung des Petitionsrechts</i> .....	84
<i>Gesetzliches Wahlalter auf 16 Jahre senken</i> .....	84
<b>Sport und Ehrenamt stärken</b> .....	<b>84</b>
<i>Gute Sportpolitik braucht optimale Strukturen</i> .....	84
<i>Sport lebt vom Ehrenamt</i> .....	84
<i>Jugendliche im Ehrenamt</i> .....	84
<i>Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes</i> .....	85
<i>Breitensport heißt Vielfalt</i> .....	85
<i>Sportstättenbau</i> .....	85
<i>Schulsport nicht weiter vernachlässigen</i> .....	85
<i>Ausbau von Ganztagsangeboten</i> .....	85
<i>Die Sportvereine als Netzwerkpartner der Schulen</i> .....	85
<i>Jeder sächsische Schüler muss schwimmen können</i> .....	86
<i>Sport als Schlüssel für Integration und Inklusion</i> .....	86
<i>Weiterentwicklung des Bildungs- und Teilhabepaketes</i> .....	86
<i>Barrierefreiheit im Sport</i> .....	86
<i>Ein Spitzensport, der seinen Namen verdient</i> .....	86
<i>Leistungsfähige Sportschulen</i> .....	87
<i>Vereinbarkeit von Spitzensport und Beruf</i> .....	87
<i>Sachsen als Bühne des Weltsports</i> .....	87
<i>Spitzensport ist kein Sicherheitsrisiko</i> .....	87
<i>Das Ehrenamt wertschätzen</i> .....	87
<b>Für eine breite Vielfalt bei Kultur und Medien</b> .....	<b>87</b>

<i>Kulturraumgesetz für neue Angebote öffnen .....</i>	88
<i>Schlösser und Industriekultur bewahren.....</i>	88
<i>Kulturwirtschaft unterstützen .....</i>	88
<i>Kindern den Zugang zu Musikschulen und Theatern erleichtern .....</i>	88
<i>Kulturhauptstadt Europas 2025 als Chance begreifen.....</i>	88
<i>Duales Rundfunksystem reformieren .....</i>	89
<i>Meinungsvielfalt in der regionalen Medienlandschaft sichern .....</i>	89
<i>Reform der Landesmedienanstalt.....</i>	89
<i>Regulierung von Werbung.....</i>	89
<i>Erhalt von sorbischer Sprache und Kultur .....</i>	89
<i>Wendegeschichte im öffentlichen Diskurs .....</i>	90
<i>Kulturgüter schützen .....</i>	90
<b><i>Sachsens besser international vernetzen .....</i></b>	<b>90</b>
<i>Wirtschaftszusammenarbeit mit Asien verbessern .....</i>	90
<i>Interkulturellen Austausch fördern.....</i>	90
<i>Großbritannien bleibt ein Partner für Sachsen.....</i>	91
<i>Zusammenarbeit mit Nachbarländern auf allen Ebenen vorantreiben .....</i>	91
<i>Grenzenlos mobil in Europa .....</i>	91
<i>Kohäsionspolitik .....</i>	91

## Sachsen neu denken - Für ein Land, in dem mehr geht als anderswo

Unser Freistaat Sachsen steht vor einer entscheidenden Landtagswahl. Vieles wurde seit der Neugründung des Landes geschafft. Wir sind stolz auf die Fortschritte in der Lebensqualität für viele Bürgerinnen und Bürger. Doch heute spüren wir auch: Es geht längst nicht mehr so schnell voran, wie sich das viele von uns wünschen – und wie wir es als ambitioniertes Bundesland brauchen.

Sachsen steht vor zahlreichen Herausforderungen. Ob bei Bildungsqualität, modernen Verkehrswegen, wirtschaftlichen Aufstiegschancen, Digitalisierung, Sicherheit oder politischer Kultur – unser Bundesland entwickelt sich längst nicht mehr dynamisch genug. Zu viel Langsamkeit, Bürokratismus, Anspruchslosigkeit und Überheblichkeit der Regierung bremsen Engagement und gute Ideen aus.

Wir wollen eine höhere Lebensqualität und bessere Perspektiven für alle Sachsen schaffen. Jeder soll bei uns aus eigener Kraft seinen „sächsischen Traum“ verwirklichen können. Durch eigene Leistung voranzukommen muss dafür bei uns einfacher und attraktiver sein als anderswo. Nur so werden wir den Freistaat auch bundesweit wieder auf die Überholspur bringen.

Unser Ziel ist es, die Talente und Potenziale, die in unserem Land schlummern, kraftvoll zur Entfaltung zu bringen. Dafür brauchen wir einen neuen Aufbruch und ein neues Denken in nahezu allen Politikbereichen.

Nicht die sächsische Staatsregierung oder Vorschriften schaffen mehr Wohlstand – es sind die vielen fleißigen und kreativen Köpfe, die Arbeitnehmer und Unternehmen, die Anpacker und Macher, die Engagierten im Ehrenamt und in der Bürgerschaft. Sie erwarten einen Freistaat, der ihnen keine Steine in den Weg legt, sondern ihr Engagement wertschätzt, sie unterstützt und ihnen Freiräume verschafft. Für einen neuen Aufbruch in unserem Land wollen wir Sachsen bei zentralen Themen neu denken:

- Ein faires Land, das sich als Partner für Bürgerinnen und Bürger versteht und ihnen durch mehr finanzielle Freiräume ein Vorankommen aus eigener Leistung ermöglicht.
- Ein unkompliziertes Land, das mehr Freiheiten für die persönliche Entfaltung schafft und dafür Bürokratie und Bevormundung verringert.
- Eine alltagstaugliche und moderne Bildungspolitik, die unsere Schüler an die Spitze in Europa führt.
- Einen innovationsfreudigen Freistaat, der durch digitale Innovationen und gründerfreundliches Unternehmertum für mehr Lebensqualität der Bürger sorgt, schnelles Internet und leistungsfähige Mobilfunknetze unterstützt.
- Ein leistungsfähiges Verkehrsangebot, das dafür sorgt, dass jeder Bürger ohne Stau und mit dem Verkehrsmittel seiner Wahl mobil sein kann.
- Einen starken und verlässlichen Rechtsstaat, der persönliche Sicherheit garantiert und gegen Kriminalität jeglicher Art konsequent vorgeht.

- Starke und handlungsfähige Städte und Gemeinden, die vom bürokratischen Gängelband des Freistaates befreit werden und eigenverantwortlich die besten Lebensbedingungen vor Ort schaffen können.
- Eine neue politische Kultur, die den Bürger ernst nimmt und ihn nicht länger von oben herab behandelt.

Warum werben wir als Freie Demokraten um Ihr Vertrauen zur Landtagswahl?

Sachsen war bisher immer dann besonders erfolgreich, wenn es aus der politischen Mitte regiert wurde. Gerade jetzt wollen wir unser großartiges Bundesland weder populistischen Scharfmachern, noch bloßen Verwaltern des Status quo überlassen. Sachsen braucht einen neuen Aufbruch, frische Ideen und neues Denken.

Unsere Kandidaten sind so vielfältig wie unser Land. Sie vereinen individuelle Berufsbiografien mit politischem und parlamentarischem Handwerkszeug und Regierungserfahrung. Es reicht nicht, Probleme nur zu beschreiben, es braucht die Kompetenz, diese auch zu lösen. Dafür stehen wir – als starke freiheitliche Alternative für alle Demokraten im Freistaat Sachsen.

## **StartUp des Lebens – Für beste Bildung in Sachsen**

Bildung schafft das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben, für Chancengerechtigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlstand in unserem Land. Wir setzen uns dafür ein, dass weltbeste Bildung kein Privileg, sondern für alle zugänglich ist. In allen Bereichen von der Kindertagesstätte über Schulen bis hin zu Berufs- und Hochschulen haben wir den Anspruch, mit Sachsen eine internationale Vorreiterrolle einzunehmen.

Beste Bildung braucht hochmotivierte Erzieher und Lehrer. Ausreichende und qualitativ hochwertige Ausbildungskapazitäten für Erzieher, Lehrkräfte und Dozenten sind eine Grundvoraussetzung. Für ein attraktives Berufsbild sollten Erzieher und Lehrer aber auch ein Arbeitsumfeld vorfinden, das anderswo selbstverständlich ist: gepflegte Räume, professionelle Abläufe und eine angemessene Ausstattung mit Arbeitsmitteln wie Laptops und Lehrmaterialien.

Angesichts neuer Herausforderungen durch eine vielfältigere Schülerschaft, moderne Formen der Wissensvermittlung und digitale Lernkonzepte müssen wir die bisherigen Bildungskonzepte auf allen Ebenen auf den Prüfstand stellen. Wir stehen für eine werte- und leistungsorientierte Bildungspolitik, die sowohl Fachwissen vermittelt als auch gesellschaftliche und soziale Kompetenzen sowie vernetztes Denken und Handeln fördert. Eine breite humanistische Bildung vermittelt auch Grundwerte unserer Demokratie und Kultur. Wir unterstützen und fördern ein lebenslanges Lernen zur Weiterentwicklung unserer Bürger. Bildung und Lernen endet nie.

## **Frühkindliche Bildung ist Schlüssel für beste Bildungschancen**

Bildung beginnt nicht erst in der Grundschule. Für uns hat daher die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege einen hohen Stellenwert. Sie beeinflusst maßgeblich spätere schulische Erfolge. Wir brauchen gut ausgebildetes Personal, bessere Betreuungsschlüssel und bestens ausgestattete Kitas, um allen Kindern optimale Bildungschancen zu eröffnen.

## **Erzieherausbildung zukunftsfähig machen**

Lange Ausbildungszeiten und Schulgeld schrecken viele von der Erzieherausbildung ab. Wir wollen die Ausbildung attraktiver gestalten. Dazu gehört die Übernahme des Schulgeldes durch das Land und die Zahlung einer Ausbildungsvergütung. Unser Ziel ist es, die Ausbildungszeit bei der Kombination von Sozialassistent und Erzieher zu verkürzen. Bisher muss vor Beginn der Ausbildung eine zweijährige Tätigkeit als Sozialassistent absolviert werden. Für alle Abiturienten und Bewerber mit einer anderweitigen abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem Hochschulstudium wollen wir die Voraussetzung abschaffen.

## **Mehr Zeit für eine individuelle Bildung und Betreuung**

Qualität in der Kita steht für uns an erster Stelle. Erzieher müssen Freiräume bekommen, jedes Kind individuell zu fördern. In den kommenden Jahren brauchen wir insbesondere im Hort und bei der Schulvorbereitung einen besseren Betreuungsschlüssel (Verhältnis Erzieher zu Kindern). Zudem haben kleine Einrichtungen Probleme, Vor- und Nachbereitungszeiten auch in der Praxis umzusetzen. Wir wollen sie daher unterstützen, die Personalsituation über den geforderten Betreuungsschlüssel hinaus zu verbessern. Wir

werden den sächsischen Bildungsplan mit dem Ziel überarbeiten, bürokratische Belastungen für Erzieher zu verringern.

### **Zusammenarbeit mit Schulen verbessern**

Wir wollen den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule besser gestalten. Die Ressourcen im Schulvorbereitungsjahr müssen sowohl auf schulischer Seite als auch auf Seite der Kindertagesstätten verbessert werden. Wir wollen, dass Hort und Grundschule noch intensiver zusammenarbeiten. Mitarbeiter von Schule und Hort sollen zukünftig auch gemeinsam in beiden Einrichtungen arbeiten können. Horte sollen langfristig als Ganztagsangebot in die Grundschule integriert werden.

### **Kinder frühzeitig individuell fördern**

Frühkindliche Bildung lebt von abwechslungsreichen und individuellen Angeboten. Wir wollen ein "Sächsisches Kita-Talentprogramm" entwickeln. Dabei erhalten die Träger der Kindertagesstätten mehr Möglichkeiten, verschiedene Projekte zur Unterstützung der frühkindlichen Entwicklung zu realisieren – ob für Sprachentwicklung, Motorik, Schwimmen oder auch Musik.

### **Inklusion in den Kitas verbessern**

Inklusion wollen wir von Anfang an ermöglichen. Zukünftig muss es in jeder Gemeinde mindestens eine Kindertagesstätte geben, die einen Erzieher mit heilpädagogischer Zusatzausbildung hat. Diese Erzieher sollen auch mehr Vor- und Nachbereitungszeiten erhalten. Zudem muss die Kinder- und Jugendhilfe mit den Kindertagesstätten besser zusammenarbeiten. Um Inklusion in der Praxis zu gestalten, braucht es zudem eine barrierefreie Ausstattung der Kita-Gebäude.

### **Schulen zu echten Talentschmieden entwickeln**

Wir stehen für eine konsequente Einhaltung des Leistungsprinzips an sächsischen Schulen. Wir machen uns dafür stark, dass sich sächsische Bildungsinhalte stets an weltweit führenden Bildungsnationen orientieren. Jedes Kind soll entsprechend seiner Fähigkeiten gefördert und gefordert werden und den für sich besten Bildungsweg gehen können. Wir wollen Schulen zu einem Ort machen, an dem Lernen Spaß macht, und die Gebäude baulich und technisch auf den modernsten Stand bringen.

Für uns werden in der Schule nicht nur Fakten vermittelt. Zum Bildungsauftrag gehören ebenso Grundzüge eines sozialen und demokratischen Miteinanders. Wir wollen zudem den "Akademisierungsdruck" stoppen. Wir brauchen zukünftig Facharbeiter, Meister und Master. Die Herausforderung für die Schulen ist es, passende Karrierewege zu den jeweiligen eigenen Talenten aufzuzeigen. Die langfristige Qualitätsentwicklung der Schulen steht für uns an erster Stelle.

### **Unterrichtsausfall halbieren**

Wissen kann nur vermittelt werden, wenn Unterricht auch stattfindet. Wir wollen den Unterrichtsausfall minimieren und in einem ersten Schritt in den nächsten fünf Jahren mindestens halbieren. Dafür werden wir das Handlungsprogramm der Staatsregierung weiterentwickeln. Schulen wollen wir ein eigenes Budget geben, um mit eigenen Ideen und eigenen Maßnahmen den Unterricht garantieren zu können. Insbesondere gilt es,



ehemalige und aktuelle Lehrer dazu zu motivieren, Vertretungsunterricht wahrzunehmen und möglichst lange im Beruf zu bleiben. Wir wollen, dass der Ergänzungsbereich, der auch zur Abfederung des Unterrichtsausfalls dient, endlich wieder planerisch berücksichtigt wird und wir zu einer Unterrichtsabsicherung von mindestens 105 Prozent kommen. Zudem wollen wir die Anerkennung von ausländischen Lehrerausbildungen entbürokratisieren und beschleunigen.

### **Beste Lehrer für beste Schulen**

Sachsens Schüler haben ein Recht auf die besten Lehrer. Es entscheiden in erster Linie nicht das Schulsystem oder die Klassengröße über den Erfolg schulischer Bildung, sondern die Qualität des Unterrichts. Das Wissen und Können sowie die Fähigkeiten von Lehrern sind dabei der zentrale Schlüssel zum Erfolg. Als Anteil der nicht grundständig ausgebildeten Lehrer wollen wir bei Neueinstellungen 10 Prozent je Schulart anstreben. Die Bereicherung des Unterrichts durch Seiteneinsteiger begrüßen wir. Wir wollen die systematische Qualifizierung dieser wertvollen Lehrkräfte im Rahmen einer Qualitätsoffensive absichern und sicherstellen, dass ihnen und den Schülern durch die fehlende grundständige Lehramtsausbildung keine Nachteile entstehen. Gleichzeitig wollen wir die Anzahl der zu leistenden Weiterbildungstage erhöhen und den Schulen dafür entsprechende Budgets geben.

### **Ausreichend Studienplatzkapazitäten auf höchstem Niveau**

Sachsen muss ausreichend Studienkapazitäten haben, um den eigenen Lehrkräftenachwuchs selbst ausbilden können. Bei der Lehrereinstellung muss eine Auswahl von Bewerbern nach Qualität wieder möglich werden. Daher sollte die Ausbildung auch über Bedarf erfolgen. Das Studium an den drei Standorten Dresden, Leipzig und Chemnitz muss gestärkt werden. Wir wollen mehr Praxisnähe und das Studium um Elemente der digitalen Bildung und Förderpädagogik weiter ergänzen.

### **Attraktive Lehrergehälter und Anreize für Qualität**

Zu attraktiven Arbeitsplätzen gehört eine angemessene Vergütung. Durch die Verbeamtung von Lehrkräften dürfen keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen. Grundsätzlich müssen die Nettogehälter der angestellten Lehrer vergleichbar sein. Eine sukzessive Angleichung der Gehälter und Besoldung von Lehrern verschiedener Schulformen streben wir an. Für besondere Mangelfächer und Regionen soll es weitere Zuschläge geben können. Die angestrebte Überprüfung der Verbeamtung im Jahr 2023 ist sachgerecht und ergebnisoffen durchzuführen. Um eine ergebnisoffene Prüfung zu ermöglichen, ist bis 2023 ein Alternativkonzept zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes zu erstellen, welches auf Verbeamtungen verzichtet. Wir wollen Schulen zudem ermöglichen, mit einem eigenen Budget Leistungsanreize für besonders engagierte Lehrkräfte zu schaffen. Vor Ort kann die Leistung der Lehrer am besten beurteilt und honoriert werden.

### **Verpflichtende Weiterbildung für höchste Qualität**

Schulen sollten in ihren Inhalten und Methoden offen gegenüber dem Fortschritt sein und stets neue Erkenntnisse im Rahmen ihrer Qualitätsentwicklung berücksichtigen. Wir fordern, dass alle sächsischen Lehrer sich regelmäßig weiterbilden. Die Schulleiter erhalten für die Weiterbildung ihrer Lehrkräfte ein ausreichend hohes Budget.

## **Ältere Lehrer mit Erfahrungsschatz behalten**

Um flexibel kurzfristigen Bedarf an Lehrkräften decken zu können, wollen wir Anreize für ältere Lehrer schaffen, ihre Erfahrungen auch weiterhin in den Schuldienst einzubringen. Dazu möchten wir Lehrkräften, die in den Ruhestand gehen, stundenweises Weiterarbeiten oder auch Krankheitsvertretungen anbieten. Die Schulen sollen dafür ein eigenes Budget erhalten.

## **Ein Schulabschluss als Grundvoraussetzung**

Das Erreichen eines qualifizierten Schulabschlusses ist für den späteren Werdegang unverzichtbar. Noch immer verlassen in Sachsen über 2.500 Schüler jährlich ihre Schule ohne Abschluss. Wir setzen uns daher für einen Aktionsplan ein, um diese Zahl innerhalb der nächsten fünf Jahre mindestens zu halbieren. Dabei ist eine Senkung der Anforderungen keine Option. Vielmehr wollen wir Schwerpunkte in den Bereichen frühkindliche Förderung, Berufsberatung, Schulsozialarbeit, Praxisorientierung im Unterricht, nachhaltige Elternarbeit sowie in der Zusammenarbeit der Schulen unter der Mitwirkung der Arbeitsagenturen und der lokalen Wirtschaft setzen.

## **Moderne Inhalte statt Strukturdebatten**

Entscheidend für eine hohe Bildungsqualität sind die Inhalte und ihre Vermittlung, nicht die Diskussion um Schulstrukturen. Wir brauchen zukünftig neben einer fundierten fachlichen Wissensvermittlung eine zeitgemäße Werte- und Kompetenzvermittlung. Diese kam in der Vergangenheit häufig zu kurz. Zu einer alltagstauglichen Bildung gehört für uns zudem eine stärkere Berücksichtigung von Inhalten und Fähigkeiten in den Bereichen Wirtschaft und Informationstechnologie (IT) und Medienkompetenz, teilweise schon ab der Grundschule. Die erfolgte Kürzung von Sport- und Musikstunden ist für uns der falsche Weg. Um die Inhalte der sächsischen Schulbildung zukunftsorientiert weiterzuentwickeln sowie Methoden und Ressourcen besser auszurichten, wollen wir im Landtag eine Enquete-Kommission „Bildung der Zukunft“ einsetzen.

## **Digitale Bildung endlich umsetzen**

Wir brauchen eine echte Innovationsoffensive, um die sächsischen ins Digitalzeitalter zu holen. Dies gilt für Unterrichtsinhalte, Wissensvermittlung und technische Ausstattung. Digitale Bildung ist dabei kein Selbstzweck. Sie dient dazu, dass sächsische Schülerinnen und Schüler die Kompetenz erwerben, Chancen einer digitalen Gesellschaft optimal zu nutzen und Risiken zu erkennen. Die Schule darf bei Lehr- und Lernmitteln den digitalen Anschluss nicht verpassen. Bis spätestens 2022 sollen jeder Schüler und Lehrer ein mobiles Endgerät in der Schule zur Verfügung haben. Inhalte, Finanzierung und Umsetzungsfristen der Digitalisierungsschritte sind verbindlich zu regeln. Mit der kommunalen Ebene ist insbesondere die Bereitstellung und Pflege sowie Betreuung einer entsprechenden technischen Infrastruktur (Breitband, WLAN, Rechentechnik) zu verhandeln und zu finanzieren.

## **Digitale Bildung umfassend betrachten**

Digitale Bildung ist mehr als Hardware. Wir wollen, dass Anwendungs- und Handlungskompetenzen in einer vernetzten Wissenswelt im Unterricht vertieft werden. Uns geht es um die Stärkung gesellschaftspolitischer, sozialer und interkultureller Fähigkeiten auch mit Hilfe digitaler Bildungsangebote. Medien- und Computerkompetenzen müssen fachübergreifend einen höheren Stellenwert erhalten. Die grundlegende Funktion von Software und das Verständnis ihrer Arbeitsweise soll neben den grundlegenden

Kulturtechniken wie Rechnen, Lesen und Schreiben in den Bildungskanon integriert werden. Informatik muss als Querschnitt die Instrumente und Methoden der Digitalisierung (Funktion, Wirkung, Nutzung) vermitteln und Bestandteil aller Unterrichtsfächer werden.

Die digitale Bildung bietet völlig neue Möglichkeiten für individualisiertes Lernen. Sie kann als Assistenz die Arbeit des Lehrers unterstützen. Diesen Aspekt wollen wir verstärkt in die Lehrerbildung integrieren und wissenschaftlich vorantreiben. Digitale Bildung und Didaktik müssen an sächsischen Hochschulen zu eigenen Forschungsbereichen werden. Dazu sind Lehrstühle auf- und ausbauen.

### **Lernplattformen als Grundlage für digitale Bildung einführen**

Weniger Aufwand in den Schulen vor Ort, mehr Unabhängigkeit und breite Verfügbarkeit – durch Cloud-Lösungen wird Digitalisierung einfacher und verfügbar. Sie sind deshalb für alle Lehrer und Schüler bis 2022 verpflichtend in allen sächsischen Schulen einzuführen. Ziel ist es, in Sachsen einen einheitlichen Schul-Login einzuführen. Darüber hinaus sollten Cloud-Lösungen so aufgebaut werden, dass sie auch länderübergreifend genutzt werden können. Mit den Cloud-Lösungen sind zentrale Content-Plattformen aufzubauen.

### **Grundschule aufwerten**

Die Grundschule ist das Fundament unseres Schulsystems – mit hoher Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung und den späteren Bildungsweg. Unterrichtsausfall darf es hier nicht geben. Wir befürworten eine Aufwertung beim Personal und dem Zugang zur Schulsozialarbeit. Der Anspruch muss sein, jedem Kind entsprechend seiner Fähigkeiten und Neigungen und ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Situation, die Beherrschung grundlegender Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen sowie Kompetenzen im Umgang mit analogen wie digitalen Medien zu vermitteln. Neben dem Elternhaus, bzw. dem privaten Umfeld, ist die Grundschule der wichtigste Ort für den Erwerb grundlegender Sozialkompetenzen eines Wertebewusstseins und ethischer Grundsätze. Grundschulen müssen daher personell sowohl qualitativ als auch quantitativ optimal ausgestattet werden, um dieser sozialen Aufgabe - neben der reinen Wissensvermittlung - auch in Zukunft gerecht werden zu können.

### **Einführung der ersten Fremdsprache mit Schulbeginn**

Fremdsprachenkenntnisse werden in einer globalisierten Welt immer wichtiger. Je früher Kinder Fremdsprachen lernen, desto schneller und sicherer werden sie diese in späteren Jahren beherrschen. Daher wollen wir den Anteil an Schulen mit einer Fremdsprache ab Klassenstufe 1 signifikant erhöhen.

### **Individuelle Förderung in Grundschulen verbessern**

Wir wollen, dass jedes Grundschulkind individuell und optimal gefördert wird. Daher ist die Schuleingangsphase zur „flexiblen Schuleingangsphase“ weiterzuentwickeln, in der eine Verweildauer von bis zu drei Jahren möglich ist. Bei entsprechendem Förderbedarf soll beispielsweise die Einbeziehung von Ergotherapeuten und Logopäden ermöglicht werden. Zudem fordern wir einen Förderbereich Sprachentwicklung.

Drei Prozent aller Schüler sind hochbegabt. Für sie wollen wir ein Konzept, das über das Überspringen von Klassenstufen hinausgeht. Je nach Intensität einzelner Begabungen muss es ermöglicht werden, Lehrpläne für diese Schüler und Schülerinnen flexibel anzupassen. Ob Musik, Sport, Ganztagsangebote oder weitere Bildungsangebote

beispielsweise im Hort – sie alle dienen dazu, Kinder individuell zu fördern. Die Grundschule ist daher zu einer Ganztagschule unter Einbeziehung des Hortes und externer Partner weiterzuentwickeln.

### **Oberschule als Herzstück des Schulsystems entwickeln**

Mit ihrer starken lokalen Verwurzelung garantiert die Oberschule in allen Regionen Sachsens attraktive Bildungschancen. Nur eine starke und leistungsfähige Oberschule bietet beste Bildung für jeden Schüler. Für leistungsstarke Schüler sind eine zweite Fremdsprache und Vertiefungsgruppen notwendig, um den Oberschulen vor allem in den Klassenstufen 5 und 6 eine orientierende Funktion für alle Schüler zu geben. Für leistungsschwächere Schüler bieten Oberschulen zahlreiche externe Partner und eine entsprechende Pädagogik, um im künftigen Berufsleben bestehen zu können und einen guten Abschluss zu erreichen.

### **Oberschulen besser für Berufs- und Alltagsorientierung nutzen**

Die Oberschule ist die Schule für praktisch veranlagte zukünftige Fachkräfte. Neben der Vermittlung des dafür notwendigen Fachwissens und von Kompetenzen kommt ihr auch die Rolle der Talenteschmiede zu. Wir wollen dafür die Ganztagsangebote mit Berufsbezug stärken, um persönliche Neigungen und Interessen zu entdecken und auszuprobieren. Praxisbegleiter, die die Bedarfe der regionalen Wirtschaft kennen, sollen an allen Oberschulen den Schülern individuell die richtige Berufswahl erleichtern.

### **Sächsisches Abitur und sächsische Gymnasien an der Spitze halten**

Unser Ziel ist nicht eine möglichst hohe statistische Abiturquote. Wir wollen Schülern eine hochwertige Bildung und ein qualitativ hochwertiges Abitur bieten. Wir treten für bundesweit vergleichbare Bildungsabschlüsse ein, ohne dabei das hohe Niveau sächsischen Abiturs zu verwässern. Das Abitur soll neben der Förderung individueller Neigungen ein Allgemeinwissen auf hohem Niveau abbilden. Daher gehört ein breiter Fächerkanon in das Abiturergebnis. Gleichzeitig bietet das System der Grund- und Leistungskurse eine sinnvolle Differenzierung, die wir erhalten und stärken wollen. Der Aufgabenpool der Länder für die Prüfungen muss sich am höchsten Niveau orientieren und auf mehr Fächer ausgeweitet werden. Die bundesweite Vergleichbarkeit muss verbessert werden.

### **Leistungsorientierung durch bessere Bildungsempfehlung stärken**

Die Stärke des sächsischen Bildungssystems war stets seine Leistungsorientierung. Das muss auch so bleiben. Wir fordern, dass nach der Grundschule wieder nur diejenigen Kinder an einem Gymnasium aufgenommen werden, die eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium erhalten haben oder eine Eignungsprüfung erfolgreich absolviert haben. Sie sichert sowohl an Oberschulen als auch an Gymnasien ein hohes Bildungsniveau und vermeidet frustrierende Erlebnisse bei Schülern, die trotz ungenügendem Leistungsniveau auf das Gymnasium gewechselt sind. Zudem bekennen wir uns zu Kopfnoten und zur Möglichkeit, ein Schuljahr zu wiederholen. Leistungsorientierung heißt aber auch, dass es für jeden Abschluss eine Anschlussqualifizierung gibt. Sackgassen darf es in einem modernen Bildungssystem nicht geben. Unser Bildungssystem muss durchlässig sein.

### **Berufsorientierung weiter verbessern**

Die Arbeitswelt verändert sich immer schneller. Umso notwendiger ist eine umfassende und zielgerichtete Berufsorientierung an allen Schulen. Neben der Stärkung der individuellen Berufsorientierung und Unterstützung durch Praxisbegleiter wollen wir strukturell die

Landesarbeitsgemeinschaft "Schule-Wirtschaft" als Hauptpartner einer koordinierten Berufsorientierung unterstützen. Zusammen mit den regionalen Netzwerken sollen Schulen und Schüler zielgerichtet auf das Berufsleben vorbereitet werden. Für die Vorbereitung auf das Berufsleben soll das Bewerbungstraining in allen Schulformen einen höheren Stellenwert einnehmen. Schulen sollen durch ausreichend Praktika und außerschulische Angebote mit Berufsbezug zu einer umfassenden Information der Schüler beitragen. Das Entdecken eigener Talente, die Gründung von Schülerfirmen sowie Praxispartner lokaler Unternehmen geben weitere Impulse.

### **Inklusion mit Verantwortung und Augenmaß umsetzen**

Die UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich Bildung und Erziehung, Schule und Ausbildung ist eine wichtige Errungenschaft. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Bildung. Sachsen ist dieser Verpflichtung bisher nur unzureichend nachgekommen. Es mangelt insbesondere an einem Gesamtkonzept und festgesetzten, zeitlichen Zielmarken. Die Umsetzung muss mit Augenmaß und im Interesse der Kinder erfolgen. Wenn Eltern und Lehrer den Bildungsweg des Schülers mit sonderpädagogischem Förderbedarf an einer Förderschule am geeignetsten betrachten, muss ihnen dieser Weg weiter offenstehen. Wir wollen die Förderschulen deshalb nicht abschaffen.

### **Schulen mehr Freiheit geben**

Zahlreiche Vergleichsstudien zeigen: Wer mehr Entscheidungsfreiheit hat, erzielt bessere Ergebnisse. Auch wenn Sachsens Schulen in den vergangenen Jahren einige zusätzliche Freiheiten bekommen haben, sind wir vom Ziel einer "eigenverantwortlichen Schule" noch weit entfernt. Deshalb setzen wir uns für mehr pädagogische, finanzielle und organisatorische Freiheiten der Bildungsstätten ein. Diese sollen nicht verpflichtend, jedoch auf Antrag des Schulleiters möglich sein. Schulen sollen einen Verwaltungsassistenten, der bei großen Schulen als Verwaltungsleiter agieren kann, erhalten. Wir wollen zusätzliche Freiräume bei der Unterrichtsgestaltung mit schlanken Lehrplänen und die Möglichkeit einer Abweichung von der Stundentafel. Dazu gehört auch, neue Fächer wie Wirtschaftskunde als fakultative Angebote anzubieten und benoten zu lassen.

### **Schulkapazitäten sinnvoll nutzen – Übungsstunden einführen**

Wir fordern Fachlehrern die Möglichkeit einzuräumen nach eigenem Ermessen Übungsstunden als Ersatz für reguläre Stunden festzulegen. Zu diesen Stunden setzt die Schulpflicht aus. Möglich sein soll dies ab Klassenstufe 10 bzw. Klassenstufe 9 für Hauptschüler. Die Übungsstunden müssen bei der Schulleitung beantragt und bestätigt werden. Die Festlegung des Beantragungszeitraums obliegt den Schulen.

### **Schulleitung stärken**

In einer eigenverantwortlichen Schule übernimmt die Schulleitung nicht nur Aufgaben für die Schulentwicklung und Qualitätsverbesserung, sondern ist als Vorgesetzter auch verantwortlich für Belange der Mitarbeiter. Dazu gehört, dass der Schulleiter bei der Auswahl seines Personals größeren Einfluss erhält. Für uns ist es selbstverständlich, dass Schulen genau die Lehrer beschäftigen können, die zum Schulprofil passen. Daher wollen wir ermöglichen, dass zukünftig ein Teil der Lehrer direkt an einer Schule eingestellt wird und die bestehenden schulscharfen Ausschreibungen ausgebaut werden. Eine echte pädagogische Verbesserung des Schulsystems kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Schulen eigenständig über ein Budget verfügen – für neue beziehungsweise eigene pädagogische Ansätze, für die Zahlung von Leistungsprämien, für

Unterstützungsmaßnahmen für den Unterricht oder pädagogisches Personal zur kurzfristigen Vertretung bei krankheitsbedingten Ausfällen. Grundvoraussetzung für die eigenständige Mittelverwendung ist die notwendige und ausreichende Ausstattung des Schulbudgets durch den Freistaat. Die Schulleitung muss Rechenschaft gegenüber der Schulkonferenz über die Verwendung dieser Mittel ablegen.

### **Qualität kontrollieren und fördern**

Jedes Bildungssystem, jede Schule und jeder Lehrer muss seine Leistung stets auch kritisch hinterfragen. Wir werden wieder eine externe und unabhängige Schulevaluation einführen, die Rückschlüsse für die einzelne Schule aber auch das gesamte Bildungssystem zulässt. Wir wollen zudem den Schulleitern mehr Geld für Leistungsprämien zur Verfügung stellen, damit Engagement auch finanziell gewürdigt werden kann.

### **Interkulturelle Bildung verbessern**

Die interkulturelle Bildung ist ein wichtiger Bestandteil der humanistischen Bildung – gerade im Zeitalter der Globalisierung. Weltoffenheit und Wissen über fremde Kulturen ist eine persönliche Bereicherung und sollte selbstverständlich sein. Wir wollen ein Austauschprogramm schaffen, mit dem jeder sächsische Schüler und Lehrer einmal die Möglichkeit hat, über vier bis sechs Wochen an einem Austausch im Ausland teilzunehmen. Dafür wollen wir Schulpartnerschaften gezielt fördern und Netzwerke aufbauen.

### **Berufliche Bildung praxisnah gestalten**

Die Qualität der dualen Berufsausbildung ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft. Sie hat eine Vielzahl von Vorteilen: Die Auszubildenden erhalten eine Ausbildungsvergütung, sie werden praxisnah in einem Betrieb ausgebildet und ihre Beschäftigungsaussichten sind exzellent. Wir wollen die duale Ausbildung stärken und fit für die Digitalisierung machen. In diesen Prozess sind auch die Berufe des Sozial- und Gesundheitswesens einzubeziehen. Wir werden daher darauf hinwirken, dass die Ausbildungen in den Berufen des Gesundheits- und Sozialwesens sich durchgängig an der dualen und betrieblichen Ordnungssystematik von BBiG und HwO orientieren.

### **Berufsausbildung in ganz Sachsen sichern**

Angebote der beruflichen Bildung dürfen sich nicht noch weiter aus den Mittelzentren in die Oberzentren verlagern. Dazu soll nach Möglichkeit in diesen Schulen Blockunterricht eingeführt und ausreichende Übernachtungsmöglichkeiten bereitgestellt werden. Das jetzige Angebot in der Fläche darf nicht weiter verringert werden. Die Beruflichen Schulzentren sind zudem mit den anderen Bildungsakteuren stärker zu vernetzen, um auch im ländlichen Raum Fachkräfte aus- und weiterbilden zu können. Berufliche Schulen wollen wir zu regionalen Kompetenzzentren der beruflichen Bildung weiterentwickeln. Diese sollen weitgehend selbständig mit den regionalen Akteuren berufliche Aus- und Weiterbildung gestalten sowie die Berufsorientierung unterstützen.

### **Berufliche und akademische Ausbildung als gleichwertig betrachten**

Der berufliche und der akademische Bildungsweg unterscheiden sich, dürfen jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide haben ihre Existenzberechtigung. Die berufliche Ausbildung bietet hochwertige Qualifizierungsmöglichkeiten wie berufliche

Aufstiegsfortbildungen, dual organisierte Ausbildungsangebote an Berufsakademien und Fachhochschulen sowie Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte.

### **Einheitliche Gesetzgebung zur Berufsausbildung schaffen**

Wir wollen eine einheitliche Gesetzgebung zur Berufsausbildung zu schaffen, die sich durchgängig an der dualen und betrieblichen Ordnungssystematik orientiert und alle Berufe sämtlicher Wirtschaftszweige, einschließlich dem Bereich Gesundheit und Pflege, erfasst. Wichtig ist zudem, dass eine Perspektive über die Erstausbildung hinaus zum beruflichen Aufstieg geschaffen wird, damit die ausgebildeten Fachkräfte auf Dauer in ihrem Berufsbereich bleiben. Wie im BBiG/HwO muss für die Berufe des Sozial- und Gesundheitswesens ein transparentes System beruflicher Fortbildungen etabliert werden.

### **Förderung der Wanderschaft**

Wir möchten die Tradition der Wanderschaft nach der Lehrzeit als bedeutenden Wert der europäischen Kulturgeschichte erhalten.

### **Privatschulen sind gleichberechtigte Partner**

Für uns sind private und staatliche Bildungsträger gleichberechtigte Partner, um die weltbeste Bildung in Sachsen zu gewährleisten. Daher wollen wir eine gleiche und faire Behandlung und Finanzierung aller Träger, welche den staatlich definierten Bildungsauftrag durchführen. Insbesondere die freien Schulen wollen wir gezielt unterstützen. Durch eine 100-Prozent-Finanzierung der Personalkosten sollen die Folgen der Verbeamtung abgefangen werden. Zudem werden wir bei allen Förderprogrammen darauf achten, dass freie Träger gemäß ihres Schüleranteils, berücksichtigt werden. Die Genehmigungsverfahren zur Schulgründung müssen transparenter werden. Zudem sollen Schulgründer umfangreich beraten werden, denn nicht die Ablehnung ist das Ziel, sondern die Gründung guter Schulen. Außerdem müssen an allen Privatschulen Schülervertretungsstrukturen mit ähnlichen Rechten und Pflichten wie an Schülern in öffentlicher Trägerschaft existieren.

### **Hochschulen zu Fortschrittsbeschleunigern machen**

Die sächsischen Hochschulen sind Motoren des Fortschritts für ein innovatives und kreatives Sachsen. Ob für Hightech-Industrie, Landwirtschaft oder Kreativwirtschaft – an den Hochschulen des Freistaates wird ein großer Teil unseres Fachkräftenachwuchses ausgebildet und an neuen zukunftsfähigen Produkten und Technologien geforscht. Wir wollen deshalb die Standorte stärken und ihre Strukturen noch effizienter gestalten. Dabei haben alle Hochschularten ihre Bedeutung. Ob Universität oder Hochschule für angewandte Wissenschaften – die individuellen Stärken der einzelnen Einrichtungen machen die große Stärke der sächsischen Hochschullandschaft aus.

### **Qualität der Hochschulen durch Ergebnisse am Arbeitsmarkt messen**

Studenten und spätere Arbeitgeber erwarten zu Recht eine akademische Ausbildung, die den Anforderungen der zukünftigen Jobs genügt. Zukünftig wollen wir bei der Gestaltung des Lehrangebotes stärker auf die Praxistauglichkeit des Studiums und den Fachkräftebedarf des sächsischen Arbeitsmarktes drängen. Wir wollen Praxisrelevanz durch die Arbeitgeber evaluieren lassen, so wie bisher die Lehre durch die Studentenschaft

evaluiert wird. Die Ergebnisse sollen neben wissenschaftlichen Anhaltspunkten als Kriterien der Zielvereinbarungen zwischen Hochschulen und Ministerium aufgenommen werden.

### **Lernangebote an Hochschulen neu denken**

Wir wollen E-Learning-Angebote an den Hochschulen sehr viel stärker als bisher ausbauen. Die Dozenten sollen in die Lage versetzt werden, ihre Lehrinhalte weltweit digital anbieten zu können und Studenten die Teilnahme an Kursen und bestimmte Abschlüsse mittels digitaler Kommunikation zu ermöglichen. Dazu wollen wir Leistungen zur Konzeption und Umsetzung von E-Learning-Angeboten auf die Lehrdeputate der Professoren anrechnen und über ein sächsisches E-Learning-Kompetenzzentrum den Lehrenden professionelle Ressourcen bereitstellen. Damit können Inhalte sächsischer Hochschulen schnell und unkompliziert jedem Studenten, aber auch Facharbeitern und Azubis sowie interessierten Schülern, zur Verfügung gestellt werden.

### **Forschung und Lehre freier gestalten**

Hervorragende Lehrer blühen oft nur im Hörsaal richtig auf, während exzellente Forscher manchmal nur in ihren Projekten einzigartige Leistungen erzielen. Wir wollen diese individuellen Fähigkeiten anerkennen und den Hochschulen die Möglichkeit geben, Forschung und Lehre in einer Professur frei zu gewichten. Damit verbunden ist auch die Schaffung reiner Forschungsprofessuren, solange die Lehre sichergestellt ist.

### **Mehr tenure-track-Professuren**

Um das finanzielle Risiko einer neuen Berufung besser kontrollieren zu können und eine größere Flexibilität zu ermöglichen, fordern wir, dass der Anteil von tenure-track-Professuren unter den Neuberufungen an den sächsischen Hochschulen erhöht wird.

### **Hochschule digitalisieren**

Viele Verwaltungsvorgänge an unseren Hochschulen sind immer noch sehr bürokratisch. Oft müssen Daten und Anträge an unterschiedlichen Stellen doppelt und persönlich eingereicht werden, da ein Austausch von Daten innerhalb der Verwaltung nur begrenzt stattfindet. Wir wollen die Verwaltung der Hochschulen so weit wie möglich digitalisieren. Wenn Hochschulangehörige Informationen einmal weitergegeben haben, sollen die Verwaltungsstellen in ihrem Auftrag auch für die Weitergabe an weitere relevante Stellen sorgen („Once-Only“-Prinzip). Eine Anlaufstelle soll zukünftig reichen, damit Studenten ihre Verwaltungsakte erledigen können (One Stop-Shops).

### **Maßgeschneiderte Lehre anbieten**

Das heutige Studium ist immer noch ein recht starres Konzept, das nur schwerfällig auf besondere Lebenslagen, wie Geburt eines Kindes oder auch Unternehmensgründung, reagiert. Wir setzen uns für die Einführung von modularen Zertifikatskursen, „Nano-Degrees“ sowie berufsbegleitenden Bachelor-, Diplom- und Masterabschlüssen ein, die neben dem üblichen Präsenzstudium auch ein außerordentliches Studium ermöglichen. Durch den modularen Aufbau und die Möglichkeit des Kumulierens der in den einzelnen Kursen erreichten ECTS-Punkte bieten sich flexible Studienmodelle an, die in Kombination mit Online-Angeboten und Blended-Learning-Konzepten ein maßgeschneidertes Studium für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und besondere Lebenslagen ermöglicht. Außerdem wollen wir die Schaffung von modularisierten Diplomstudiengängen vereinfachen, wobei den Hochschulen freigestellt sein soll, Prüfungen weiterhin zu Komplexen zu bündeln.



## **Lehre mit Grundmitteln finanzieren**

Forschung und Lehre sind wichtige Säulen der Hochschularbeit, die sich gegenseitig ergänzen. Die Tendenz zur Finanzierung der Lehre aus Forschungsprojekten sehen wir daher kritisch. Wir wollen sicherstellen, dass die Mittel der Grundfinanzierung ausreichen, um genehmigte Studiengänge vollumfänglich anzubieten. Gleichzeitig wollen wir eine höhere Transparenz bei den Drittmittelgebern erreichen.

## **Finanzierung nach dem Leistungsprinzip – gerade in der Lehre**

Die aktuelle Kopplung der Finanzierung der sächsischen Hochschulen an die Zahl immatrikulierter Studenten spiegelt die tatsächlichen Kosten der Lehre nicht hinreichend gut wider. Wir setzen uns daher für eine zusätzliche Kennzahl für die Berechnung ein, die sich an den Zahlen abgelegter Modulprüfungen orientiert.

## **Studentische Mitwirkung neu denken**

Auch bei der Mitwirkung in den Hochschulen sehen wir Handlungsbedarf. Statt des bisher geltenden Mehrheitsprinzips für Fachschaftsräte im Studierendenrat (StuRa) wollen wir die Studentenräte der sächsischen Hochschulen direkt wählen lassen. Damit erhoffen wir uns eine höhere Legitimation der Räte und ein stärkeres Interesse an den Belangen der Hochschulen.

## **Exzellenz bei Führungskräften fördern**

Zur weiteren Professionalisierung und Innovationsförderung wollen wir ein Schulungsangebot für höhere Führungskräfte an sächsischen Hochschulen in den Bereichen Recht, Management, Digitalisierung und Kommunikation aufbauen.

## **Sächsische Berufsakademie stärken**

Die Berufsakademie Sachsen ist ein Erfolgsmodell, das die Hochschullandschaft hervorragend ergänzt. Eine kurze Studiendauer, nah am Puls der regionalen Wirtschaft, sehr hohe Übernahmequoten und einer Absolventenquote von 80 Prozent sind besondere Vorzüge. Dieses Angebot ist noch zu wenigen Abiturienten bekannt. Wir wollen die spezifischen Kompetenzen der Berufsakademien stärken und ihnen bessere Mittel an die Hand geben, um eine fundierte Bewerbung ihrer Studiengänge zu ermöglichen. Dazu sollen die Einrichtungen und ihre Angebote auch im Hochschulkompass aufgenommen werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Berufsakademien ausreichend für ihre Verwaltungsaufgaben ausgestattet sind. Die Prüfung der Umwandlung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule nach dem Vorbild von Baden-Württemberg ist zu prüfen.

## **Studentenverpflegung nach slowenischem Vorbild einführen**

Wir werden für die studentische Verpflegung ein Student-Meal-System nach slowenischem Vorbild in Sachsen errichten. Kernstück dabei ist die Umstellung der Angebotsstruktur für studentisches Essen. Neben den etablierten Versorgungseinrichtungen, dem Studentenwerk, sollen auch private Restaurants, Imbisse und Lieferdienste Mahlzeiten anbieten können, die im aktuellen System finanziell gestützt werden.

## **Zusammenarbeit zwischen Gründern und Hochschulen erleichtern**

Wir wollen Forschungsk Kooperationen und Ausgründungen stärker fördern, indem wir bestehende Netzwerke besser ausstatten und Anreizsysteme oder erfolgsabhängigen Komponenten, beispielsweise für Patentverwertungen oder Ausgründungen, schaffen. Weiterhin wollen wir die Unterstützung und Förderung von anwendungsorientierten

Forschungsnetzwerken ausbauen und bürokratische Hemmnisse abbauen, Crowd Innovation initiieren und den Aufbau von Kreativwerkstätten befördern. Zusätzlich sollen Gründungen an Sachsens Hochschulen mit der Einführung von Gründungssemestern unterstützt und aufgewertet werden. In allen Fachbereichen der Hochschulen soll das Thema Gründung eine größere Rolle spielen, beispielsweise durch die Benennung von Gründercoaches.

### **Lebenslanges Lernen und Weiterbildung stärken**

Wir wollen das lebenslange Lernen gezielt unterstützen – für den eigenen beruflichen Erfolg, aber auch zur eigenen Bildung und Persönlichkeitsentwicklung. Wir wollen dafür alle Partner auf staatlicher Seite, die Volkshochschulen, private Bildungsträger und die Bildungseinrichtungen der Industrie- und Handwerkskammern, gemäß ihrer jeweiligen Stärke unterstützen und profilieren. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir Ausnahmen von starren Mindestgruppengrößen zulassen.

### **Individuelle Weiterbildung stärken**

Neben der Stärkung institutioneller Weiterbildungseinrichtungen wollen wir die Weiterbildung verstärkt nachfrageorientiert fördern. Damit wollen wir mehr Menschen dazu bringen, sich gezielt beruflich weiterzuentwickeln – für mehr Sicherheit im Job, ein höheres eigenes Einkommen und zum Nutzen der sächsischen Wirtschaft insgesamt. Wir werden dazu den Sächsischen Weiterbildungsscheck zum "Sächsischen Weiterbildungskonto" ausbauen und die bisherigen Einkommensgrenzen für die Weiterbildung streichen. Auf das Weiterbildungskonto sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Rahmen eines Bildungssparens einzahlen können. Wir wollen die Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) deutlich stärker nutzen, um die individuelle Qualifizierung von Arbeitnehmern für Aufgaben in einer zunehmend digitalen Arbeitswelt zu verbessern.

### **Lebenslanges Lernen durch digitale Bildung**

Wir sehen in der Digitalisierung die Chance, dass hochwertige Bildung für alle orts- und zeitunabhängig zugänglich ist. Bildung kann so zudem besser personalisiert und auf den Bedarf des Einzelnen zugeschnitten werden. Digitale Bildung verbindet innovative Lernkonzepte mit unterstützenden Technologien. Dafür braucht es vor allem auch bestens ausgebildete Lehrkräfte, die klassisches Lehren und digital unterstütztes Lernen verbinden können („Blended Learning“).

## **Trauen wir uns mehr zu - Für ein innovatives und digitales Sachsen**

Die Fähigkeit und der Mut zu Innovationen sind entscheidend für unseren zukünftigen Wohlstand und unsere Lebensqualität. Wir wollen ein fortschrittsbegeistertes Sachsen, das seinen Bürgern Lust darauf macht, neue Möglichkeiten in allen Lebensbereichen mit Freude und Zuversicht zu nutzen.

Eine große Offenheit für Innovationen, neue Technologien und Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck. Sie verbessert das Leben der Bürger in Alltag und Beruf und mehrt unseren Wohlstand – ob durch den Wegfall von Wartezeiten bei Behörden, personalisiertes Lernen in Schule, autonomes Fahren oder eine bessere Gesundheitsversorgung durch moderne Telemedizin.

Wir bekennen uns klar zum Prinzip der Technologieoffenheit bei Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Erkenntnisse. Wir glauben, dass sich die Überlegenheit einer Idee nur in einem offenen und fairen Wettbewerb zeigt.

Digitale Kommunikation ermöglicht uns noch stärker ein selbstbestimmtes Leben, Arbeiten und Kommunizieren. Dadurch nimmt jedoch auch die „digitale Verwundbarkeit“ durch Kriminelle zu. Die Sicherheit von Daten und das Selbstbestimmungsrecht über die Nutzung eigener Daten haben für uns höchste Priorität.

Wir setzen auch in der Energiepolitik auf digitale Technologien, um die Energieversorgung der Zukunft dezentraler und umweltschonender zu gestalten. Eine hohe Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie ist für ein Industrieland wie Sachsen unverzichtbar.

### **Digitale Strategie und Infrastruktur als Grundvoraussetzung**

Die Gestaltung der Digitalisierung ist ein echtes Jahrhundertprojekt, das alle Politikbereiche des Freistaates umfasst. Wir brauchen als Grundvoraussetzung eine im internationalen Vergleich überdurchschnittlich leistungsfähige digitale Infrastruktur. Davon sind wir noch weit entfernt. Durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und eine Stärkung des Verbraucherschutzes wollen wir dafür sorgen, dass die Vorteile der Digitalisierung für alle Bürger sichtbar und erlebbar werden. Dazu gehört auch die Aufklärung über den Schutz vor Cyberkriminalität. Wir werden zudem ein sächsisches Informationsfreiheitsgesetz im Sinne des „Open-Data-Prinzips“ so schnell wie möglich verabschieden und umsetzen.

### **Digitale Kompetenzbündelung und Staatsminister für Digitales**

Für die Bewältigung von digitalen Schlüsselaufgaben wollen wir unter Einbeziehung externer Experten eine neue digitale Roadmap (Digitalstrategie 2030) für Sachsen mit konkreten Meilensteinen und Transparenz bei der Zielerreichung entwickeln. Wir wollen die Zersplitterung von bisherigen Zuständigkeiten überwinden und die Position eines Staatsministers für Digitalisierung schaffen. Gemeinsam mit einem „Chief Digital Officer“ (CDO) in jedem Staatsministerium ist er für die Umsetzung der Digitalstrategie 2030 verantwortlich. Dazu gehören in jedem Ministerium unter anderem die Bereiche Sicherheit, Datenschutz, Infrastruktur und Prozessautomatisierung.

## **Neue Arbeitsweisen, mehr Transparenz und Agilität**

Digitalisierung bedeutet nicht, dass herkömmliche Prozesse einfach nur auf einen digitalen Datenfluss umgestellt werden. Sie erfordert, Arbeitsweisen und Strukturen grundsätzlich zu hinterfragen und zu modernisieren. Sie ermöglicht Veränderungen mit höheren Geschwindigkeiten. Neue agile Methoden und Werkzeuge für Ministerien, Unternehmen und Bürger wollen wir über ein „Sächsisches Kompetenzzentrum für digitales Arbeiten“ als öffentlich-rechtliches Partnerschaftsprojekt (PPP) bereitstellen. Wir glauben daran, dass Kommunikation und Transparenz den Kern der Digitalisierung bilden und damit Menschen unterstützen, die digitale Welt zu verstehen und erfolgreich zu nutzen.

## **Ausbildungsoffensive für mehr digitale Kompetenzen**

Die Zukunft unseres Landes wird in großen Teilen durch digitale Fähigkeiten und Kompetenzen bestimmt. Wir brauchen in Wirtschaft, Bildung, Verwaltung und auch im Alltag mehr Personen, die über Programmierfähigkeiten und Digitalkompetenzen verfügen. Wir streben dazu unter anderem an, die Zahl der entsprechenden Studienplätze in Sachsen um 20 Prozent zu steigern. Den Hochschulen wollen wir dafür die entsprechenden Mittel geben. Generell muss die Ausbildung digitaler Kompetenzen einen höheren Stellenwert in allen Bildungsstufen erhalten – von Kita und Schule über Berufsausbildung bis zu Studium und Techniker Ausbildung. Digitale Technologien können besonders effektiv lebenslanges Lernen unterstützen.

## **Digitale Inkubatoren und Start-up-Zentren für Bildung und Wirtschaft**

Wir wollen in Sachsen die Etablierung von Start-up-Zentren und Inkubatoren für digitale Geschäftsmodelle sowie digitale Technologien und Methoden vorantreiben. Dabei werden wir eine Gleichbehandlung bei der Unterstützung zwischen privaten und öffentlichen Initiativen sicherstellen. Diese sollen Gründer, Bildungssektor und Wirtschaft eng miteinander verzahnen und damit in schnellen Zyklen Forschungsergebnisse in die Wirtschaft transferieren. Der Wettbewerbsgedanke soll durch Ausschreibungen gestärkt werden, mit dem Ziel, national und international herausragende Start-up-Zentren zu schaffen.

## **Leistungsfähige Infrastruktur für eine funktionierende Digitalisierung**

Sachsen hat im Bereich der digitalen Infrastruktur enorm viel aufzuholen. Unser Ziel ist es, dass bis 2025 mindestens 98 Prozent der Landesfläche mit einer Geschwindigkeit von deutlich über 100 Mbit/s an das Internet angebunden sind. Die derzeitige Unterversorgung im Mobilfunknetz, vor allem Funklöcher entlang von Verkehrswegen, soll bis spätestens 2024 beseitigt sein. Dies sind für uns Zwischenschritte auf dem Weg zu flächendeckenden Gigabit-Netzen im nächsten Jahrzehnt. Wir wollen, dass der Freistaat im Sinne der Daseinsvorsorge die landesweite Etablierung des 5G-Mobilfunkstandards offensiv unterstützt. Beim Ausbau der digitalen Infrastruktur setzen wir zuerst auf die Innovationskraft privater Anbieter. Wo Unternehmen nicht wirtschaftlich arbeiten können, sind staatliche Gelder gefragt. Die Errichtung einer modernen digitalen Infrastruktur in Sachsen umfasst alle Bereiche – landesweite Vernetzung (Glasfaserausbau), Gebäudeinfrastruktur (z.B. Schulen, Verwaltung) und den öffentlichen Raum (z.B. WLAN im ÖPNV, Stadt- und Gemeindegebieten). Dabei setzen wir auf Technologieoffenheit. Um den Netzausbau zu beschleunigen, wollen wir einfachere Genehmigungsverfahren für den Bau von Mobilfunkmasten, die Bereitstellung geeigneter Immobilien des Freistaates und sowie ein Programm für Kommunen und private Initiativen, in unterversorgten Gebieten

eigene Sendemasten zu bauen und zu vermieten. Wir streben an, dass die Masten des digitalen Behördenfunks (BOS) im Freistaat Sachsen nach Möglichkeit auch für kommerzielle Mobilfunkanbieter nutzbar werden. Wir unterstützen die Erprobung innovativer Datenkommunikation im 5G-Standard, die nach dem Prinzip der bisherigen Rundfunkverbreitung arbeiten (Broadcast).

### **Digitale Infrastruktur der öffentlichen Hand ausbauen**

Wir werden die digitale Infrastruktur des Sächsischen Verwaltungsnetzes konsequent weiter in der Fläche ausbauen und in unterversorgten Regionen für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Weiterhin wollen wir jährlich mindestens 80 Millionen Euro investieren, um Kindertageseinrichtungen, Schulen, Berufsschulen, Berufsakademien, Hochschulen und Behörden mit Glasfaser-Anschlüssen zu versorgen. Wir werden an diesen Einrichtungen die mobile Datenkommunikation allgemein verfügbar machen (öffentliche Hotspots per WLAN, Funk).

### **Programm "Bürger-WLAN" schaffen**

Wir wollen mit dem Programm "Bürger-WLAN" in allen interessierten Gemeinden im Freistaat die Möglichkeit schaffen, einen öffentlichen WLAN-Hotspot einzurichten, der in einem bestimmten Umkreis in der Kommune für jedermann frei zugänglich ist. Den Ort hierfür sollen die Bürger der Gemeinde bestimmen können.

### **Smartes Land durch intelligente Vernetzung**

Sachsen besitzt herausragende Kompetenzen bei Mikroelektronik und Software. Wir wollen ein europäisches Entwicklungs- und Demonstrationszentrum für das Internet der Dinge (IoT) im öffentlichen Raum („Smart City“) und zehn „digitale Dörfer“ in Sachsen als „digitale Leuchttürme“ mit konkretem Nutzen für Bürger und Unternehmen schaffen. Wir werden dafür sächsischen Gemeinden technische, finanzielle und organisatorische Unterstützung geben und sie wissenschaftlich begleiten. Innerhalb Sachsens setzen wir auf eine leistungsfähige digitale und vernetzte Infrastruktur in Stadt und Land. Die digitale Integration sehen wir als große Chance für den ländlichen Raum, Lebensbedingungen und wirtschaftliche Attraktivität zu steigern. Die Projekte „Smart Systems Hub“ in Dresden und „Smart Infrastructure Hub“ in Leipzig wollen wir konsequent vorantreiben.

### **Innovationspotenziale aus Forschung und Wissenschaft heben**

Sachsen hat mit mehr als 20 Universitäten, Hochschulen und Akademien und über 50 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen eine leistungsstarke Forschungslandschaft mit hervorragendem internationalem Ruf. Auch bei den Exzellenzinitiativen des Bundes schnitt der Freistaat äußerst erfolgreich ab.

Sachsen soll in Zukunft noch stärker von dem Wissen und der Innovationskraft seiner Wissenschaftler profitieren. Ergebnisse hervorragender Forschungsarbeit müssen – soweit sinnvoll möglich – den Weg in die gesellschaftliche und wirtschaftliche Anwendung finden. Keine sächsische Innovation sollte daran scheitern, dass sie in den Schubladen unserer Hochschulen einstaubt.

## **Wissenstransfer ist ein Standortfaktor**

Wir verstehen den Aufbau und Transfer von Wissen und Technologie als wichtigen Standortfaktor, der für den wirtschaftlichen Erfolg des Freistaates unerlässlich ist. Vor allem bei den mit öffentlichen Mitteln finanzierten Forschungsprojekten ist eine funktionierende Transferstrategie Pflicht. Daher wollen wir eine fundierte, landesweit abgestimmte, effiziente und erfolgreiche Transferpolitik, mit der die Ergebnisse sächsischer Forschung schnell und bürokratiearm in die Anwendung überführt werden.

## **Wissens- und Technologietransfer stärken**

Wir wollen die bestehenden Transferstrukturen langfristig absichern und gezielt ausbauen. Dafür soll in den Zielvereinbarungen der Hochschulen mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) und in Projektbewilligungen dem Bereich Wissens- und Technologietransfer ein größerer Stellenwert als bisher eingeräumt werden. Die Wissenschaft muss in die Lage versetzt werden, von Anfang an Verwertungsstrategien zu erarbeiten und erfolgreich umzusetzen.

## **Wissensmarketing und Weiterbildung intensivieren**

Transfer bedeutet für uns nicht nur die Verwertung von Patenten. Wir wollen, dass auch Selbstständige, Angestellte, Unternehmer, Handwerker und Dienstleister von neuen Erkenntnissen sächsischer Forschungseinrichtungen umfassend profitieren. Dafür setzen wir auf einen stärkeren Ausbau von Weiterbildungsangeboten, Wissensmarketing und der Verwertung sogenannter "nichtmonetärer" Produkte an den Hochschulen des Freistaates. Akademische Weiterbildung gehört noch nicht zu den Kernaufgaben sächsischer Hochschulen. Das wollen wir ändern. Die bisher bestehenden bürokratischen Beschränkungen wollen wir konsequent abbauen.

## **Zukunftsinvestitionen steigern**

Wir wollen in Sachsen die Zukunftsinvestitionen von Staat und Wirtschaft in Forschung und Innovation bis 2025 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern, um die zu erwartenden geringeren europäischen Fördermittel für Sachsen und das Auslaufen des Solidarpaktes abzufedern. Gerade diese kommenden Umbrüche im sächsischen Landeshaushalt fordern größere Anstrengungen bei der Innovationsförderung, wenn wir den derzeitigen Standard halten wollen.

## **Forschung und Mittelstand vernetzen**

Sächsische Unternehmen wissen häufig noch zu wenig, was ihnen Hochschulen für die Verbesserung von Produkten und Dienstleistungen wie auch für die Unternehmensentwicklung bieten können. Auch werden oft innovationswilligen Unternehmen gemeinsame Projekte mit Forschungseinrichtungen durch bürokratische Hürden erschwert. Wir wollen eine stärkere Vernetzung regionaler Unternehmen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen erreichen.

## **Steuerliche Forschungsförderung**

Wir unterstützen die Einführung einer technologieoffenen steuerlichen Forschungsförderung auf Bundesebene. Damit wird es auch für kleinere Unternehmen attraktiver, eigene Forschungsprojekte durchzuführen, um ihr Angebot zu erweitern oder auch die Kosten ihrer Produkte zu senken.

## **Politik muss mit Innovation Schritt halten**

Die technische Entwicklung schreitet rasant voran. Viele heute gängige Anwendungen, Produkte und Geschäftsmodelle, wie beispielsweise Smartphone-Apps, wurden vor 20 Jahren nicht vorhergesehen. Wer Schritt halten will, muss flexibel auf Neuerungen reagieren können. Das gilt auch für die Politik und Verwaltung. Wir wollen regulatorische "Sandboxes" und digitale Freiheitszonen schaffen, um Innovationen unter realen Bedingungen für eine bestimmte Zeit ausprobieren zu können. Gesetze, die für innovative Produkte und neueste Technologien ohne sachlichen Grund zum Hindernis werden, wollen wir schnell und unkompliziert an die neue Zeit anpassen.

## **Freie Technik für freie Forscher**

Freie Werkstätten, Makerspaces und Fablabs sind Innovationsräume, die von viel Herzblut und ehrenamtlichen Engagement leben. Wir wollen entsprechende Vereine unterstützen, beispielsweise mit dem Aufbau einer Angebotsplattform für abgeschriebene und nicht mehr benötigte Maschinen, Möbel, Werkzeuge und Ähnliches der sächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Damit sollen die Vereine als Schnittstelle zwischen Hochschulforschung und innovativer Wirtschaft die Möglichkeit erhalten, ausgemusterte, aber noch einsatzfähige, Maschinen zu erwerben, die jungen Entwicklern und Start-ups bei ihren ersten Schritten weiterhelfen können.

## **Anlagen und Geräte der Hochschulen sinnvoll nutzen**

Außerdem setzen wir uns für einen vereinfachten Zugang und Abrechnung des Maschinenparks der Hochschulen ein. Studenten und auch hochschulfremde Entwickler sollen für Experimente und zur Prototypenentwicklung außerhalb von Forschungsprojekten unkompliziert Zugang zu den Maschinenparks von Hochschulen erhalten. Den bisher dafür notwendigen immensen bürokratischen Aufwand wollen wir abschaffen und den Hochschulen die Erstellung entsprechender Angebote erleichtern.

## **Sachsens Kreative vernetzen**

Darüber hinaus wollen wir eine Vernetzung der freien Mitmachwerkstätten, wie zum Beispiel Makerspaces, FabLabs oder ähnliches, vorantreiben und Kooperationen anregen. Maschinen und Know-How sollen in so einem Netzwerk von allen gemeinsam genutzt werden, damit finanzielle Mittel effizienter eingesetzt werden.

## **Cybersicherheit in der digitalen Zeit ausbauen**

In einer vernetzten Welt müssen sich Bürger der Sicherheit ihrer Daten gewiss sein. Gleiches gilt für die automatische Generierung von Daten. Der Staat, aber auch jeder Einzelne, muss alles dafür tun, dass die persönlichen Daten der Bürger wie auch das Wissen und die digitale Infrastruktur unserer Wirtschaft sicher sind. Dass gerade der Staat dabei nicht immer seiner Vorbildfunktion gerecht wird, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir setzen uns für eine datensichere sächsische Verwaltung ein. „Security first“ ist Pflicht für das eGovernment in Sachsen. Jeder Bürger muss die Garantie haben, dass seine Daten nach den höchstmöglichen Sicherheitsstandards behandelt werden.

## **Security First für eigene Datensouveränität**

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Bürger die Hoheit über seine Daten und sein Nutzerverhalten auch im Digitalbereich hat. Die Hoheit soll dabei sowohl gegenüber

privaten Anbietern als auch gegenüber der öffentlichen Hand gewährleistet werden. In Anlehnung an unsere Prämisse „Digital First“, welche auch „Security First“ einschließt, stellen wir den Datenschutz persönlicher und personenbezogener Daten voran. Jeder Bürger soll nach estnischem Vorbild bestimmen und sehen können, welche Daten er für wen bereitstellt. Wir fördern den Einsatz von dezentralen Strukturen wie Blockchain und smart Contracts als exemplarische Umsetzung dieser Prinzipien („Digital First“ und „Security First“).

Wir setzen uns für klare Strukturen in der Bekämpfung von Angriffen auf die digitale Infrastruktur ein. Die unterschiedlichen Zuständigkeiten behindern eher den Kampf um den Schutz unsere Daten, als dass sie ihn unterstützen. Dafür wollen wir ein unabhängigeres Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, welches aus der Verantwortung des Bundesministeriums für Inneres herausgelöst wird. Zudem sprechen wir uns für ein Bürgerrecht auf Verschlüsselung von Daten aus.

### **Strafverfolgungsbehörden bei Cybercrime stärken**

Durch Datendiebstahl, Wirtschaftsspionage und Sabotage können sächsischen Unternehmen, aber auch Privatpersonen, erhebliche Schäden entstehen. Wir wollen daher die Behörden besser in die Lage versetzen, auf Angriffe angemessen reagieren zu können und die Täter zu überführen. Wir lehnen den Einsatz von Staatstrojanern ab, da dieser bewusst auf Sicherheitslücken setzt, die auch Dritte nutzen können.

### **Innovative Verkehrspolitik für ein mobiles Sachsen**

Wir wollen eine bestmögliche Mobilität für alle Sachsen – verkehrsträgerübergreifend, bezahlbar, umweltfreundlich und in allen Regionen des Freistaates. Individuelle Mobilität heißt für uns, dass der Nutzer entscheidet wie er sich fortbewegt – und nicht die Politik. Dafür braucht es vielfältige und attraktive Angebote statt Verbote und Quotierungen. Eine moderne Verkehrspolitik verknüpft Öffentlichen Nahverkehr, Individualverkehr und neue Mobilitätsformen durch Sharing-Anbieter. Wir setzen auf Technologieoffenheit bei Antriebskonzepten und wollen mehr Güterverkehr in Sachsen auf die Schiene bringen.

### **Verkehrsinfrastruktur schneller ausbauen und modernisieren**

Bei Straßen, Schienen, Flughäfen und Radwegen hat sich in den letzten Jahrzehnten viel in Sachsen getan. Dennoch ist der Modernisierungsbedarf weiterhin groß. Wir wollen bestehende Planungs- und Bauvorschriften verschlanken sowie Bau- und Umweltstandards überprüfen, damit Infrastrukturprojekte schneller und kostengünstiger realisiert werden können. Bei Bauvorhaben an Autobahnen werden wir häufiger 24-Stunden- oder Tageslichtbaustellen einrichten, um Projekte schneller abzuschließen und dadurch Staus und Unfälle zu vermeiden. Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr statten wir personell besser aus, um Planungen schneller voranzutreiben.

### **Prioritäten bei Verkehrsprojekten in Sachsen setzen**

Wir wollen klare Prioritäten bei Neu- und Ausbauprojekten setzen. Dazu gehören für uns vor allem folgende Straßenbauprojekte: Ausbau der Autobahn A4 zwischen Nossen und Görlitz, Weiterbau der B178n von der Autobahn A4 nach Zittau, Fertigstellung des Ausbaus der B98/B169 von der A13 über Großenhain und Riesa zur A14, Ausbau der Bundesstraßen B93, B101, B170, B171, B174 im Erzgebirge, Ertüchtigung der Nord-Süd-



Verbindung von der A4 Richtung Cottbus/A15 sowie der Aus- und Neubau der B87n von Leipzig nach Torgau. Auf der Schiene haben für uns folgende Projekte die höchste Priorität: die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken Dresden-Görlitz-Cottbus und Chemnitz-Leipzig (zweigleisig), der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Glauchau-Gößnitz (Thüringen) als Teil der Mitte-Deutschland-Verbindung und die zukünftige Schnellbahnstrecke von Dresden nach Prag. Ergänzend zu den Bundesmitteln wollen wir Landesmittel einsetzen, um Ausbauziele schneller zu erreichen. Außerdem fordern wir die Umbenennung des Flughafens Leipzig/Halle in Hans-Dietrich-Genscher-Flughafen. Der Freistaat Sachsen soll sich als Anteilsinhaber für diese einsetzen.

### **Bedingungen für Radverkehr verbessern**

Der Radverkehr in Sachsen erfreut sich einer wachsenden Beliebtheit. Sowohl im Alltagsverkehr als auch bei der touristischen Nutzung sehen wir noch deutliche Steigerungspotenziale. Das gilt vor allem mit Blick auf den Boom von eBikes sowie weiteren Elektrokleinstfahrzeugen (eRoller). Wir wollen den Bau von Fahrradwegen in Sachsen vereinfachen und dafür Restriktionen durch bestehende Umweltvorschriften verringern. Lücken im bestehenden Radwegenetz müssen geschlossen werden. Unter Nutzung bestehender Bundes- und Landesförderprogramme wollen wir die Schaffung sicherer Abstellmöglichkeiten und Elektroladepunkte für Zweiräder an Umsteigepunkten vorantreiben. Sächsische Kommunen wollen wir bei Radwegekonzeptionen und der Entschärfung von Unfallschwerpunkten stärker unterstützen. Die Mitnahme von Fahrrädern und Elektrokleinstfahrzeugen im ÖPNV wollen wir erleichtern.

### **Öffentlichen Nahverkehr zukunftsfähig aufstellen**

Sachsen leistet sich mit fünf Verkehrszweckverbänden bundesweit die aufwändigste Organisationsstruktur im Schienennahverkehr und weist ein zerklüftetes Tarifsystem auf. Um Fahrgästen attraktivere Verbindungen und ein sachsenweit einheitliches Tarifsystem zu bieten sowie Verwaltungskosten zu sparen, wollen wir Verkehrszweckverbände fusionieren. Ein Landesbusnetz Sachsen mit attraktivem Takt und einheitlichem Qualitätsstandard (z.B. WLAN, Fahrradmitnahme) erhöht in Verbindung mit Lokalbussen und individuellen Zubringerangeboten die Attraktivität des ÖPNV vor allem in ländlichen Regionen. Wir wollen, dass der Freistaat die Kosten für den Schülerverkehr zwischen Wohn- und Schulort komplett übernimmt. Die Unterstützung von verkehrsmittelübergreifenden Mobilitäts-Apps für Sachsen erleichtert die bequeme Buchung von Tickets in Kombination mit individuellen Verkehrsmitteln (z.B. Rad, Motorroller, Mietwagen). Fahrgastinformationen sollen digital in allen Verkehrsmitteln und an allen Haltestellen verfügbar sein. Bedarfshalte müssen per App gebucht werden können. WLAN sollte in allen öffentlichen Verkehrsmitteln kostenfrei verfügbar sein. Die Barrierefreiheit im ÖPNV wollen wir vorantreiben, um Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen zu erleichtern. Die Schmalspurbahnen in Sachsen werden wir als Teil des industriekulturellen Erbes weiterhin unterstützen.

### **Neue Beförderungsangebote für mehr individuelle Mobilität zulassen**

Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten, zusätzliche Mobilitätsangebote zu schaffen, individuelle Fahrtwünsche zu erfüllen und Verkehre kundenorientierter auszurichten. Für uns steht dabei der Fahrgast im Mittelpunkt. Wir wollen darauf hinwirken, das aus den 1960er-Jahren stammende Personenbeförderungsgesetz zu modernisieren. Neue und flexible Beförderungsangebote sollen ÖPNV-Linienverkehre ergänzen. Dazu gehören per

App buchbare Sammeltaxen, Shuttles und Mietwagen (Ride Sharing, Car Sharing, Ride Pooling), aber auch Bürgerbusse und private Kooperationsmodelle. Was in vielen anderen Staaten den Alltag der Bürger erleichtert, soll es auch in Sachsen geben. Damit schaffen wir vor allem auch in den ländlichen Regionen attraktivere Angebote. Für Fernbusse wollen wir die Bedienverbote in Sachsen abbauen.

## **Offenheit für neue Technologien statt Verbote**

Unser Anspruch ist es, den Freistaat zu einem Vorreiter im Bereich der intelligenten Verkehrssteuerung, neuer Antriebsformen sowie des autonomen Fahrens zu entwickeln. Dabei setzen wir nicht auf Fahrverbote oder ein Verteufeln von Verbrennungsmotoren, sondern auf Technologieoffenheit. Zur Förderung alternativer Antriebskonzepte ist ein flächendeckendes Netz von leistungsfähigen Stromladesäulen („Super Charger“), Gas- und Wasserstofftankstellen in Sachsen erforderlich. Hierfür sollten vor allem private Investoren in der Startphase unterstützt werden, beispielsweise durch die Bereitstellung öffentlicher Grundstücke und unkomplizierte Genehmigungen. Auf der Schiene sorgt die Digitalisierung für eine effizientere Nutzung der bestehenden Infrastruktur. Daher ist die zügige Installation der neuesten Generation des European Train Control Systems (ETCS) zur elektronischen Zugsteuerung auf allen sächsischen Fernbahnstrecken unverzichtbar. Den „Smart Rail Connectivity Campus“ in Annaberg-Buchholz wollen wir als nationales „Leuchtturmprojekt“ für die Entwicklung und Erprobung des automatisierten Zugbetriebs weiterentwickeln.

## **Verkehrssicherheit stärken und Unfälle vermeiden**

Zusammen mit besserer Sicherheitsausstattung in Fahrzeugen, baulichen Verbesserungen und Schulungsangeboten zur Verkehrssicherheit für alle Altersgruppen sehen wir in der digitalen Verkehrssteuerung die Chance, die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten in Sachsen langfristig auf Null zu senken („Vision Zero“). Das schrittweise Heranführen von Jugendlichen an den Straßenverkehr wollen wir durch die unbefristete Einführung des Mopedführerscheins ab 15 Jahren und das begleitete Fahren ab 16 Jahren verbessern. Für die Sicherheit von Motorradfahrern wollen wir die Installation des Leitplanken-Unterfahrschutzes an Bundes- und Staatsstraßen verbessern.

## **Im Güterverkehr mehr Fracht auf die Schiene bringen**

Die sächsische Wirtschaft ist auf einen leistungsfähigen Güterverkehr angewiesen. Der Güterverkehr auf der Straße stößt jedoch zunehmend an Kapazitätsgrenzen, beeinträchtigt die Verkehrssicherheit und belastet die Umwelt. Daher wollen wir vor allem Transitverkehre auf die Schiene bringen. Dazu braucht es jedoch mehr Überholgleise, bessere Anschluss- und Verladeeinrichtungen für Industriebetriebe und die Ertüchtigung des Netzes für Güterzüge mit 740 m Länge. Digitale Lösungen können den Einsatz von Einzelwagen im Schienenverkehr attraktiver machen. Um den Lkw-Verkehr zu Stoßzeiten zu reduzieren, ist für uns eine zeitabhängige Staffelung der Maut vorstellbar. „Rollende Landstraßen“ (Verladung von ganzen Lkw auf Züge) können auf längeren Routen die Autobahnen entlasten. Ein digitales Parkplatzmanagementsystem an Autobahnen soll die Unfallgefahr durch rückstauende Lkw verringern. Dazu müssen in Sachsen entlang der Autobahnen ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen. Neue Fahrzeugkonzepte wie Lang-Lkw und digital unterstützte Logistikketten wollen wir in Sachsen unvoreingenommen testen und umsetzen. Auch die Kombination von Frachttransport und Personentransport in einem Fahrzeug ist für uns vorstellbar. Wir sprechen uns für die Beibehaltung des 24-Stunden-Betriebes für Expressfracht am Flughafen Leipzig/Halle aus.

## **Nutzen für Bürger durch digitale Dienstleistungen schaffen**

Wir wollen in Sachsen die modernste und bürgerfreundlichste öffentliche Verwaltung Deutschlands schaffen. Dafür werden wir Prozesse komplett auf den Prüfstand stellen und konsequent digitalisieren. Europäische Länder wie Estland und Dänemark zeigen, dass die Staatsverwaltung in allen Bereichen schneller, einfacher und effizienter arbeiten kann. Ein leistungsfähiges eGovernment spart nicht nur den Bürgern Zeit, Geld und Nerven, sondern ist auch ein Aushängeschild für den Technologiestandort Sachsen.

## **Sachsen muss bei digitalen Bürgerservices schneller werden**

Der Freistaat hat in der Regierungszeit der Freien Demokraten zwar als erstes Bundesland ein umfassendes eGovernment-Gesetz eingeführt – bisher werden die Möglichkeiten aber nicht genutzt. Wir wollen zentrale Standards in allen Bereichen erarbeiten und mit einer festen gesetzlichen Frist bis 2025 in allen Behörden und im Sächsischen Landtag umsetzen. Dabei setzen wir auf Technik- und Anbieteroffenheit. Wettbewerb schafft auch hier die besten Lösungen. Wir wollen gängige Kommunikationstechnologien wie verschlüsselte E-Mails, digitale Signaturen und Apps auch in der Kommunikation mit Behörden einführen.

## **Verwaltungsdienstleistungen bis 2025 digitalisieren**

Wir wollen bis 2025 papiergebundene Verwaltungsvorgänge in Sachsen digitalisieren. Mindestens 80 Prozent aller Leistungen und Antragsverfahren sollen bis dahin medienbruchfrei und digital möglich sein. Dazu müssen auch die Kommunikationswege aller Behörden des Freistaates und der Kommunen auf elektronische Kommunikation eingerichtet sein. Die Bürger sollen die Vorlage von Belegen etwa bei den Finanzämtern auch auf elektronischem Weg per Scan erledigen können. Digitalisierung schafft nur dann mehr Effizienz, wenn sie umfassend und auf allen Ebenen eingeführt wird. Wir wollen bei der Digitalisierung der Verwaltung von den Besten in Europa und der Welt lernen, anstatt jede Lösung neu zu erfinden.

## **Datensicherheit beachten**

Auch bei der Digitalisierung in der Verwaltung gilt für uns, dass der Bürger stets Herr seiner Daten bleiben muss. Deshalb werden wir bei der Datenverarbeitung grundsätzlich die datenschutzfreundlichste Verfahrensweise zum Einsatz bringen. Dies bedeutet auch, dass eine Datenweitergabe aus Melderegistern an kommerzielle Empfänger oder Religionsgemeinschaften nur mit Einwilligung der Betroffenen erlaubt sein soll (Opt-in-Regelung). Daten sollen nur erhoben und gespeichert werden, wenn dies erforderlich ist. Das bedeutet auch, dass einmal erhobene Daten auch für weitere Verarbeitungen zur Verfügung stehen können, wenn der Betroffene dies so will. Dadurch wird die mehrfache Erhebung derselben Daten vermieden.

## **Versorgung mit Energie sicher und bezahlbar gestalten**

Sachsen ist traditionell ein wichtiges Energieland – sowohl mit Blick auf Produktion wie auch auf Forschung. Wir wollen den Freistaat zum Energie-Innovationsland Nummer eins in Deutschland machen. Gleichzeitig müssen sich Industrie, Handwerk, Mittelstand und private Haushalte auf eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung verlassen können. Wir wollen den Übergang von einer stark braunkohleabhängigen Energieproduktion zu einem stabilen Energiemix der Zukunft verantwortungsbewusst

gestalten. Deshalb ist auch die Entscheidung, aus der Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung auszusteigen, ergebnisoffen zu überprüfen, insbesondere bei einer Beendigung der Braunkohlenutzung. Denn die Nutzung der Atomenergie fördert die Energiesicherheit, insbesondere die Unabhängigkeit von Energielieferungen aus anderen Staaten, sichert die Grundlast, wirkt sich positiv auf die Bezahlbarkeit des Stroms aus und ist nicht zuletzt umweltfreundlich. Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Sachsen sollte dazu seinen Beitrag leisten, aber dabei die eigenen Möglichkeiten realistisch einschätzen. Bürger und Unternehmen in Sachsen müssen sich auf Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie verlassen können.

### **Energiemix mit Braunkohle verantwortungsbewusst gestalten**

Wir halten an dem durch die genehmigten Revierpläne vorgesehenen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis Mitte der 2040er-Jahre fest. Einen vorzeitigen Ausstieg lehnen wir ab. Gleichzeitig wollen wir alternative Energieerzeugungs- und Energiespeicherformen ausbauen, um die bedarfsgerechte Energiebereitstellung unabhängig von Wind und Sonne zu sichern. Derzeit gibt es noch keine wirtschaftliche Alternative zur Braunkohle, die in jeder Situation die Grundlast und Netzstabilität sichert. Ein langfristiger Übergang zur emissionsfreien Energieversorgung kann nur durch die Entwicklung und Einsatz neuer Technologien gestaltet werden.

### **Energiemarktwirtschaft statt teure Subventionen**

Die sächsische Energiewirtschaft der Zukunft ist für uns technologieoffen und subventionsfrei. Wir bekennen uns zur CO<sub>2</sub>-Einsparung im Rahmen des Europäischen Zertifikatehandelssystems (ETS). In ihn wollen wir auch den Verkehrs- und Wärmesektor einbeziehen. Dieses marktwirtschaftliche Anreizsystem garantiert, dass nicht wie bisher der teuerste, sondern der wirtschaftlichste Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung eingeschlagen wird. Für Verbraucher und Wirtschaft wollen wir so einen weiteren massiven Anstieg der Strompreise verhindern. Wir setzen uns dabei auch für eine Absenkung der staatlichen Stromsteuer ein.

### **Erneuerbare Energien müssen Versorgungssicherheit garantieren**

Die starke Subventionierung erneuerbarer Energien hat zu einem steigenden Anteil im Strommix geführt – bei immer stärkeren Schwankungen in den Netzen und massiv gestiegenen Kosten. Auf absehbare Zeit, und erst recht nach Abschaltung aller Kernkraftwerke, garantieren derzeit nur grundlastfähige fossile Energieträger die Versorgungssicherheit. Für uns müssen sich erneuerbare Energien am Markt ohne Subventionen bewähren. Wer eine Einspeisegarantie ins Stromnetz hat, muss gleichzeitig garantieren können, dass er eine Mindestmenge jederzeit bereitstellen kann oder selbst Backup-Kapazitäten am Markt einkauft. Es kann nicht sein, dass Besitzer von Windkraft- oder Solaranlagen ohne jegliche gesicherte Leistung gut verdienen, während alle Stromkunden für Reservekraftwerke zahlen müssen.

### **Energieforschung verstärken und Pilotprojekte realisieren**

Mit den vorhandenen Forschungseinrichtungen und neuen Instituten in der Lausitz wollen wir neue Formen der dezentralen Energieversorgung, der Kopplung zwischen verschiedenen Sektoren (Elektrizität, Wärme, Verkehr, Industrie), der Rückgewinnung und Speicherung von großen Energiemengen in der Praxis erproben. Dazu gehören "Power to X"-Verfahren, wie die Wasserstoff- oder Methanproduktion aus überschüssigen erneuerbaren Energien, aber auch neue Formen von Energiegroßspeichern, beispielsweise auf Salzbasis. Ohne bahnbrechende Energieinnovationen und deren

wirtschaftliche Markteinführung wird ein langfristiger Ausstieg aus konventionellen Energieträgern nicht funktionieren. Technologieoffene Energieforschung schließt für uns auch Forschungen im Bereich der Kernenergie ein. Dabei muss das Ziel sein, die Kompetenzen sächsischer Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Kernenergienutzung zu erhalten und auszubauen. An den technisch-naturwissenschaftlich starken Universitäten und Hochschulen sowie sonstigen geeigneten Forschungszentren wollen wir speziell Forschungsanstrengungen in den Gebieten Reaktorsicherheitsforschung, Endlagerforschung, Reststoffminimierung und -behandlung, Entwicklung innovativer Reaktorkonzepte mit inhärenten Sicherheitseigenschaften sowie Kernfusion fördern.

### **Energieeffizienz über alle Sektoren verbessern**

Stromnachfrage, Gebäudewärme und Mobilität tragen jeweils zu einem Drittel zum Gesamtenergieverbrauch in Sachsen bei. Ziel muss es sein, in allen Sektoren durch neue Technologien die Effizienz zu steigern – auch mit Hilfe digitaler Technologien. Dieser Prozess geht nur schrittweise und muss sich an wirtschaftlichen Realitäten orientieren. Wir werden vor diesem Hintergrund das “Sächsische Energie- und Klimaprogramm (EKP)” und den “Masterplan Energieforschung” auf den Prüfstand stellen und novellieren. Ein zusätzliches Klimaschutzgesetz für Sachsen halten wir für einen Irrweg.

## Startrampe für neue Ideen - Für ein freiheitliches Sachsen

Wir wollen es für alle Sachsen einfach machen, in unserem Freistaat wirtschaftlich erfolgreich zu sein und den eigenen "sächsischen Traum" zu verwirklichen. Unser Ziel ist es, im kommenden Jahrzehnt die ersten westdeutschen Flächenländer bei der Wirtschaftsstärke zu überrunden. Wir wollen die besten Bedingungen schaffen, dass in Sachsen schneller Unternehmen entstehen und wachsen können als anderswo. Wir wollen ein für Arbeitnehmer attraktives Bundesland sein und den beruflichen Aufstieg sowie gute Verdienste ermöglichen. Uns geht es zudem darum, wieder mehr Lust auf die Übernahme eigener wirtschaftlicher Verantwortung zu wecken.

Der wirtschaftliche Neuaufbau in Sachsen ist nach der Wende erfolgreich vorangekommen. Mutige Unternehmer und fleißige Arbeitnehmer sorgten für steigenden Wohlstand und eine deutlich gesunkene Arbeitslosigkeit. Darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Allein das Thema Digitalisierung, die kleinteilige Wirtschaftsstruktur oder auch der demographische Wandel stellen unsere Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen. Die Schaffung von mehr Wohlstand in Sachsen ist kein Selbstläufer, sondern basiert auf Ideen, Mut, Anstrengung und Leistungsbereitschaft. Eine starke Wirtschaft ist die Basis für eine erfolgreiche Entwicklung Sachsens. Denn sie garantiert nicht nur gute Einkommen, sondern schafft auch gesellschaftliche Stabilität und sozialen Zusammenhalt. Klar ist für uns dabei: Es kann nur verteilt werden, was vorher erwirtschaftet wird.

Sachsen wird aus eigener Kraft wirtschaftlich nur dann schneller vorankommen, wenn hierzulande mehr Unternehmen gegründet werden und schneller wachsen. Dazu müssen wir Sachsen neu denken – als Land mit einem neuen Gründergeist und einer neuen Kultur der Selbständigkeit, aber auch eine Kultur der zweiten Chance.

## Neue Kultur für Gründer und Unternehmer schaffen

Der Mut zur Gründung oder Übernahme eines Unternehmens verdienen höchsten Respekt. Für einen einzigartigen sächsischen Gründergeist braucht es ein Umfeld, das gestandene Unternehmer wie auch Gründer fördert und nicht behindert. Eine solche Gründerkultur sieht neue Unternehmen als Chance. Wir wollen Unternehmern, Start-ups und Nachfolgern die besten Voraussetzungen für Gründung und Wachstum bieten. Dabei ist für uns klar, dass auch ein Scheitern kein Stigma sein darf.

## Erleichterter Zugang zu Gründungs- und Wachstumskapital

Für eine bessere Gründungsdynamik ist der schnelle Zugang zu Kapital entscheidend – ob von Banken, Fördereinrichtungen des Freistaates oder auch privaten Geldgebern. Wir setzen uns dafür ein, dass Forschungsfördermittel der Europäischen Union stärker auf die realen Bedürfnisse des sächsischen Marktes mit seiner kleinteiligeren Wirtschaftsstruktur angepasst werden.

Die Bearbeitungszeiten für Förderprogramme im Bereich Gründung und Innovationen bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) müssen mit einer vertretbaren maximalen Bearbeitungszeit versehen werden.

Weiterhin setzen wir uns für die Fortsetzung der Bereitstellung von Beteiligungskapital über die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG), den Wachstumsfonds Mittelstand

(WMS) und den Technologiegründerfonds (TGFS) sowie für die Etablierung von Nachrangdarlehensfonds für Investitionen und Darlehensfonds für mittelständische Unternehmen zur Markterschließung in Abhängigkeit von der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen ein. Langfristiges Ziel muss es sein, Sachsen deutlich attraktiver für privates Risikokapital zu machen. Wir wollen nationale und internationale Wagniskapitalgeber für Investitionen in Sachsen begeistern und mit ihnen im Rahmen von Public-Private-Partnership-Projekten die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen im digitalen Umfeld auf ein internationales Spitzenniveau bringen.

### **Option für Pauschalbesteuerung schaffen**

Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, junge Unternehmen auch steuerlich zu fördern, etwa durch eine Option zur Pauschalbesteuerung bei Unternehmenssteuern in den ersten Jahren nach der Gründung. Zudem wollen wir prüfen, ob die geltenden Abschreibungsfristen für Anlagegüter bei jungen Unternehmen verbessert werden können.

### **Informationen zur Gründung nutzen**

Wir wollen den Zugang zu Mentoren und Investoren durch die Stärkung privater Gründereinrichtungen wie Inkubatoren und Co-Working-Spaces sowie hochschulnaher Zentren stärken. Bürokratische Hürden müssen beseitigt und transparenter werden. Zum erfolgreichen Gründen gehören gute Informationsangebote. Dafür brauchen die Gründungswilligen einen zentralen Ansprechpartner für alle mit dem Unternehmen zusammenhängenden Amtswege – die One Stop-Agency.

### **Wirtschaftliches Grundwissen in der Schule schaffen**

Wir setzen uns für eine höhere Wirtschaftskompetenz und das persönliche Kennenlernen selbständiger Tätigkeit von Schülern ein. Dafür bieten sich beispielsweise Planspiele im Unterricht an. Die Gründung von Schülerfirmen wollen wir über einen landesweiten Wettbewerb befördern. Wir werden zudem die gründungsbezogene Ausbildung an Schulen und Hochschulen verbessern. Zusätzlich halten wir das Angebot eines vertiefenden Angebotes etwa als Wahlpflichtfach in der Sekundarstufe II und betriebliche Praktika für sinnvoll. Je nach Studienfach an den weiterführenden Schulen und Hochschulen sind beispielsweise auch Auslandspraktika in Unternehmen zu unterstützen.

### **Große Gründer fangen klein an**

Kleine Forscher und Unternehmungsfreudige tragen erheblich zu unserem zukünftigen Wohlstand bei. Wir unterstützen daher Projekte, wie das „Haus der kleinen Forscher“, die Teilnahme möglichst vieler Schülerinnen und Schüler an nationalen und internationalen Wettbewerben wie den Facholympiaden, „Jugend forscht“ sowie „Jugend gründet“. Wir setzen uns zudem für die Schaffung von „Gründer-Mobilen“ ein, welche Schüler, Studierende und Interessierte zum Thema Gründung informieren und Hemmschwellen abbauen.

### **Freiräume für neue Geschäftsmodelle schaffen**

Die digitale Transformation eröffnet völlig neue Geschäftszweige. So schaffen beispielsweise Angebote der Plattformökonomie einen volkswirtschaftlichen Mehrwert, verbessern die Ressourcennutzung in vielen Bereichen und senken die Kosten für Dienstleistungen im Interesse der Verbraucher. Wir wollen diese Vorteile stärker als bisher für die Bürger nutzbar machen. Dazu gehört die Prüfung, welche bisherigen Regulierungen ihren Zweck tatsächlich noch erfüllen und welche an neue Angebote und Produktformen

angepasst werden sollten. Dabei sehen wir unter anderem einen Modernisierungsbedarf bei der Personenbeförderung durch Taxis, Mietwagen und Fernbusse sowie im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes hinsichtlich der Vermietung von Privatunterkünften über Vermittlungsplattformen. Ziel muss es dabei sein, neuen Geschäftsmodellen eine Chance zu geben und einen fairen Gesamtrahmen für etablierte und neue Marktteilnehmer zu erreichen.

## **Selbstbestimmtes Arbeiten in einer modernen Arbeitswelt**

Die Arbeitswelt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Wir wollen die Chancen für eine attraktive Erwerbstätigkeit durch flexibler Arbeitsmodelle und den Einsatz neuer Technologien ergreifen. Dies gilt gerade auch vor dem Hintergrund, dass Sachsen im bundesweiten Vergleich eines der höchsten Durchschnittsalter aufweist. Starre Arbeitszeiten und Arbeitsplätze werden in Zukunft teilweise durch flexiblere Formen abgelöst. Körperliche Arbeit wird durch technische Hilfen erleichtert. Wir wollen dafür die entsprechende Arbeitsgesetzgebung aus dem letzten Jahrhundert anpassen und damit ein selbstbestimmteres Arbeitsleben ermöglichen.

## **Neue Qualifikationen für eine neue Arbeitswelt**

Die neue Arbeitswelt erfordert auch neue Qualifikationen. Den Erwerb wollen wir durch ein Umsteuern in der Arbeitsmarktpolitik und in den Förderprogrammen des Freistaates erleichtern. Unser Ziel ist es, auch in der Sozialpolitik mehr Anreize für die Erwerbstätigkeit zu schaffen, statt Menschen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. In vielen Bereichen kann die Möglichkeit der Arbeit im Home-Office stärker genutzt werden – der Umfang muss sich jedoch an der Arbeitsrealität orientieren. Das gilt auch für die öffentliche Verwaltung.

## **Modernes Arbeitszeitgesetz schaffen**

Wir wollen das deutsche Arbeitszeitgesetz praxisgerecht modernisieren und an den europäischen Rahmen anpassen. Digitale Arbeitswelten erlauben den Menschen mehr Zeitsouveränität. Nicht immer ist eine tägliche Höchstarbeitszeit bei eigenverantwortlicher Einteilung der Arbeit noch zeitgemäß. Ziel muss es sein, Angestellten eine bessere Work-Life-Balance zu ermöglichen und sie gleichzeitig vor einzelnen Missbrauchsfällen zu schützen.

## **Engagierte Mitarbeiter sind der Schlüssel zu erfolgreichen Unternehmen**

Ohne engagierte und qualifizierte Mitarbeiter ist kein Unternehmen erfolgreich. Angesichts des demografischen Wandels wollen wir alle Arbeitskräftepotenziale heben. Dies gilt besonders für ältere Arbeitnehmer, Alleinerziehende und geringer qualifizierte Jugendliche. Wer eine unzureichende oder nicht nachgefragte Qualifikation besitzt, soll eine echte zweite Chance für Qualifikation und beruflichen Wiedereinstieg erhalten. Dies hilft nicht nur dem Wirtschaftsstandort Sachsen, sondern stärkt auch das eigene Selbstwertgefühl. Eine erfüllende und gut bezahlte Arbeit ist wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

## **Flexible Arbeitsverhältnisse schaffen Freiräume**

Flexible Arbeitsverhältnisse sind in Zeiten des Fachkräftemangels nicht als Problem anzusehen, sondern oft aus persönlicher Sicht durchaus sinnvoll. Die notwendige und wünschenswerte soziale Absicherung sollte nicht über immer schärfere Kriterien für



„Scheinselbständigkeit“ erreicht werden, sondern über beispielsweise den verpflichtenden Nachweis einer Altersvorsorge.

## **Bürokratieabbau - Für einen unkomplizierten Freistaat**

Eine überzogene Regulierungsdichte und überbordende Bürokratie sorgen für einen Verlust an Lebensqualität und für weniger Wohlstand. Wir sehen es als zentrale Aufgabe für die Sächsische Staatsregierung an, wieder mehr Freiräume für jeden Einzelnen zu schaffen. Viele kleinteilige Vorschriften, Dokumentationspflichten und unnötige Kontrollen verkörpern ein ausgeprägtes Misstrauen des Staates gegenüber Unternehmen und Bürgern. Sie binden gewaltige Ressourcen und bremsen Investitions- und Innovationskraft im Mittelstand. Deshalb wollen wir konsequent gegensteuern. Wir werden staatliche Aufgaben dahingehend überprüfen, ob sie noch sachgerecht sind und in welcher Form sie möglichst kostengünstig erfüllt werden können.

## **Weniger ist mehr in einem handlungsfähigen Staat**

Für uns gilt, dass der Staat immer in der Lage sein muss, seine Kernaufgaben ohne Einschränkungen wahr zu nehmen. Wir wollen den Staat personell und sachlich so ausstatten, dass er jederzeit seine Kernaufgaben erfüllen kann. Dazu gehören vor allem die innere Sicherheit, der Rechtsstaat und die schulische Bildung sowie eine soziale Grundabsicherung. Wir haben in der Vergangenheit zu oft gesehen, dass wir kein Defizit an Regelungen und Gesetzen, sondern ein Defizit beim Vollzug bestehender Gesetze hatten. Wir wollen darüber hinaus offen darüber diskutieren, auf welche Aufgaben der Staat im Interesse einer Konzentration auf die Kernaufgaben verzichten kann.

## **Staatliche Aufgaben auf Notwendigkeit überprüfen**

Wir wollen Aufgaben und Arbeitsabläufe in der Verwaltung des Freistaates und der Kommunen konsequent überprüfen und möglichst vereinfachen. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, Private in die Erledigung öffentlicher Aufgabe einzubinden, wenn dies eine schnellere, effektivere und kostengünstigere Aufgabenwahrnehmung ermöglicht. Die Möglichkeiten zur elektronischen Bearbeitung von Vorgängen wollen wir in Sachsen endlich konsequent nutzen.

## **Regelungsdickicht lichten**

Im Laufe der letzten 29 Jahre ist in Sachsen ein großer Bestand an Normen, Gesetzen und Verordnungen angewachsen. Nicht jede Norm erscheint dabei unverzichtbar. Dies gilt etwa auf staatlicher Ebene für etliche Statistiken ohne wirklichen Nutzwert. Auf kommunaler Ebene sind dies zahlreiche Straßenausbaubeitragssatzungen, völlig unpraktikable Einzelnormen in Polizeiverordnungen oder aufgeblähte Ortsbildsatzungen.

## **Erforderlich und befristet: Normen begrenzen**

Wir treten für die laufende Überprüfung der Erforderlichkeit geltender Normen und die zeitliche Begrenzung neuer Regelungen ein. Der Erlass neuer Normen muss zudem mit der Prüfung derjenigen Kosten verbunden sein, die aufgrund der Umsetzung der Norm in der Verwaltung, neuen Berichtspflichten und der Normumsetzung für den Bürger und die Wirtschaft zusätzlich entstehen.

## **Anzeigeverfahren statt Genehmigungen**

Anstelle von Genehmigungsverfahren wollen wir, wo immer möglich, Anzeigeverfahren einführen. Sie sollen aufwändige, aber unnötige Verfahrensschritte vermeiden. In Genehmigungsverfahren gelten Genehmigungen dann als erteilt, wenn die Behörde nicht innerhalb einer bestimmten Frist begründete Einwendungen erhebt.

## **Technische Standards prüfen**

Gerade bei neuen technischen Standards ist zu prüfen, ob der damit verbundene Zusatzaufwand in einem vertretbaren Verhältnis zum Nutzen der Neuregelung steht und inwieweit dafür bestehende andere Regelungen entfallen können oder bestehende Anlagen aufgrund älterer Normen weiter genutzt werden können.

## **Standardsetzung verantwortlich gestalten**

Wir wollen auch technische Standards überprüfen, die außerhalb staatlicher Regulierungen von Privaten gesetzt werden, aber erhebliche Kosten zum Beispiel bei Neubauten, im Straßenbau oder im Brandschutz verursachen. Wir treten zudem dafür ein, eher bestimmte Ziele zu definieren, die zu erreichen sind, als technische Einzellösungen vorzuschreiben. Dadurch erhalten die Verantwortlichen größere Entscheidungsräume beim Erreichen dieser Vorgaben.

## **Behörden einfacher digital erreichen**

Gerade in ländlichen Räumen muss die Erreichbarkeit der öffentlichen Verwaltung auf elektronischem Weg deutlich einfacher und schneller möglich sein. Die Vielzahl technischer Lösungen in kleinen Gemeinden ist bei der Anschaffung neuer Systeme und Einführung neuer Verfahren besonders kritisch zu prüfen. Die Bekanntmachung von Normen, wie zum Beispiel Satzungen, sollte grundsätzlich aufgrund landesrechtlicher Regelungen in digitaler Form erfolgen.

## **EU Recht nicht aufblähen**

Ein großer Teil staatlicher Regelungen beruht heute auf rechtlichen Vorgaben der Europäischen Union. Die Umsetzung solcher Vorgaben soll dabei 1:1 erfolgen und nicht auch noch durch zusätzliche Regeln des Landes verschärft oder aufgebläht werden.

## **Bürokratieabbau entschlossen angehen**

Wir wollen die Schaffung von gesetzlichen Freiräumen zum Standortvorteil für Sachsen machen. Dafür ist der Sächsische Normenkontrollrat in seinen Kompetenzen weiter zu stärken. Statt wie bisher nur neue Gesetze und Verordnungen auf unnötige Bürokratiekosten zu begutachten, soll dieser zukünftig sämtliche Sächsischen Gesetze und Verordnungen bis 2023 begutachten und das Ergebnis veröffentlichen. Wir werden einen Bürokratieabbaubericht der Sächsischen Staatsregierung einführen, mit dem alle zwei Jahre über die konkreten Fortschritte beim Bürokratieabbau berichtet wird. Dieser Bericht soll im Sächsischen Landtag öffentlich diskutiert werden.

## **Bürokratieabbau zur Kernaufgabe aller Ministerien machen**

Damit ein nachhaltiger Bürokratieabbau als Daueraufgabe in sächsischen Ministerien und Verwaltungen verankert wird, muss ein Bewusstseinswechsel gefördert werden. Wir wollen daher, dass es klare Anreize und Meilensteine für die Entbürokratisierung gibt. Dies soll auch bei der Personalentwicklung eine Rolle spielen.

## **Belastungen bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln senken**

Die Beantragung einer öffentlichen Förderung ist immer mit Aufwand verbunden. Wir wollen den Bürokratieaufwand dafür jedoch auf das notwendige Mindestmaß senken – durch die Überprüfung und Überarbeitung von Verfahrensabläufen, Digitalisierung und mehr Pauschalen. Das gilt insbesondere für den Verwendungsnachweis bei Programmen mit europäischen Fördermitteln (ESF-/EFRE-Mittel).

Ferner ist zu überprüfen, ob der geltende Beschluss zur vorrangigen Verwaltung von Förderprogrammen durch die Sächsische Aufbaubank (SAB) durch einen dezentraleren Ansatz durch verschiedene Projektträger zu ersetzen ist.

## **Entlastung bei Dokumentationspflichten von Unternehmen**

Die Dokumentationspflichten und die Auftraggeberhaftung für die Mindestlohnzahlung von Subunternehmen stellen einen enormen bürokratischen Mehraufwand dar. Wir wollen diesen senken, damit sich Unternehmer wieder auf den Kern ihrer Arbeit konzentrieren können. Gleiches gilt für die Verkürzung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen sowie für erweiterte Möglichkeiten zur digitalen Archivierung.

## **Landesbauordnung anwendungsfreundlicher gestalten**

Um ein besseres Klima für modernes Bauen und den nötigen Wohnungsbau in Sachsen zu schaffen, muss unsere Bauordnung weiter entschlackt und zukunftsweisend angepasst werden. Kostensenkende Maßnahmen wie der Verzicht von unnötigen Vorschriften und nachvollziehbare Bearbeitungsfristen für Bauämter sind dafür notwendig. Die Geltungsdauer von Bauvorbescheiden sollte verlängert werden.

## **Eine leistungsstarke Finanzverwaltung**

Wir wollen eine effiziente und leistungsstarke Finanzverwaltung. Sachsen liegt bei der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von Steuererklärungen jedoch nur im Mittelfeld. Dabei bietet die Digitalisierung gerade im Bereich der Verwaltung, großes Potenzial. Wir werden daher die Attraktivität der Finanzverwaltung vor dem Hintergrund des Wettbewerbs um die besten Köpfe bei der Nachwuchsgewinnung stärken. Dafür wollen wir bedarfsgerecht ausbilden und die Fort- und Weiterbildungsangebote kontinuierlich verbessern, um damit die Effizienz der Finanzverwaltung weiter zu stärken. Wir verstehen die Möglichkeiten der Digitalisierung in der Finanzverwaltung als große Chance. Dies gilt vor allem für das E-Government und eine moderne Arbeitsorganisation. Insbesondere wollen wir das Risikomanagement weiterentwickeln und durch eine IT- gesteuerte Kosten-Nutzen-Analyse die Schnelligkeit der Aufgabenerledigung erhöhen.

## **Wachstumskräfte der sächsischen Wirtschaft freisetzen**

Unsere sächsischen Unternehmen haben noch ein enormes Entwicklungspotential. Sie müssen aber auch die Chance bekommen, dieses zu entfalten. Wir brauchen daher eine Wachstumsstrategie 2.0 für Sachsen. Unser Ziel ist es, dass zukünftig hierzulande nicht nur effizient produziert wird, sondern dass mehr Forschung und Entwicklung stattfindet und in neue Produkte und Dienstleistungen fließt. Wir wollen unsere Unternehmen bei der digitalen Transformation bestmöglich unterstützen. DAX-Unternehmen werden ihre Konzernzentralen nicht nach Sachsen verlegen. Daher müssen unsere einheimischen

Betriebe durch Innovationskraft und internationale Markterschließung schneller wachsen und Gründungen vereinfacht werden.

Wir schätzen den besonderen Beitrag von Mittelstand, Handwerk und freien Berufen für den wirtschaftlichen Erfolg im Freistaat. Sie brauchen jedoch mehr Luft zum Atmen. Die inhabergeführten Unternehmen stellen den Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Gute sächsische Wirtschaftspolitik ist deshalb in erster Linie gute Mittelstandspolitik. Den Meisterbrief verstehen wir als Qualitätssiegel des Handwerks. Ihn wollen wir erhalten und ausbauen.

### **Für ein positives Unternehmerbild**

Der Einsatz und die Risikobereitschaft der sächsischen Unternehmerinnen und Unternehmer sichern unseren Wohlstand und sorgen für eine funktionierende Gesellschaft. Sie übernehmen Verantwortung für sich und für andere. Zu oft wird ihnen jedoch Anerkennung versagt. Sie werden mit gesellschaftlichen Aufgaben und Bürokratie überlastet, die gerade in kleinen Unternehmen kaum zu bewältigen sind. Wir wollen daher nach dem Vorbild Bayerns die Unterstützung der Klein- und Mittelstandsbetriebe in der Sächsischen Verfassung als Staatsziel verankern.

### **Mehr wirtschaftliche Freiheiten schaffen**

Wir wollen Sachsen zum Vorreiter für mehr wirtschaftliche Freiheiten, Innovationsgeist und einen konsequenten Bürokratieabbau machen. Dazu schauen wir uns alle Einflussmöglichkeiten des Landes bezüglich gesetzlicher Auflagen sowie Erfüllungs- und Dokumentationspflichten auf Landes- und Bundesebene an. Wir werden nach einer umfassenden Analyse ein Mittelstands-Entfesselungsgesetz verabschieden, damit sich Unternehmer wieder stärker auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.

### **Öffentliche Verwaltung als Partner und Ermöglicher**

Die Verwaltung muss sich als echter Dienstleister und Ermöglicher für Unternehmen verstehen. Im Rahmen einer verbesserten Servicekultur wirken wir darauf hin, dass die Verwaltung Verfahren nicht nur abarbeitet, sondern auch aktive Lösungsvorschläge für Probleme unterbreitet. Uns ist zudem eine verständlichere Sprache in der Behördenkommunikation wichtig. Außerdem wollen wir die Digitalisierung von Antrags- und Genehmigungsverfahren entschlossen vorantreiben, digitale Stammdaten für ein Unternehmen (z.B. Handelsregistereintrag, Gewerbeurlaubnis) schaffen und das One-Stop-Prinzip mit jeweils einem einheitlichen Ansprechpartner (EA) als Behördenlotsen zum Regelfall machen. Die Gewerbeanmeldung mit offizieller Registrierung sollte innerhalb von 24 Stunden digital möglich sein.

### **Sozialpartnerschaft und Tariffreiheit achten**

In der Sozialen Marktwirtschaft sind Tariffreiheit und Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein hohes Gut. Wir wollen nicht, dass der Staat immer mehr Löhne festlegt und damit die Tariffreiheit aushebelt. Die Feststellung der Allgemeinverbindlichkeit von Bestandteilen eines Tarifvertrages muss sich auf Ausnahmen beschränken. Zur Tariffreiheit gehört es für uns auch, dass sich Unternehmen und Arbeitnehmer entscheiden, nicht Mitglied in einem tarifschließenden Arbeitgeberverband oder in einer Gewerkschaft zu werden. Wir wollen zudem mehr Informationen und zusätzliche Anreize für die Kapitalbeteiligung von Mitarbeitern an ihren Unternehmen schaffen.

## **Liquidität von Unternehmen verbessern**

Wir wollen die Liquidität von Unternehmen durch einen fairen Umgang des Staates mit ihnen verbessern. Dazu gehört für uns die Erhöhung der optionalen Ist-Besteuerung auf einen Jahresumsatz von bis zu einer Million Euro sowie die Rückverlegung der vorfristigen Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zahlung von SV-Beiträgen muss wieder direkt an die tatsächliche Gehaltszahlung geknüpft werden. Wir werden sicherstellen, dass der Freistaat als öffentlicher Auftraggeber Rechnungen nach vereinbarten Zahlungsziel begleicht und Leistungen zeitnah abnimmt. Gründer sollen ihre Umsatzsteueranmeldung nur noch viermal im Jahr statt bisher zwölf Mal abgeben müssen.

## **Unterstützung für die Fachkräftegewinnung**

Die Gewinnung von geeigneten Fachkräften wird zur immer größeren Herausforderung für das Wachstum sächsischer Unternehmen. Neben der Stärkung der eigenen Ausbildung streben wir verbesserte Zugangsbedingungen von Arbeitnehmern aus Ländern außerhalb der Europäischen Union nach Deutschland an. Dafür wollen wir ein einheitliches Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild schaffen. Die sächsische Fachkräfteallianz werden wir zukünftig vorrangig auf die Bedürfnisse von kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen ausrichten. Wir werden keine gesetzlichen Eingriffe mittragen, die zu einem weiteren Entzug von Arbeitskräften aus Unternehmen führen, wie zum Beispiel Frühverrentung. Weiterhin wollen wir die Automatisierung in sächsischen Unternehmen unterstützen, um eine höhere Effizienz bei Produktion und Dienstleistungen zu erreichen und den Arbeitskräftebedarf zu optimieren.

## **Forschung und Entwicklung im Mittelstand fördern**

Um zukünftig am Markt zu bestehen, müssen unsere Unternehmen mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Die kleinteilige Wirtschaftsstruktur ist dafür ein Nachteil. Deshalb unterstützen wir die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung sowie eine Ausweitung der sächsischen Innovationsprämie auf bis zu 50.000 Euro pro Jahr und Unternehmen. Zudem wollen wir Anreize schaffen, dass staatlich finanzierte Hochschulen, Institute und Forschungsdienstleister mit sächsischen Unternehmen (KMU) intensiver zusammenarbeiten.

## **Bürokratiearmes Sächsisches Vergabegesetz beibehalten**

Wir halten an einem Sächsischen Vergabegesetz fest, das schlank, rechtssicher und bürokratiearm ist. Eine zusätzliche Verankerung sachfremder Kriterien im Gesetz lehnen wir ab. Um Gründern und jungen Unternehmen eine bessere Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen zu ermöglichen, sollte bei geeigneten Projekten auf Langzeitnachweise verzichtet werden. Im Gemeindefinanzrecht wollen wir dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten öffentlicher Unternehmen im Interesse eines fairen Wettbewerbs streng begrenzt werden.

## **Faire Wettbewerbsbedingungen für den Einzelhandel**

Während Online-Shops rund um die Uhr geöffnet haben, muss der örtliche Einzelhandel den gesetzlichen Ladenschluss beachten. Wir wollen die verfassungsrechtlich zulässigen Liberalisierungsmöglichkeiten beim Sächsischen Ladenöffnungsgesetz sowie beim Sächsischen Sonn- und Feiertagsgesetz bestmöglich nutzen. Insbesondere die anlassbezogene Sonntagsöffnung wollen im Interesse attraktiver Innenstädte erleichtern. Zudem muss es für die Öffnung von Spätverkaufsstellen eine sichere Rechtsgrundlage

geben. Die Einschränkung von Autofahrten in Innenstädte und politisch erzwungene Parkplatzverknappung lehnen wir ab.

### **Datenschutz praxistauglich ausgestalten**

Die Anwendung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) stellt viele Unternehmen vor ein Problem. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine praxisgerechte und mittelstandsfreundliche Anpassung ein. Zudem wollen wir der Verunsicherung von Unternehmen mit umfassenderen Informationen und mehr Service durch den Sächsischen Datenschutzbeauftragten begegnen.

### **Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer begrenzen**

Wir werden darauf hinwirken, dass Kommunen aus dem kommunalen Finanzausgleich bessere Möglichkeiten zur eigenständigen Finanzierung ihrer Aufgaben erhalten. Damit wollen wir Zwänge abschaffen, dass Städte und Gemeinden die im bundesweiten Vergleich bereits recht hohen Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer weiter erhöhen müssen.

### **Ausbildungssystem und Meisterbrief erhalten**

Wir wollen das duale Ausbildungssystem und den Meisterbrief erhalten und stärken und es besonders für kleine Traditionsberufe ertüchtigen. Denn viele klassische Handwerksberufe sind in Zukunft ohne den Kreislauf von Ausbildung bis zum Meister gefährdet. Dies unterstützt das Prinzip der Selbstverwaltung der Wirtschaft und baut auf ehrenamtlichem Engagement, wie etwa dem Prüfungswesen auf. Europäische Harmonisierungen dürfen nicht zu einer Aufweichung der weltweit anerkannten und qualitativ hochwertigen Ausbildung in Deutschland führen. Die Notwendigkeit der Doppelmitgliedschaft eines Unternehmens in Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammer wollen wir abschaffen. Eine Initiative zur Zusammenlegung der bisher drei sächsischen Handwerkskammern zu einer landesweiten Kammer werden wir unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Gründer in den ersten drei Jahren von einer Kammermitgliedschaft befreit werden können. Für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen müssen sie aber jeweils zahlen.

### **Unternehmensnachfolgen fördern**

Der demografische Wandel und die zunehmende Individualisierung von Lebensläufen führt dazu, dass Unternehmensnachfolgen und -übergaben in der eigenen Familie längst nicht mehr gesichert sind. Daher müssen Unternehmensnachfolgen außerhalb dieses Kreises ermöglicht werden. Eine stärkere regionale Vernetzung sowie eine bessere regionale Vermarktung der Unternehmensbörse Nexxt, die aus eben dieser Zielstellung gegründet wurde, können dazu beitragen.

### **Digitalisierungsoffensive in Handwerk und Mittelstand**

Die digitale Transformation wird in Handwerk und Mittelstand zu weiteren erheblichen Veränderungen führen. Wir wollen die sächsischen Unternehmen bei ihrer Digitalisierungsstrategie und der Qualifikation ihrer Mitarbeiter unterstützen. Zu diesem Zweck überprüfen wir alle Landesförderprogramme auf eine zweckgemäße Unterstützung für Digitalisierungsaktivitäten.

### **Sächsisches Standortmarketing verbessern**

Wir wollen das nationale und internationale Standortmarketing für Sachsen stärken. Dazu wollen wir mehr Mittel für die sächsische Wirtschaftsförderung bereitstellen. Zur Nutzung

von Synergieeffekten wollen wir das landesweite Tourismus- und Wirtschaftsmarketing unter einem organisatorischen Dach zusammenführen.

## **Rohstoffbasis für sächsische Wirtschaft sichern**

Wir wollen Chancen durch Rohstoffvorkommen in Sachsen nutzen, die durch eine nationale und weltweit steigende Nachfrage entstehen. Rohstoffgewinnung und Recycling sind wertschöpfungsintensiv und sichern damit attraktive Arbeitsplätze. Hervorragende Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen sowie die vorhandenen geologischen Daten bieten gute Voraussetzungen für ein neues „sächsisches Bergeschrey“. Erkundungen und neue Unternehmungen im Bereich des Bergbaus wollen wir aktiv unterstützen. Das Sächsische Oberbergamt und den Bereich Geologie aus dem Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie wollen wir zur besseren Kompetenzbündelung zusammenlegen. Wir stehen zudem für einen fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen in der Wertstoffwirtschaft.

## **Für eine Sonderwirtschaftsregion Lausitz**

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, durch gesetzliche Freiräume und Investitionsförderung besondere Anreize für wirtschaftliche Neuansiedlungen und das Wachstum bestehender Unternehmen zu schaffen. Zusammen mit einem Ausbau von Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie verbesserter digitaler und Verkehrsinfrastruktur wollen wir eine attraktive Sonderwirtschaftsregion Lausitz schaffen.

## **Für eine unternehmerische Land- und Forstwirtschaft**

Landwirtschaftliche Betriebe in Sachsen sind Unternehmen, die einen wichtigen ökonomischen und ökologischen Beitrag für den Freistaat Sachsen und die Lebensmittelproduktion leisten. Wir wollen Landwirte als Unternehmer stärken und sie weniger abhängig von der Subventionsbürokratie machen. Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit sind für uns in der Land- und Forstwirtschaft zwei Seiten einer Medaille. Wir befürworten eine gleichwertige Behandlung von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft und eine Politik, die auf die traditionell größeren Betriebe in der sächsischen Landwirtschaft abgestimmt ist. Zudem wollen wir Bemühungen für einen bewussten Einkauf mit Blick auf das Tierwohl und artgerechte Haltung unterstützen. Die verantwortliche Anwendung der grünen Gentechnik halten wir für sinnvoll, um die landwirtschaftliche Produktion zu verbessern.

## **Landwirtschaft nicht länger mit Ideologie überfrachten**

Land- und Forstwirtschaft, Jagdwesen und Fischerei in Sachsen bedienen die Ziele der Wirtschaftlichkeit und des ausgewogenen Naturschutzes. Die Produktion hochwertiger Nahrungsmittel muss klar im Mittelpunkt der Branche stehen. Durch Agrarumweltmaßnahmen, die Kultivierung und den Umbau der Wälder sowie die Hege der Wildbestände beteiligen sich Landwirte, Jäger und Waldbesitzer am Schutz unserer natürlichen Grundlagen in Sachsen. Wir stehen daher für eine Landwirtschaft, die nicht mit ideologischen Erwartungen überfrachtet wird. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollten sich nach wissenschaftlichen Erkenntnissen richten und nicht nach Empfindungen und Bauchgefühlen. Aufgabe des Staates ist es, die Sicherheit von Nahrungsmitteln zu gewährleisten und nicht, den höheren Preis für teurer hergestellte Produkte zu kompensieren.

## **EU-Vertragsleistungen ohne Kappungsgrenzen**

Sachsens Landwirtschaft ist traditionell durch größere Strukturen geprägt. Wir wollen im gegenwärtigen Zahlungssystem eine Schlechterstellung sächsischer Unternehmer bei den Ausgleichszahlungen vermeiden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass auf Kappungsgrenzen verzichtet wird.

## **Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen**

Extremwetterereignisse wie die lange Trockenheit in 2018 zeigen, wie abhängig die Landwirtschaft vom Wetter ist. Wir wollen den Landwirten Mittel zur Selbsthilfe in die Hand geben. Dafür wollen wir es ihnen einfacher machen, steuerfrei Rücklagen für Krisenfälle wie Dürren, Hochwasser und andere Naturereignisse aufzubauen.

## **Landwirtschaft als Innovationstreiber stärken**

Entgegen seinem Ruf ist die Landwirtschaft ein innovativer Hightech-Wirtschaftszweig. Schon heute nutzen Landwirte GPS-gestützte Fahrzeuge, um den Boden zu bewirtschaften oder Hochleistungsanlagen, um die Versorgung und Pflege der Nutztiere so effektiv wie möglich zu gestalten. Wir unterstützen weitere Modernisierungsbemühungen der Landwirtschaft, wie beispielsweise den Einsatz von Drohnen, Wachstums- und Nährstoffsensoren, Melkrobotern und die Nutzung vernetzter Systeme. 5G an jeder Milchkanne ist daher für uns selbstverständlich. Auch die Nutzung von Gentechnik oder neuer Züchtungsmethoden (CRISPR) wollen wir sinnvoll ausbauen. Gentechnisch veränderte Pflanzen bedeuten geringere Anfälligkeit für äußere Einflüsse und damit beispielsweise ein geringerer Schutzmitteleinsatz, da sich die Pflanze selbst schützen kann. Daneben sind wir offen für neue Formen der Landwirtschaft wie Urban Gardening oder Vertical Farms.

## **Gewässerpflege**

Sächsische Gewässerpflege soll künftig verstärkt mit Augenmaß und Hand in Hand mit den Kommunen durchgeführt werden. Die Herstellung und Beibehaltung der Durchlässigkeit für Wanderfische muss dabei eine Priorität sein. Weiterhin ist die Wasserqualität langfristig weiter zu verbessern. Hierbei sollen insbesondere Angelvereine als Kooperationspartner fungieren und entsprechend mit Expertise zur Seite stehen. Sachsen hat, trotz deutlicher Verbesserungen seit der Wiedervereinigung, insbesondere im Bereich der Fließgewässer die schlechteste Wasserqualität aller deutschen Bundesländer und hinter Malta die zweitschlechteste Qualität in Europa. Dies resultiert vor allem aus erheblichen DDR-Folgeschäden, die über Jahrzehnte im Boden nachwirken.

Wir fordern ein besseres Monitoring der Nitratbelastungen. Dazu ist die Zahl der Messstellen im Freistaat stark auszubauen. Außerdem streben wir die Verringerung des Nitratreintrags an. Hier können auch die Digitalisierung und die Einrichtung von „5G an jeder Milchkanne“ (Smartfarming-Technologien) einen entscheidenden Beitrag leisten. Bei langfristig ausbleibenden Verbesserungen ist die Einrichtung eines Zertifikatehandelssystems und die Ausgabe von Verschmutzungszertifikaten zu prüfen.

Ein wachsendes Problem stellt der Eintrag pharmazeutischer Stoffe in das Grundwasser dar. Wir fordern eine wissenschaftlich fundierte Festlegung von Grenzwerten anhand gesundheitlicher Schädigungsprognosen. Wir fordern die Wiederverpflichtung der Apotheken zur Rücknahme von Altmedikamenten.



Wir streben soweit möglich einen natürlichen Hochwasserschutz an, da natürliche Überflutungszonen und weniger künstliche Flussbegrenzungen die Hochwassergefahr deutlich senken zu können. Aufgrund der gewachsenen Kulturlandschaft und Infrastruktur (u.a. Brücken) müssen diese Gebiete regelmäßig überprüft und gepflegt werden.

## **Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten**

Wir wollen die Zersplitterung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Infrastrukturmaßnahmen bestmöglich vermeiden und dort, wo es zwingend geboten ist, den Landwirten den zusätzlichen Aufwand gerecht vergüten. Das betrifft sowohl den Straßenbau als auch insbesondere den Neubau der Energieinfrastruktur, wie Stromtrassen oder Windkraftanlagen. Gerade bei Windkraftanlagen werden wir die Investoren stärker in die Haftung nehmen. So setzen wir uns dafür ein, die Windräder als Industrieanlagen einzustufen und sie wie konventionelle Kraftwerke auf Basis der Betriebssicherheitsverordnung regelmäßig zu prüfen. Damit wollen wir Brandschäden für die Landwirte und Gefährdung von Wild- und Nutztieren durch im Havariefall verstreute scharfkantige oder gar toxische Teile der Anlagen vermeiden. Den Aufbau von Windkraftanlagen im Waldgebiet lehnen wir grundsätzlich ab.

## **Neuordnung der Ausgleichsregelung erreichen**

Wir setzen uns für eine Neuordnung der Regelung von Ausgleichsmaßnahmen ein. Jährlich verliert die Landwirtschaft bis zu 4200 Hektar Nutzfläche durch Überbauung. In etwa so viel Verlust kommt noch einmal durch die Widmung von Ausgleichsflächen hinzu. Wir wollen diesen Verlust begrenzen und setzen uns dafür für einen Vorrang von Brachflächen für Ausgleichsmaßnahmen ein. Außerdem wollen wir eine Regelung einführen, wonach Ausgleichsflächen auch weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden können, soweit nicht explizit naturbelassene Biotope ausgeglichen werden müssen.

## **Fisch- und Teichwirtschaft nachhaltig unterstützen**

Die Fischzucht hat in Sachsen eine lange Tradition. Sachsens Teichwirtschaftsbetriebe haben eine herausragende Bedeutung. Ihre Leistungen für die Fischereiwirtschaft und regionale Wirtschaft in vielen Bereichen, wie dem Umwelt- und Landschaftsschutz oder auch dem Tourismus, erkennen wir an und werden sie weiter unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, die Gewässernutzung frei von überzogenen Regelungen zu halten. Wir wollen die Durchlässigkeit der Fließgewässer erhalten und verbessern, um Fischen und anderen Tieren ausreichend Lebensraum zu bieten und das Freizeitangeln weiterhin zu ermöglichen. Wir unterstützen die Angelverbände bei der Ausweisung ausreichender Gewässer und erkennen an, welchen wichtigen Beitrag die organisierten Angler für den Natur- und Gewässerschutz sowie die Jugendarbeit leisten.

## **Sächsische Moore erhalten**

Moore sind natürliche Kohlenstoff- und Wasserspeicher. Wir setzen uns für den Erhalt und die Regenerierung unserer Moorflächen ein, damit dieses Ökosystem auch in Zukunft ein wertvoller Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten bleibt. Gefährdete Moore wollen wir renaturieren und im Bedarfsfall betroffene Landwirte dafür angemessen entschädigen.

## **Sachsens Weinbau unterstützen**

Der sächsische Weinbau hat für den Erhalt unserer Kulturlandschaft einen hohen Stellenwert. Die Winzerkultur im Freistaat ist vorwiegend von nebenberuflich tätigen

Kleinwinzern geprägt, die mit sehr viel Liebe zum eigenen Produkt und Hingabe zur Weinbaukunst den sächsischen Weinbau fördern und erhalten. Wir wollen die sächsischen Winzer in ihrem Streben unterstützen und uns für ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit einsetzen.

## **Waldschutz durch nachhaltige Nutzung**

Fast 30 Prozent Sachsens sind mit Wald bedeckt, der 85.000 Waldbesitzern gehört. Sachsens Wälder bieten Erholung für die Menschen, Schutz für die Tiere und nachwachsende Rohstoffe. Wir wollen die nachhaltige Forstwirtschaft mit ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern und ausbauen. Der bisherige Waldflächenanteil soll mittelfristig auf den Bundesdurchschnitt von 33 Prozent erhöht werden. Die rigorose gesetzliche Unterschützstellung werden wir allerdings überprüfen, da nachhaltige Nutzung für uns der beste Umweltschutz ist.

## **Forstwirtschaft effektiv unterstützen**

Der Klimawandel setzt die Forstwirtschaft unter Druck. Um Stürmen, Trockenheit und verstärkt auftretenden Schädlingen effektiv begegnen zu können, wollen wir Krisenmanagement und Unterstützungsmaßnahmen den aktuellen Herausforderungen anpassen. Die Funktionalreform 2008 mit Spaltung der Behördenkompetenzen und Aufgaben hat sich für die Waldbesitzer nicht bewährt. Wir setzen und für eine Rückkehr zum Einheitsforstamt und Stärkung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse ein. Mit Bürokratieabbau und Vereinfachung der Förderung im Rahmen der ELER-Richtlinie und der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz werden wir den Waldumbau zum klimatoleranten Wald vor allem im Privat- und Körperschaftswald intensivieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Waldbesitzer und Landwirte künftig für ihre Gemeinwohlleistungen im Rahmen des europaweiten Emissionshandels direkt begünstigt werden.

## **Raubtierpopulation maßvoll regulieren – Weidehaltung schützen**

Die Rückkehr von ehemals heimischen Raubtieren, wie dem Wolf, begrüßen wir als Beitrag zur Artenvielfalt. Wir sehen gleichzeitig die Probleme, die sich dadurch innerhalb unserer Kulturlandschaften ergeben. Für ein konfliktarmes Nebeneinander wollen wir daher die Umweltgesetzgebung und das praktische Wildtiermanagement reformieren. Wir setzen uns für eine bundeseinheitliche Lockerung des rigiden Wolfsschutzes zugunsten eines dreigliedrigen Wolfsmanagements ein. Danach soll es „Schutzareale“ in natürlichen Habitaten, bestandskontrollierende, aber prinzipiell tolerierte „Managementareale“ in Übergangsbereichen und besiedelte beziehungsweise weidewirtschaftlich genutzte „Problemareale“ geben, in denen das Vorhandensein von Wölfen nicht toleriert wird. Die Wolfspopulation soll in einem jährlichen Bericht erfasst und die Kooperation mit den Nachbarländern Tschechien und Polen verstärkt werden. Langfristig wollen wir eine Umstufung des Wolfes vom Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie erreichen und den Wolf ins nationale Jagdrecht aufnehmen.

Wir wollen Sachschäden an Nutztieren, die vom Wolf oder Luchs verursacht werden, mit dem doppelten Wert des aktuellen Marktpreises entschädigen. Damit einhergehend setzen wir uns für eine schnellere, unbürokratische Prüfung und Feststellung des Schadenverursachers ein. Wir wollen zudem den Schadensausgleich auf Jagdhunde, die den Wildtieren bei Treibjagden zum Opfer fallen, ausweiten.

## **Verbot freier Übergang zu bleifreier Munition**

Ein vollständiges Verbot bleihaltiger Jagdmunition lehnen wir vorerst ab, machen uns aber für den Übergang zu bleifreier Munition stark. Voraussetzung ist ein adäquater Ersatz für die derzeit eingesetzte Munition mit annähernd gleicher Wirkung gibt und geringerer Gefahr von Querschlägern. Dabei setzen wir auf die Innovationsfähigkeit der Hersteller, die wir bei der Forschung an ökonomischen und ökologischen Alternativen unterstützen wollen.

## **Wildhege modernisieren**

Auch im Jagdwesen wollen wir technologischen Fortschritt die Tür öffnen. Schallminderer zum Schutz des Gehörs der Jäger, GPS-Halsbänder für Treibhunde sowie Drohnen und Wildkameras zum Schutz der Rehe bei der Ernte oder zum Erfassen des Wildbestandes sind Innovationen, die die Jagd sicherer und den Naturschutz effektiver machen. Nachtsicht- und Nachtzieltechnik lehnen wir jedoch ab.

## **Tourismus als Wirtschaftsfaktor stärken**

Für den Freistaat Sachsen mit seinem großen Reichtum an Attraktionen, besonderen Landschaften und Sehenswürdigkeiten bietet der Tourismus enorme wirtschaftliche Chancen. Er ist bereits jetzt ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Allerdings werden die Potenziale trotz enormer bisheriger Investitionen noch längst nicht ausgeschöpft. Hinzu kommen besondere Herausforderungen für die Tourismuswirtschaft, beispielsweise durch Fachkräftemangel, Digitalisierung und Sharing-Modelle, verschärfte Arbeitsgesetzgebung sowie Steuer- und Abgabenlast. Wir wollen die überwiegend inhabergeführten Betriebe der Tourismuswirtschaft in ihrer weiteren Qualitätsentwicklung aktiv unterstützen. Ergänzend brauchen wir in Sachsen eine leistungsfähige Infrastruktur im Bereich Verkehr und Internet, um Gästeerwartungen zu erfüllen. Sachsen verfügt über eine Vielzahl renommierter wie auch weniger bekannter touristischer Angebote. Mancherorts befinden sich in Sachsen auch herausragende Schätze, die ein trauriges Dasein führen oder sogar dem Verfall preisgegeben werden. Wir wollen private Initiativen unterstützen, die sich für eine Wiederbelebung und größere Sichtbarkeit besonderer Attraktionen stark machen. Wir wollen dafür sorgen, dass ein kultureller Verlust für die Regionen und den Freistaat Sachsen insgesamt vermieden wird.

## **Unbürokratische Initialzündung für neue touristische Entwicklungen**

Wir wollen dafür sorgen, dass touristische Projekte nicht an Bedenkenträgern scheitern. Deshalb sollen öffentliche Behörden vor allem im Bereich Umwelt- und Denkmalschutz private Investoren mit Lösungsmöglichkeiten unterstützen, damit die Objekte wieder aufblühen können, statt als Ruine zu enden.

## **Destinationsentwicklung unterstützen**

Unser Ziel ist es, die Professionalisierung bei der Destinationsentwicklung weiter zu unterstützen. Sachsen befindet sich im harten nationalen und internationalen touristischen Wettbewerb. Dafür brauchen wir eine hohe Angebotsqualität, für die wir auch Sichtbarkeit schaffen müssen. Für das sächsische Tourismusmarketing und die Qualitätsentwicklung wollen wir ausreichende Mittel des Freistaates bereitstellen. Gleichzeitig unterstützen wir eine klare Profilbildung in den Destinationen – wie beispielsweise für Städte- und Kulturtourismus, Messe- und Kongressgeschäft, Wellness- und Kurtourismus, Aktivurlaub oder auch Wasser- und Freizeitsport.

## **Lieblingsziele für jeden erreichbar machen**

Die Erreichbarkeit von touristischen Zielen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, aber auch Familien mit Kinderwagen, wird als Thema immer wichtiger. Wir wollen Investitionen privater Anbieter dahingehend unterstützen und die Mitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtern. Die sächsische Tourismuswirtschaft kann von einer stärkeren Barrierefreiheit deutlich profitieren.

## **Radtourismus in Sachsen stärken**

Sachsen verfügt über attraktive Fernradwege, wie beispielsweise den Elberadweg. Wir wollen die überregionalen touristischen Radrouten ausbauen und Lückenschlüsse vornehmen. Neue Radwege sind zudem in der Lausitz, in der Region Leipzig und im Erzgebirge entstanden. Wir wollen deren Vernetzung vorantreiben und die Ausschilderung wie auch digitale Vermarktung verbessern. Touristische Radwege sollen dabei nicht nur neben Straßen platziert werden, sondern ein echtes Naturerlebnis bieten. Auch für Trendsportarten wie Mountainbiking wollen wir attraktive Bedingungen schaffen, wie beispielsweise durch die Ausweisung spezieller Mountainbikerouten sowie die Mitnahme auf Liften.

## **Ausflugstourismus und Naherholung stärken**

Der Ausflugstourismus wächst. Er ist für viele Familien eine attraktive zeitliche und finanziell bezahlbare Form der Erholung. Wir wollen die Förderung von innovativen Bereichen des Naherholungstourismus ausbauen, beispielsweise durch die Nutzbarmachung alter Bausubstanz und Aufwertung mit zusätzlichen touristischen Angeboten. Für den Wassertourismus braucht es Anlegemöglichkeiten, eine Tankinfrastruktur und eine möglichst freie Gewässernutzung. Die touristische Infrastruktur ist besser zu vernetzen, beispielsweise durch übergreifende Tourismustarife im ÖPNV. Darüber hinaus müssen die Verkehrswege und -mittel zwischen Stadt und Land besser vernetzt werden.

## **Gastgewerbe von Restriktionen entlasten**

Die Entscheidungen der Bundespolitik zu Mindestlöhnen, Dokumentationspflichten und Arbeitszeiteinschränkungen stürzen immer mehr traditionelle Gastbetriebe in wirtschaftliche Probleme. Wir wollen uns auf Bundesebene für Entlastungen stark machen, die es Gaststätten, Übernachtungsbetrieben und sonstigen Leistungsanbietern ermöglichen, flexibler auf Kundenwünsche zu reagieren. Gemeinsam mit dem Branchenverband DEHOGA wollen wir eine Expertengruppe einsetzen, die Vorschläge zum Erhalt der Existenz von Gastronomiebetrieben im ländlichen Raum erarbeitet. Wir setzen uns für die Streichung überzogener Dokumentationspflichten (z.B. bei Arbeitszeiten) und für die Anpassung des deutschen Arbeitszeitgesetzes an den europäischen Rahmen ein. Unsere Gaststätten und Hotels leisten großartige Arbeit und machen unser Sachsen attraktiver. Gleichzeitig gibt es neue Vermittlungsplattformen über das Internet. Anstatt diese zu verbieten, wollen wir einen fairen Marktrahmen für alle Anbieter, der Rechte und Pflichten zusammenführt.

## **Sonntagsöffnung in touristischen Regionen erleichtern**

Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, die Sonntagsöffnung von Läden in touristischen Regionen zu ermöglichen. Gerade Gäste aus unseren Nachbarländern und aus anderen Teilen der Welt haben wenig Verständnis dafür, vor geschlossenen Läden stehen zu müssen. Unsere Betriebe müssen dann ihr Geschäft machen können, wenn die konkrete Nachfrage besteht.

**Internationales Tourismusmarketing intensivieren**

Die zunehmende Zahl internationaler Gäste unterstreicht die Attraktivität des Freistaates Sachsen. Gleichzeitig sorgen diese für erhebliche Umsätze während ihres Aufenthaltes. Wir wollen das internationale Marketing für den Standort Sachsen intensivieren, die Etablierung neuer Flug- und Fernbahnverbindungen unterstützen und mehr touristische Ziele mehrsprachig ausschildern.

## **Selbstbestimmt, engagiert, solidarisch – Miteinander stark in Sachsen**

Unser Ziel ist es, den sächsischen Bürgerinnen und Bürgern ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Jeder trägt für sich eine Verantwortung, eigene Fähigkeiten zu entwickeln und sein Leben aus eigener Kraft zu gestalten. Der Staat schafft die nötigen Rahmenbedingungen für eigene Initiative und sozialen Aufstieg – er hilft jedoch dort, wo eine Hilfestellung aus objektiven Gründen erforderlich ist. Wer beispielsweise aufgrund einer Krankheit externe Unterstützung benötigt, muss sich auf die Solidarität der Gemeinschaft verlassen können. Freiheitliche Sozialpolitik ermuntert zur Eigeninitiative und will möglichst wenige Abhängigkeiten schaffen. Sie basiert auf Eigenverantwortung und Solidarität, Toleranz und Selbstbestimmung. Unser Ziel ist es nicht, möglichst viele Menschen in soziale Transfers zu bringen. Wir möchten sie vielmehr in die Lage versetzen, ihr Leben bestmöglich aus eigener Kraft zu gestalten.

### **Für eine aktivierende Gesellschafts- und Sozialpolitik**

Jeder Mensch hat einen Anspruch auf Entwicklung und die Entfaltung seiner persönlichen Talente und Vorlieben. Neu denken heißt für uns, den Staat als einen Akteur zu begreifen, der Chancen ermöglicht – und zwar für alle, ungeachtet ihrer sozialen oder geografischen Herkunft und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit oder ihrer Lebensentwürfe. Wir setzen uns dafür ein, Sachsen zum familienfreundlichsten Bundesland zu entwickeln. Hier soll es möglichst einfach möglich sein, Berufstätigkeit, Kindererziehung und die Betreuung von Familienangehörigen miteinander zu vereinbaren.

### **Selbstbewusste Familien**

Familien sind ein wichtiges Fundament unserer Gesellschaft. Uns ist es daher wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien in ihren Alltagsherausforderungen unterstützen. Wir brauchen auch in Sachsen eine stärkere Kultur der Akzeptanz und Unterstützung der Familie. Dabei soll jeder selbst entscheiden können, wie er sein Leben gestalten will und wie er Familie definiert. Selbstbestimmung ist das oberste Ziel liberaler Politik. Im Kontext von Familie bedeutet dies, dass eine moderne Familienpolitik Rahmenbedingungen für alle denkbaren Formen des Zusammenlebens mehrerer Generationen setzt.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern**

Wir wollen die bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen, um Frauen und Männern eine erfolgreiche Berufstätigkeit zu ermöglichen. Gerade Frauen sollten bei einer Entscheidung für Kinder die Möglichkeit haben, einer erfüllenden beruflichen Karriere nachzugehen. Dafür sollen Kindertageseinrichtungen und solche der öffentlich geförderten Kinderpflege stärker als bisher auf die konkreten Bedürfnisse der Eltern eingehen – insbesondere bedarfsorientierte, flexible Öffnungszeiten vorhalten. Dazu gehören Öffnungszeiten nach 18 Uhr und bei entsprechendem Bedarf auch an Wochenenden. Wir wollen weiterhin die Schaffung beschäftigungsnaher Betreuungslösungen wie Betriebskindergärten unterstützen. Zur Unterstützung der Kinderbetreuungsangebote im Freistaat wollen wir die Landespauschale angemessen erhöhen, um eine faire Finanzierung mit je einem Drittel Anteil von Eltern, Kommunen und Freistaat zu erreichen. Außerdem setzen wir uns für mehr Familienfreundlichkeit in Ausbildung und Studium ein, um jungen

Menschen mit Kindern den Einstieg beziehungsweise Wiedereinstieg in das Berufsleben zu vereinfachen.

### **Für eine Reform des Landeserziehungsgelds**

Wir wollen eine Reform des Landeserziehungsgelds, das in Anlehnung an das Bundeselterngeld ausgestaltet werden soll. Damit erhalten Eltern für das zweite oder dritte Lebensjahr des Kindes ein weiteres Jahr einen Ausgleich für erziehungsbedingte Minderungen ihres Erwerbseinkommens. Auch hierdurch soll die gesellschaftliche Wertschätzung von Kindererziehung zum Ausdruck kommen.

### **Wertschätzung und Unterstützung für Senioren**

Selbstbestimmtes Leben muss auch im Alter ermöglicht und gefördert werden. Dafür treten die sächsischen Freien Demokraten ganz entschieden ein. Für uns steht im Mittelpunkt, die eigene Lebensgestaltung älterer Menschen so lange wie möglich zu ermöglichen und ihre Leistungsfähigkeit und Kreativität zu fördern. Wir wollen beim Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Bereich die Bedürfnisse aller Generation berücksichtigen. Die Grundangebote insbesondere für ältere Menschen müssen auch in die Fläche verfügbar sein und bleiben, beispielsweise durch das Modell der Bürgerläden oder durch mobile Lösungen.

### **Altersarmut zielgenau bekämpfen**

Wer gearbeitet und vorgesorgt hat, muss im Alter immer mehr haben als die Grundsicherung – und somit mehr als derjenige, der das nicht getan hat. Deshalb brauchen wir faire, nachhaltig finanzierte und zielgenaue Hilfen gegen Altersarmut. Dafür haben wir das Konzept der Grundrente entwickelt. Dabei setzen wir auf einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Wir schlagen diesen Freibetrag in Höhe von 20 Prozent der Rentenansprüche vor. Zudem sollen Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente unter dem Dach der Rentenversicherung zusammengeführt werden, damit der Gang zum Sozialamt zukünftig entfällt.

### **Flexibel arbeiten - auch im Alter**

Die Steigerung der Eigenverantwortlichkeit von Senioren beginnt bei der individuellen Förderung älterer Mitarbeiter in Unternehmen, die so den Unternehmen wertvolles Erfahrungswissen länger zu Verfügung stellen können. Dazu gehören eine differenzierte Fort- und Weiterbildung ebenso wie flexible Arbeitszeitmodelle. Hier sehen wir auch große Potentiale für ein Altersmanagement in der staatlichen Verwaltung Sachsens.

### **Barrierefreies Wohnen im Alter**

Wir benötigen in Sachsen mehr barrierefreien Wohnraum, der gerade für ältere Menschen wichtig ist. Die Schaffung solchen Wohnraums wollen wir erleichtern und dazu bestehende Baustandards bezüglich ihrer Zweckmäßigkeit überprüfen. Um ein längeres Verbleiben in der Wohnung zu ermöglichen, sollen technische Unterstützungssysteme von Vermietern, Versicherungsträgern und Kommunen begünstigt zur Verfügung gestellt werden können („Active Assisted Living“). Die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern unterstützen wir ausdrücklich.

## **Stärkung der Jugendämter**

Nach unserer Auffassung sind präventive Angebote des Jugendamtes weitestgehend durch den Freistaat zu finanzieren. Hoch belastete Familien beispielsweise mit erheblichen sozialen Problemen oder zusätzlichen Belastungen aufgrund von Gesundheitsbeeinträchtigungen benötigen häufig zusätzliche Unterstützung durch die Kommunen. Die dafür nötigen zusätzlichen Mittel sollen den Kommunen vom Freistaat erstattet werden, um gerade auch den freien Trägern Planungssicherheit zu verschaffen.

## **Das Kindeswohl steht für uns an erster Stelle**

Besonderes Augenmerk muss daher darauf gerichtet sein, Gefährdungen des Kindeswohls zu verhindern. Bürokratische Hemmnisse sind gerade hier zu vermeiden und abzubauen. Die Inobhutnahme, also die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen, ist stets nur das letzte Mittel. Hier soll eine Trennung zwischen Kostenträger und der Aufsichtsbehörde für eine wirksame und transparente Wahrnehmung der Überwachungsaufgaben sorgen.

## **Die Jugend einfach machen lassen – und dabei unterstützen**

Junge Menschen wollen sich ausleben, Neues ausprobieren, Verantwortung übernehmen. Wir wollen Jugendlichen den Raum dafür geben und sie dabei unterstützen. Insbesondere Jugendclubs und die mobile Jugendarbeit müssen gestärkt werden. Hierbei sollen junge Menschen ermutigt werden, selbst Verantwortung zu übernehmen. Zudem gilt es auch Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen – zu oft fehlen noch Skaterparks oder einfach Bereiche, die junge Menschen selbst gestalten können. Trauen wir unserer Jugend zu, hier eigene Verantwortung zu erlernen und auszuüben.

## **Kein Platz für Gewalt**

Gewalt darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben, dies gilt besonders für physische und psychische Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Hier sind Präventionsangebote, aber auch Kinderschutzambulanzen, zu stärken. Pädagogische Fachkräfte, wie auch Lehrer, müssen stärker dazu befähigt werden, mögliche und tatsächliche Gewaltopfer früher als bisher zu erkennen und ihnen zu helfen.

## **Frauen- und Männerhäuser finanziell sichern**

Frauen- und Männerhäuser leisten einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Frauen und Männern vor familiärer Gewalt oder Menschenhandel. Wir wollen diese Angebote stärker ausbauen und finanziell sichern. Sachsen ist hierbei ein Vorreiter, da es auch Schutzräume für Männer anbietet.

## **Obdachlosigkeit entgegenwirken**

Obdachlosigkeit entgegenwirken ist in einer sozial verfassten Gesellschaft eine Grundaufgabe. Wir werden eine Bedarfsanalyse zur Situation der Obdach- und Wohnungslosen in Sachsen in Auftrag geben, um deren Bedürfnisse und Herausforderungen genau einschätzen zu können. Mit diesen Ergebnissen werden wir passende Hilfsangebote in städtischen und ländlichen Regionen unterbreiten. Die bloße Verwaltung des Ist-Zustandes ist einer sozial verfassten Gesellschaft wie dem Freistaat Sachsen unwürdig.

## **Sachsen als Land der Vielfalt und des Respekts**

Für uns ist eine Politik selbstverständlich, die sich gegen jegliche Diskriminierung von Menschen richtet. So muss auch allen Homosexuellen, Bisexuellen, Trans- und



Intersexuellen sowie Transgender, (LSBTI\*) die volle und benachteiligungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere durch konkrete Maßnahmen in der Bildung, der Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch die Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger, wollen wir Respekt und Akzeptanz stärken.

## **Gleichstellung objektiv nachvollziehbar gewährleisten**

Gleichstellung ist für uns ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Die derzeitige Umsetzung insbesondere in den Behörden und Hochschulen wird diesem Ziel jedoch nicht gerecht. Eine übergeordnete Bewertung des Geschlechts lehnen wir ab und fordern stattdessen den zusätzlichen Einbezug von Familien oder Menschen mit Beeinträchtigung. Es sollen auf wissenschaftlicher Basis klare Maßstäbe und Kennziffern entwickelt werden, um systematische Benachteiligungen zu ermitteln. Nur dort sind auch staatliche Maßnahmen sinnvoll und verantwortlich. Unterschiede, die durch freie Entscheidungen entstehen, zum Beispiel bei der Berufswahl, dürfen nicht Gegenstand staatlicher Gleichstellungsmaßnahmen sein. Die gesetzliche Vorgabe paritätischer Listen für die Wahl des Sächsischen Landtags lehnen wir ab.

## **Akzeptanz für Geschlechtsneutralität in Sachsen verbessern**

Das Urteil zum dritten Geschlecht stellt auch den Freistaat vor die Aufgabe, im praktischen Verwaltungshandeln verschiedene Geschlechtsidentitäten zu berücksichtigen. Administrative Akte müssen vom Gedanken der Selbstbestimmung geprägt sein und spezifische Beratungsangebote sind zu fördern. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit darf nicht von verschiedenen externen Gutachtern abhängig sein. Wir machen uns daher dafür stark, dass die Angabe des Geschlechts nur dort in der Verwaltung erfasst wird, wo dies unbedingt nötig ist. Darüber hinaus treten wir dafür ein, keine überzogene Gendersprache in der Behördenkommunikation zu verwenden.

## **Für Gleichstellung in Schulen sensibilisieren**

Im Bereich der Akzeptanz verschiedener Lebensentwürfe müssen besonders auch Lehrkräfte sensibilisiert und unterstützt werden. Die Zusammenarbeit mit „Peer to Peer“-Projekten sollte weiter intensiviert werden. Deshalb muss auch der sächsische Aktionsplan fortentwickelt werden. Dies erfordert transparente und praktikable Verfahren, die nicht nur schon professionalisierten Organisationen, wie zum Beispiel den Aids-Hilfen, eine finanzielle Unterstützung ihrer Arbeit ermöglichen.

## **Freiheit endet für uns nicht mit dem Tod**

Wir sprechen uns für eine umfassende Reform des sächsischen Bestattungswesens aus. So soll es möglich werden, sterbliche Überreste nach erfolgter Kremierung (Asche in Urne) ohne Bindung an einen Bestatter mit nach Hause zu nehmen, auf dem eigenen Grundstück oder im eigenen Garten zu bestatten, in der freien Natur zu verstreuen, eine Bestattung auf Friedhöfen oder Friedwäldern zu veranlassen oder durch alternative Methoden zu bestatten. Vor der Kremierung soll weiterhin der Einsatz von Bestattern erforderlich sein. Des Weiteren sprechen wir uns für mehr Freiheiten bei der Grabgestaltung und -beschriftung aus.

## **Moderne und flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern**

Unabhängig von Alter oder Wohnort hat jeder das Recht auf eine wohnortnahe moderne Gesundheitsversorgung. Beim Erreichen dieses Ziels stehen wir vor großen Herausforderungen. Schon jetzt fehlen im ländlichen Raum junge Ärzte, welche die Nachfolge von Praxen übernehmen können. Gleichzeitig führt die älter werdende Bevölkerung aber zu einer größeren Nachfrage. Zur Bewältigung müssen wir insbesondere die Chancen durch die Digitalisierung, moderne Strukturen und attraktive Vergütungssysteme nutzen. Der selbständige Arzt, die Apotheker, Psychologen, Physio- und Ergotherapeuten, Hebammen und viele weitere meist selbständige Gesundheitsberufe sind dabei die wichtigsten Stützen des Gesundheitswesens. Wir wollen die Kurse beim öffentlichen Gesundheitsdienst beenden. Einige Aufgaben wie normale Schutzimpfungen für Versicherte müssen vollständig an Primärärzte übertragen werden. Andere Aufgaben wie Schuleingangsuntersuchungen können auch von Ärzten außerhalb des ÖGD durchgeführt werden, die dafür ein Honorar erhalten sollen. Weniger Doppelungen und die Digitalisierung bei Meldepflichten können die Ämter entlasten.

## **Sachsen Gesundheitssystem braucht Nachwuchs**

Die Ausbildung von Zahn- und Humanmedizin muss an beiden Standorten – Dresden und Leipzig – erhalten bleiben. Auf Grund des dringend benötigten Ärztenachwuchses soll die Kapazität zumindest für 10 Jahre um 10 Prozent ausgebaut werden. Zudem muss das Pharmaziestudium an der Universität Leipzig erhalten bleiben. Die bisherigen Stipendien wollen wir evaluieren. Wir treten dabei für gezielte Unterstützungen ein. Im Bereich der Zahnärzte muss endlich eine Initiative im Bundesrat zur Reform der Approbationsordnung für Zahnärzte gestartet werden. Die bisherige Ordnung aus dem Jahr 1955 ist nicht mehr zeitgemäß. Zudem wollen wir die prekäre Situation bei der Ausbildung zum psychologischen Psychotherapeuten durch eine mindestens anteilige Finanzierung durch Leistungserbringer verbessern. Staatlich anerkannte medizinische Assistenzberufe für den Arzt im ländlichen Raum sollen weiterentwickelt werden.

## **Wohnortnahe Versorgung sichern**

Die Qualität der medizinischen Versorgung darf keine Frage des Wohnorts sein. Externe regulative Eingriffe in die Gesundheitsversorgung schaffen nur bedingt Verbesserungen in der medizinischen Ergebnisqualität. Deshalb soll insbesondere die Qualität der medizinischen Behandlung in der interdisziplinären und transsektoralen Arbeit evaluiert und transparent verbessert werden. Mangelnder Fachkräftenachwuchs verlängert (vor allem im ländlichen Raum) nicht nur den normalen Weg zum Hausarzt oder zur Apotheke. Er erschwert auch die Einhaltung der Rettungsfristen in der Notfallrettung, wie auch die Absicherung der Bereitschaftsdienste. Neben einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, benötigen wir in Sachsen aber auch strukturelle Veränderungen. Arztpraxen, die keinen Nachfolger finden, sollen vermehrt in Medizinische Versorgungszentren (MVZ) umgewandelt und mit angestellten Ärzten am selben Ort weiter betrieben werden. Versandhandel im Apothekenbereich kann eine sinnvolle Ergänzung sein, jedoch nur, wenn diese Versandapotheken am Notfalldienst direkt oder durch Dritte teilnehmen. Rettungsfristen müssen eingehalten werden. Die entsprechenden Bedarfspläne sind regelmäßig und transparent zu überprüfen. Mithilfe der Digitalisierung können Auswertungen von spezialisierten Ärzten auch aus der Ferne vorgenommen werden. Hier ist es notwendig, dass die Ärzte vor Ort mit entsprechenden Möglichkeiten ausgestattet werden. Zudem ist es auch für die Entwicklung im ländlichen Raum wichtig, dass ein Arzt

und weitere medizinische Dienstleistungen in Wohnortnähe verfügbar sind. Wir wollen daher die Sanierung und den Bau von Gebäuden unterstützen, welche der Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Dienstleistungen dienen. Mobile Angebote sollen die Grundversorgung zusätzlich aufrechterhalten.

## **Krankenhäuser - Spezialisierung und Wohnortnähe erreichen**

Die Spezialisierung von Krankenhäusern sichert eine hohe Qualität. Gleichzeitig kann sie aber dazu führen, dass immer mehr medizinische Leistungen aus der Fläche verschwinden. Hier gilt es einen Weg zu finden, der möglichst beides vereint. Fest steht: Ein gesunder Trägermix trägt zur Vielfalt, Qualität und Wettbewerb der Angebote bei. Gleichzeitig wird die Kooperation immer wichtiger. Hierauf muss die Krankenhausplanung des Freistaates Bezug nehmen. Insbesondere Leistungen mit Digitalisierungspotential (Diagnose bei bildgebenden Verfahren) eignen sich zur Spezialisierung. Die Behandlung von seltenen und komplexen Krankheiten sind an unseren Universitätskliniken anzusiedeln und die ausgezeichnete Forschung ist weiter voranzubringen.

## **eHealth für eine bessere Gesundheitsversorgung**

Wir wollen die nichtärztliche, ärztliche und pharmazeutische Betreuung in das Wohnzimmer der Menschen bringen und damit eine bestmögliche Gesundheitsversorgung auch im ländlichen Bereich sicherstellen. Sachsen soll in den nächsten zehn Jahren das am besten digitalisierte Gesundheitswesen Deutschlands besitzen. Wir wollen ein sächsisches Medizinportal, das in allen Arztpraxen und Krankenhäusern verfügbar ist. Es soll patientenorientiert sein und neben der digitalen Terminvergabe auch den Austausch von Informationen wie Laborbefunden dienen. Wir werden Projekte mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit Video oder Messenger-Diensten regulatorisch und finanziell unterstützen. Um Fahrtwege zu sparen, werden wir ebenso Projekte zur elektronischen Verordnung von Leistungen – zum Beispiel in Form eines „Elektronischen Rezepts“ voranbringen. Hier ist eine App, die gesetzlich Versicherte nutzen können, ebenfalls sinnvoll.

## **Kindergesundheit und Geburtsmedizin unterstützen**

Wir möchten die wichtigen Leistungen von Hebammen rund um die Geburt weiter für alle Versicherten sicherstellen. Die Probleme bei der Haftpflichtversicherung für Hebammen, die Hausgeburten durchführen oder in Geburtshäusern arbeiten, können jedoch nicht von der Solidargemeinschaft geschultert werden. Wir treten für neue, gestufte Haftpflichtmodelle ein, die bestimmte Risiken wie die risikoreiche außerklinische Entbindung ausklammern. Im Bereich der Kindergesundheit fordern wir ein Recht auf kindgerechte Versorgung durch den Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin bis zum 18. Lebensjahr und bei komplexen Erkrankungen auch bis zur Transition an einen Spezialisten für Erwachsene.

## **Hospizarbeit und Palliativversorgung weiter stärken**

Hospize sowie ambulante wie stationäre Palliativangebote sind unerlässlich, denn sie helfen in den schwersten Stunden sowohl den Patienten, als auch den Angehörigen. Zukünftig wird der Bedarf weiter steigen, weshalb das Netz an Hospizen und die Palliativversorgung in zahlreichen Regionen weiter ausgebaut werden muss. Deswegen muss die Unterstützung durch entsprechende Mittel aus dem Landeshaushalt weiter bedarfsgerecht verstärkt werden.

## **Transparenz schafft Vertrauen**

Sachsens Gesundheitssystem muss sich nicht verstecken. Deshalb wollen wir ein Informationsfreiheitsgesetz für den Gesundheitsbereich, damit dessen Grundlagen ersichtlich werden. Die Bedarfsplanung von Rettungsdienst und Feuerwehr muss nachvollziehbar mit deren Grundlagen dargestellt werden. Die Kassenärztlichen Vereinigungen müssen verständlich die Grundlagen für die Bedarfsberechnungen an Allgemein- und Fachärzten darlegen und die zuständigen Stellen auf Landesebene sollen selbiges für den Bettenbedarfsplan tun. Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen die kompletten Ausschreibungen mit allen Anlagen im Internet verfügbar sein und zwar für deren gesamte veranschlagte Laufzeit beziehungsweise bis zu deren Erfüllung. Dies ist gut für Wettbewerber, aber auch für die Bewertung der Erfüllung.

## **Pflege zukunftssicher ausgestalten**

Das soziale Zukunftsthema unserer Zeit ist die Pflege unserer Angehörigen. Allein in Sachsen ist die Anzahl der Leistungsempfänger der Pflegeversicherung von ca. 130.000 im Jahr 2009 auf ca. 200.000 im Jahr 2017 gestiegen. Diese Menschen brauchen nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch Unterstützung im Alltagsleben und eine menschenwürdige Behandlung. Ob ambulant, in stationären Einrichtungen, durch Vereine oder die Familie – Pflege fordert immer individuelle Lösungen. Dennoch darf aber nicht weiter die Opferbereitschaft und Nächstenliebe der Pflegenden vom Sozialsystem ausgebeutet werden. In den Pflegebereich wird von der Ausbildung bis zur Pension mehr investiert werden müssen als bisher. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Inklusion ein dauerhafter Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung in den einzelnen Fachberufen wird. Unser Ziel ist dabei, dass pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben können. Wir wollen, dass im ländlichen Raum und in der Stadt gute Pflege möglich ist und Senioren nicht gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen. Wir wollen die beste Pflege für unsere Mitmenschen.

## **Fachkräftemangel aktiv begegnen**

Schon jetzt fehlt im ambulanten und stationären Bereich qualifiziertes Fachpersonal. Herausfordernde Arbeitsbedingungen, mittelmäßige Bezahlung und eine nicht zukunftsfähige Ausbildungsstruktur sowie der allgemeine Fachkräftemangel sind einige der Gründe dafür. Bis 2030 werden rund 5.000 weitere zusätzliche Pflegekräfte in Sachsen benötigt. Deshalb wollen wir die duale Ausbildung in der Altenpflege etablieren und ein Programm zur berufsbegleitenden Ausbildung von Quereinsteigern etablieren. Zudem ist die Einstellung von ausländischen Arbeitskräften nötig. Ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene, welches auch den Pflegebereich berücksichtigt, ist daher dringend notwendig.

## **Ländlichen Raum und ambulante Pflege nicht benachteiligen**

Ambulante soziale Dienste müssen im ländlichen Raum häufig längere Wege zurücklegen. Sie werden jedoch weitestgehend pauschal vergütet. Wir setzen uns daher für die Einführung eines Wegegeldes in der ambulanten Pflege ein. Um die Pflege und Betreuung kranker und behinderter Mensch auch in Zukunft optimal und umfangreich sicher zu stellen, ist es notwendig, dass der Weg zwischen den einzelnen Hausbesuchen angemessen vergütet wird. Gleichzeitig kann das Fach- und Pflegepersonal eine bessere Vergütung erhalten, was einer weiteren Abwanderung des Pflegepersonals entgegenwirkt. Wir

brauchen zudem Rechtssicherheit für Pflegebedürftige bei der anteiligen finanziellen Beteiligung bei nicht geförderten Investitionskosten und bei den Investitionen der Pflegedienste und –einrichtungen.

## **Familiäre Pflegestrukturen unterstützen**

Wir wollen die familiären Pflegestrukturen, die es vor allem im ländlichen Raum gibt, besser unterstützen. Das Leben von verschiedenen Generationen, zum Beispiel auf historischen Dreiseitenhöfen oder in Häusern in zweiter Reihe, wird zu oft durch Bauvorschriften verhindert. Wir wollen daher eine Priorität von barrierefreier Bauweise gegenüber anderen Belangen wie Denkmalschutz. Notwendig ist auch die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur durch alternative Wohnformen und verbesserte ambulante Pflege- und Beratungskonzepte.

## **Private Initiativen stärken**

Um die Pflege und Senioren kümmern sich nicht nur Fachkräfte, sondern auch zahlreiche Vereine, Einzelpersonen und natürlich Familienangehörige. Oft ist gar nicht bekannt, welche Möglichkeiten es in diesem Bereich bereits gibt. Wir wollen die Vernetzung der verschiedenen Akteure weiter verbessern. Die Arbeit der Pflegekoordinatoren muss verstetigt und verdichtet werden, damit diese mit den lokalen Akteuren ein möglichst dichtes Netz knüpfen können und Ehrenamtliche unterstützt werden.

## **Sachsen Möglichkeiten in der Pflege optimal ausschöpfen**

Wenn wir die beste Pflege in Sachsen haben möchten, brauchen wir ein neues Landespflegegesetz. Neben hohen Standards setzen wir auf Transparenz und Mitwirkung. Wir wollen einen verbindlichen, bedarfsgerechten Fachkräfteschlüssel. Wir wollen den sächsischen Pflege-TÜV weiterentwickeln, indem er Pflegequalität, medizinische Versorgung, psychosoziale Betreuung und Ernährung stärker gewichtet. Zudem wollen wir die Schaffung von obligatorischen Clearing- oder Ombudsstellen für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Pflegebedürftigen und Leistungserbringern.

## **Integration von Zuwanderern vorantreiben**

Sachsen ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Unser Freistaat ist bereits jetzt Heimat für Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur. Gesellschaftliche Vielfalt ist Teil unseres Selbstverständnisses. Sie kann unser Land bereichern. Wir erwarten dabei von Zuwanderern, dass sie sich klar zu unserer Rechts- und Werteordnung bekennen. Integration richtet sich sowohl an Zuwanderer als auch an Alteingesessene. Wir setzen dabei auf das Prinzip "Fordern und Fördern". Unsere besondere Wertschätzung verdient das ehrenamtliche Engagement zur Betreuung und Bildung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Einwanderern. Wir wollen, dass durch Information, Dialog und persönliche Begegnungen auf beiden Seiten das gegenseitige Verständnis und Wissen verbessert wird. Dies erfordert einerseits eine größere gesellschaftliche Offenheit, aber auch das klare Einhalten von Regeln und Normen für ein gutes Zusammenleben in Sachsen.

## **Vorurteilen durch offene Debatten vorbeugen**

Wir stehen für eine ehrliche, offene und vorurteilsfreie Debatte über alle Aspekte von Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Dialog heißt, andere Meinungen auf dem Boden unserer Verfassung zu akzeptieren und sie nicht zu stigmatisieren. Eine Polarisierung trägt

nicht zur Lösung von Konflikten bei und hilft am allerwenigsten den Betroffenen und Hilfesuchenden. Wir treten deshalb für eine Debattenkultur ein, die von Respekt, Wertschätzung sowie Verantwortungsbewusstsein geprägt ist. Dazu zählt auch die gegenseitige Anerkennung der Menschen in ihrer jeweiligen Identität sowie gegenseitige Achtung und Toleranz im Rahmen unserer bestehenden deutschen Rechts- und Werteordnung.

### **Kulturelle Vielfalt im Rahmen unserer Verfassung**

Kulturelle Vielfalt und das Recht zur Ausübung der eigenen Religion sind Grundpfeiler einer freiheitlichen und aufgeklärten Gesellschaft. Klar ist aber auch: Jeder, der in unserem Land lebt, hat sich an Recht und Gesetz sowie gesellschaftliche Grundregeln zu halten. Keine Religion steht über dem Gesetz. Wer beispielsweise die Rechte von Frauen unterdrückt oder zu religiös motivierten Gewalttaten aufruft, muss mit den entsprechenden rechtsstaatlichen Konsequenzen rechnen. Wir wollen keine Bildung von ethnischen Parallelgesellschaften, wie sie in anderen europäischen Ländern zu beobachten sind.

### **Klare rechtliche Regeln schaffen Sicherheit und Vertrauen**

Das Erklären und Umsetzen bestehender Regelungen beim Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie abgelehnten Bewerbern schafft Sicherheit. Asylanträge sind in der Regel innerhalb von drei Monaten zu bearbeiten und zu entscheiden. Bei negativer Bescheidung über die Anträge und Versagung des Aufenthaltsrechts, beziehungsweise dem Nichtvorliegen von Abschiebeverboten, sind Abschiebungen im Sinne unserer Rechtssicherheit konsequent durchzuführen. Das ist auch im Sinne derer, die über den Zuwanderungs- oder Asylweg auf legaler Basis bei uns bleiben. Die Abschiebung und gegebenenfalls vorübergehende Inhaftierung schwerkrimineller Flüchtlinge und Gefährder hat für uns höchste Priorität. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Passersatzpapiere schneller ausgestellt werden.

### **Integration durch Erwerbsarbeit**

Integration in die Gesellschaft erfolgt in Deutschland vor allem über den Arbeitsplatz, Kollegen und ein Umfeld, in dem der Einzelne spürbar gebraucht wird. Der Einstieg in die Erwerbsarbeit muss daher einfach sein. Anträge auf Arbeitserlaubnis sind innerhalb eines Monats zu bearbeiten. Außerdem müssen Asylsuchende im Rahmen von Projekten Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Bereich wahrnehmen können. Wir wollen zudem die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen, um einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Außerdem streben wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn an, wie sie für Langzeitarbeitslose gilt.

### **Fleißige Flüchtlinge unterstützen**

Um die Fachkräftelücke zu mildern und Einsatz zu belohnen, unterstützen wir die bestehenden Regelungen, um diejenigen Flüchtlinge von einer Abschiebung auszunehmen, die einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag haben oder schon in Berufsausbildung oder in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stehen. Auch wollen wir einmalig einen Stichtag schaffen, der den Wechsel vom Asylverfahren zur regulären Einwanderung eröffnet (Spurwechsel). Voraussetzung hierfür sind Straffreiheit, Deutschkenntnisse und die Fähigkeit, den Lebensunterhalt für sich und die eigene Familie verdienen zu können. Handwerk, regionale Wirtschaft und Betroffene brauchen Rechtssicherheit und Perspektive.

## **Integration durch Sprache**

Die Integration von Flüchtlingskindern wird nur durch eine kontinuierliche und nachhaltige Sprachförderung an Sachsens Schulen funktionieren. In den Schulen wollen wir vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten sicherstellen, zum Beispiel durch die Bildung externer Klassen und Kurse, in denen Kinder und Jugendliche auf den Unterricht in Regelklassen vorbereitet werden. Der Alphabetisierung muss unabhängig von den gesonderten Kursen mehr Raum gegeben werden. Wir fordern, die Altersgrenze für die Teilnehmer an den Integrationsklassen auch über das 18. Lebensjahr hinaus anzuheben. Auch im Rahmen der dualen Ausbildung müssen ergänzende Maßnahmen getroffen werden, um den Seiteneinstieg zu ermöglichen und die Chance zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu bieten.

## **Sprachliche Barrieren senken**

Motivierte und arbeitswillige Zuwanderer müssen die deutsche Sprache erlernen. Dies kann ab einem Sprachkenntnisniveau A1 erforderlichenfalls vor Ort geschehen. Für eine höhere Attraktivität Sachsens bei internationalen Fachkräften wollen wir bei relevanten Behörden und im Internet mehr mehrsprachige Informationsangebote schaffen, zum Beispiel in Form eines zentralen „Welcome-Centers“ im Internet.

## **Integration durch Aus- und Weiterbildung**

Neben der Sprachförderung ist die Ausbildung und Nachqualifizierung von Flüchtlingen und Migranten eine vordringliche Aufgabe, die wir in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft verstärkt vorantreiben wollen. Um einen ersten wechselseitigen Eindruck zu erhalten, Fähigkeiten zu testen und Arbeitsabläufe zu vermitteln, sind Praktika ein wichtiger Schritt in Richtung Arbeitsmarkt. Hier wollen wir als Freistaat mit gutem Beispiel vorangehen und auch in der Landesverwaltung umfassend Praktika anbieten.

## **Sachsen braucht Zuwanderung und erfolgreiche Integration**

Sachsen steht vor großen demografischen Herausforderungen. Neben der Mobilisierung aller eigenen Fachkräftereserven muss der Freistaat attraktiv für qualifizierte Zuwanderer sein. Die Attraktivität Sachsens für Zuwanderer stärken wir durch eine Unterstützung qualifizierter Zuwanderung und die erleichterte Anerkennung von beruflichen Qualifikationen. Dazu brauchen wir den weiteren Abbau von Aufenthalts- und Beschäftigungshindernissen für ausländische Fachkräfte, ein einfaches und transparentes Zuwanderungsrecht auf Bundesebene mit klaren Kriterien und Anreizen sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden, dem Sächsischen Ausländerbeziehungsweise Integrationsbeauftragten und der Arbeitsagentur.

## **Inklusion und Barrierefreiheit**

Wir schätzen jeden Menschen in seiner Vielfalt und mit seinen Besonderheiten wert. Die Gemeinschaft hat dafür Sorge zu tragen, dass jedem Einzelnen, unabhängig von seinen persönlichen Voraussetzungen, der Zugang zu allen Möglichkeiten offensteht, um sich selbst und seine Potenziale zu entwickeln und zu entfalten. Inklusion ist dabei für uns eine Querschnittsmaterie. Dabei setzen wir uns in den verschiedenen Bereichen für die Förderung der Selbstbestimmung und eines eigenverantwortlichen Lebens jedes Menschen sowie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen in Sachsen ein. Über das bestehende Landesinklusionsgesetz hinaus wollen wir einen

Landesinklusionsplan für Sachsen, der die Möglichkeit bietet, den Grad der jeweiligen Zielerreichung transparent darzustellen.

Die vorhandenen Beratungsangebote sind darauf auszurichten, dass sie grundsätzlich digital erreichbar sind. Menschen mit Behinderungen sollen bei den Integrationsämtern zudem einheitliche Ansprechpartner finden können, die grundsätzlich für ihre Leistungen zuständig sind und die Zuständigkeiten verschiedener Behörden und Leistungsträger bündeln. Unser Anspruch ist eine weitgehende Integration im regulären Arbeitsmarkt.

Ebenso wichtig ist uns der Ausbau der Beratungen durch Mitarbeiter in den Beratungsstellen, die wir ihre Beratungskunden Einschränkungen haben. Diese haben ein besseres Verständnis für deren Situation und Probleme.



## **Verlässlichkeit und Vertrauen schaffen – Für ein sicheres Sachsen**

Für uns gehören Freiheit und Sicherheit untrennbar zusammen. Wer die Freiheit allein der Sicherheit opfert, wird am Ende beides verlieren. Gleichzeitig ist es eine Kernaufgabe des Staates, das Recht der Bürger auf Schutz vor Verbrechen sicherzustellen. Wir wollen effektive Sicherheitsbehörden und eine Justiz, die in der Lage ist, mit angemessener Ausstattung und professioneller Organisation ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Für diese beiden klassischen Hoheitsaufgaben des Staates muss ausreichend Personal und Geld zur Verfügung stehen. Ein Staat, der sich in Kleinigkeiten verzettelt, aber seine Kernaufgaben vernachlässigt, verspielt das Vertrauen in einen handlungsfähigen Rechtsstaat. Deshalb ist eine vernünftige Personal- und Sachausstattung von Polizei und Justiz die effektivste Waffe im Kampf gegen Verbrechen.

### **Handlungsfähigkeit der Polizei verbessern**

Aufgabe der Landespolizei ist es, für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen und den Schutz der individuellen Freiheit des Einzelnen zu gewährleisten. Die sächsischen Polizistinnen und Polizisten leisten dabei unter oft schwierigen Bedingungen eine großartige Arbeit. Sie verdienen eine exzellente Ausstattung, angemessene Befugnisse und unser grundsätzliches Vertrauen in ihre Arbeit. Bei der Fahrzeugbeschaffung ist zukünftig stärker auf die Praxistauglichkeit zu achten. Für die Polizeiarbeit gilt generell: Vorbeugen ist besser als Straftaten zu verfolgen. Für uns ist die Verbrechensprävention deshalb auch ein wichtiger Baustein der Polizeiarbeit. Wir wollen die Polizei von Aufgaben entlasten, die nicht in ihre Kernkompetenz fallen, wie beispielsweise die Begleitung von Schwertransporten.

### **Gute Polizeiarbeit braucht ausreichend Personal**

Der 2006 von der damaligen CDU/SPD-Koalition beschlossene Stellenabbau bei der Landespolizei führt heute zu enormen Personalengpässen, Überlastung und randvollen Überstundenkonten der Beamten. Die Besetzung offener Stellen und die vollständige Ausnutzung des Einstellungskorridors für junge Polizeianwärter hat für uns auch weiter eine besondere Bedeutung. Wir treten dafür ein, dass die Sicherheit in Sachsen von gut ausgebildeten Beamten des Polizeivollzugsdienstes gewährleistet wird. Altersgrenzen und Körpergrößen dürfen kein Hindernis sein, um Polizeibeamter zu werden. Wer den Eignungstest besteht, bei dem wir weiterhin hohe Anforderungen an die Anstellungsvoraussetzungen stellen werden, muss die Chance bekommen, die Polizeiausbildung zu absolvieren. Auch für Seiten- und Quereinsteiger muss die Polizei offen sein und diese nach erfolgter Ausbildung in den Vollzugsdienst integrieren, anstatt sie in die Wachpolizei oder die Sächsische Sicherheitswacht abzuschieben.

### **Polizei als attraktiver Arbeitgeber**

Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei ein attraktiver Arbeitgeber ist. Dies funktioniert nur, indem der Polizeiberuf auch angemessen bezahlt wird und innerhalb der Polizei bei entsprechender Leistung Aufstiegs- und Weiterentwicklungschancen geschaffen werden. Zur Nachwuchsgewinnung, Information und Kommunikation muss die sächsische Polizei verstärkt soziale Medien nutzen. Die bestehende Onlinewache soll stärker für die Fahndung nach Straftätern und zur Vermisstensuche genutzt werden. So kann die Bevölkerung einen

Einblick in die alltägliche Arbeit der Polizei erhalten. Auch in Zukunft muss gewährleistet werden, dass Polizeianwärter dem physischen, vor allem aber dem psychischen Druck, der sie im Dienst erwartet, gewachsen sind.

### **Digitalisierungsoffensive Polizei**

Wir fordern eine Digitalisierungsoffensive innerhalb der sächsischen Polizei. Beispielsweise bedarf es mit Blick auf die fortschreitende Spezialisierung von Tätern (im digitalen Bereich) ebenso hochspezialisierter Kräfte seitens der Polizei, beispielsweise im Bereich der Cyberkriminalität. Außerdem soll jeder Streifenwagen mit mobilen Geräten sowie polizeispezifischen Softwareapplikationen (Apps) ausgestattet werden, sodass Polizeivollzugskräfte jederzeit im Einsatz auf alle nötigen Informationen zurückgreifen und Vorgänge sofort digital dokumentieren können. Wir wollen die Möglichkeiten ausweiten, bei der Strafverfolgung externe Experten zur Auswertung von Daten oder Finanzströmen hinzuzuziehen.

### **Polizeiausbildung zukunftsfest machen**

Die Bekämpfung von Kriminalität im Netz (Cyberkriminalität) muss bereits fester Bestandteil einer modernen Ausbildung von Polizisten sein. Hierfür sollen die Sicherheitsbehörden auch für Experten (z.B. Informatiker) attraktiv sein, die keine reguläre Polizeiausbildung durchlaufen haben. Regelmäßige digitale Fortbildungen müssen im sächsischen Polizeibetrieb Pflicht werden.

### **Polizeipräsenz vor Ort stärken**

Die Strukturen der Polizei müssen so gestaltet sein, dass die Beamten in ganz Sachsen präsent, sichtbar und jederzeit erreichbar sind. Für uns ist es selbstverständlich, dass Funkstreifenwagen auch im ländlichen Raum binnen kürzester Zeit nach einem Notruf vor Ort sind. In der Vergangenheit geschlossene Polizeiposten und -reviere müssen durch Reviere auf Rädern ersetzt werden. Dafür sind entsprechend ausgerüstete interaktive Polizeifahrzeuge anzuschaffen und flächendeckend einzusetzen. Dann muss der Bürger nicht mehr zum Revier gehen, sondern das Revier kommt für eine erste Fallbearbeitung zu ihm. Auch ist es für uns selbstverständlich, dass die Polizei in der Lage ist, binnen kürzester Zeit überall die notwendigen Einrichtungen in der Fläche zu schaffen, wenn die Sicherheitslage dies erfordert. Mit modernen Containerlösungen ist die Einrichtung eines Polizeipostens in wenigen Tagen möglich.

### **Polizisten vor unnötiger Bürokratie entlasten**

Wir wollen die innerbehördliche Bürokratie und den Verwaltungsaufwand abbauen, damit die Polizisten ihrer Kernarbeit nachgehen können. Dazu ist auch die Entlastung der Polizisten von Büroaufgaben durch Bürosachbearbeiter geboten. Wir vertrauen unseren Polizeibeamten und fordern beispielsweise weniger Dokumentationspflichten über die Mittelverwendung. Wir wollen einen Polizeivollzugsdienst, bei dem nicht jeder Handschuh, Kabelbinder oder Kugelschreiber dokumentiert werden muss.

### **Mehr Bürgerpolizisten vor Ort**

Wir wollen das Netz der Bürgerpolizisten verdichten. Sie sollen als Ansprechpartner vor Ort für die Bürger und die Gemeindeverwaltung einerseits und als Schnittstelle zum zuständigen Revier andererseits fungieren. Die Zusammenarbeit mit den Ortspolizeibehörden wollen wir deutlich verbessern. Gerade in Orten mit hoher Kriminalität darf nicht der Eindruck rechtsfreier Räume entstehen. Wir wollen auch weiterhin eine strikte

Trennung zwischen gemeindlichem Vollzugsdienst und dem Polizeivollzugsdienst. Die Kommunen sollen jedoch entsprechende Möglichkeiten erhalten, damit die Ortspolizeibehörde mit ihren Außendienstmitarbeitern über hinreichende Ausrüstung verfügen. Zudem wollen wir die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und dem Zoll intensivieren, ebenso die grenzüberschreitende Kooperation mit den Polizeibehörden in Polen und Tschechien, um die Grenzriminalität, den Drogenschmuggel und die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität gemeinsam und effektiv bekämpfen zu können.

## **Niemand ist unfehlbar – auch nicht unsere Polizei**

Vorwürfen gegenüber den Polizeibeamten muss unparteiisch nachgegangen werden. Deshalb setzen wir uns für eine anonymisierte Kennzeichnung der Polizeibeamten ein, wenn die Ausweispflicht aufgrund der Einsatzlage nicht sinnvoll ist. Bodycams, die das Einsatzgeschehen dokumentieren, sollen bei problematischen Aufträgen zum Einsatz kommen können. Diese dürfen nur in Konfliktsituationen aktiviert werden. Ein Lichtsignal muss dem Gegenüber erkenntlich machen, dass die Bodycam gerade aktiviert ist und Videoaufnahmen anfertigt. Sollte einem Polizisten einmal ein Dienstvergehen vorgeworfen werden, welches im Rahmen seiner dienstlichen Tätigkeit erfolgt ist, so fordern wir die Bildung einer Ermittlungseinheit, die unabhängig den Vorwurf untersucht, damit Polizisten nicht gegen ihre eigenen Kollegen aus dem gleichen oder benachbarten Revier ermitteln müssen. Interessenkonflikte sollen so verhindert werden.

## **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern**

Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien und Polen in Anknüpfung an bisherige Projekte weiter verbessern. Bausteine können dabei Programme, wie die Sprachausbildung in dem jeweiligen Nachbarland, um Kompetenzen zu erweitern, darstellen. Der Datenaustausch zwischen den Polizeiorganisationen muss deutlich verbessert werden. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit dem polizeilichen Datenaustausch im Rahmen der Europäischen Union. Ein europäischer Raum ohne Binnengrenzen braucht einen leistungsfähigen Datenaustausch zwischen den beteiligten Sicherheitsbehörden in den Mitgliedstaaten auf allen Ebenen. Hier muss auch Sachsen eine aktivere Rolle einnehmen.

## **Neue Wege auch in der Polizeiarbeit**

Mit Hinblick auf die neuen technischen Möglichkeiten fordern wir die Durchführung von Modellprojekten, bei denen beispielsweise mit Drohnen die Grenze überwacht wird. Dies gilt insbesondere für Orte, die zum Import von Drogen aus dem Ausland nach Sachsen dienen. Wir möchten damit die neuen technischen Möglichkeiten erproben und zur Erhöhung der Sicherheit beitragen. Wir sehen damit die Möglichkeit einer effektiven Kontrolle, ohne dauerhafte und umfangreiche Grenz- beziehungsweise grenznahe Kontrollen durchzuführen.

## **Für ein zukunftsfähiges Polizeigesetz**

Das neue sächsische Polizeigesetz sehen wir kritisch. Ohne Frage muss die Polizei neben einer guten materiellen Ausstattung durch rechtliche Grundlagen gute Arbeitsbedingungen erhalten. Positiv sind aus unserer Sicht daher gerade der Systemwechsel mit einer klaren Abgrenzung zwischen den Polizeibehörden und Polizeivollzugsdienst, eine Ausdifferenzierung der einzelnen Standardmaßnahmen und klare Legaldefinitionen des Gefahrenbegriffs. Wir wenden uns klar gegen die massive Ausweitung der

Kennzeichenerfassung, die Möglichkeit von vorbeugenden Blutentnahmen oder die überzogene Ausstattung mit schweren Maschinengewehren und Splitterhandgranaten. Diese Regelungen, wie auch weitere Normen zur Aufenthaltsüberwachung oder das Fehlen einer unabhängigen Beschwerdestelle, werden wir nötigenfalls ändern.

### **Wachpolizei und Sicherheitswacht sind kein Polizeiersatz**

Wir sehen Einrichtungen wie die Wachpolizei und die Sächsische Sicherheitswacht kritisch. Diese können und dürfen nicht als Ersatz für den Polizeivollzugsdienst herangezogen werden. Lieber wollen wir auch Seiteneinsteigern bei der Polizei eine Chance geben, die jedoch selbstverständlich eine umfassende Ausbildung erhalten.

### **Videoüberwachung für Kriminalitätsschwerpunkte**

Wir halten die Aufrüstung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten für einen sinnvollen Beitrag für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Sie können insbesondere an stark frequentierten und gefährdeten Bereichen oder Einrichtungen (Bahnhöfen, öffentlichen Plätzen, Kriminalitätsschwerpunkten) zur Verfolgung und Aufklärung von Straftaten einen wichtigen Beitrag leisten. Wichtig ist hierbei, dass die Qualität der Aufnahmen hoch genug ist, um Täter zweifelsfrei zu identifizieren. Für ihren Einsatz bedarf es in jedem Einzelfall einer umfassenden Abwägung der Zweck- und Verhältnismäßigkeit nach nachvollziehbaren Kriterien. Zum Schutz der Privatsphäre unbescholtener Bürger soll bei dem Einsatz von Videoüberwachung gewährleistet sein, dass Aufnahmen nach einer kurzen Speicherungszeit gelöscht werden.

### **Überwachung von Kommunikation**

Die Überwachung privater Kommunikation sehen wir kritisch. Sie darf nur in Ausnahmefällen, nach sorgfältiger richterlicher Prüfung und unter Wahrung des Schutzes der Privatsphäre Dritter ermöglicht werden und erfolgen.

### **Strukturelle Verbesserungen beim Verfassungsschutz**

Wir setzen uns für eine deutlich bessere Koordinierung und einen besseren Informationsaustausch sowie einheitliche Standards und klare Zuständigkeitsregelungen innerhalb unserer Sicherheitsarchitektur ein. Der Verfassungsschutz in Sachsen ist seinen Aufgaben bisher zu oft nicht gerecht geworden. Selbst nach dem NSU-Skandal sehen wir nicht, dass die Aufarbeitung eigener Versäumnisse vollständig erledigt wäre. Wir halten eine strukturelle Neuorganisation weiterhin für notwendig und unumgänglich. Durch 16 Landesämter für Verfassungsschutz und einem Bundesamt können keine bundesweit agierenden Extremisten wirksam bekämpft werden. Wir wollen ergebnisoffen prüfen, ob der sächsische Verfassungsschutz künftig nur noch als Außenstelle des Bundesamtes fungieren oder ob beispielsweise ein mitteldeutscher Dienst eingerichtet werden soll. Als ersten Schritt befürworten wir jedoch eine Eingliederung als Abteilung in das Innenministerium, die zeitnah umzusetzen ist.

### **Für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und eine leistungsstarke Justiz**

Ein funktionierender Rechtsstaat ist eine Grundvoraussetzung der liberalen Demokratie. Wir setzen auf die Stärke des Rechts und nicht auf das Recht des Stärkeren oder ein Recht der bloßen Mehrheit. Der Rechtsstaat wahrt den Rechtsfrieden, er schützt und achtet die

Rechte seiner Bürger und sichert die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Ordnung und der Gesetze. Zu einem funktionierenden Rechtsstaat in Sachsen gehört insbesondere eine unabhängige Justiz, die für ihre wichtigen Aufgaben bedarfsgerecht sachlich und personell ausgestattet ist, um Verfahren schnell und gründlich zu entscheiden.

## **Für eine leistungsstarke Justiz**

Eine leistungsstarke Justiz sorgt für zügige und faire Verfahren in jeder Verfahrensart. Dies gilt nicht nur für Hauptsacheverfahren, sondern auch für Nebenverfahren, wie zum Beispiel Kostenfestsetzungsverfahren. Für uns ist der Zugang aller Bürger zum Recht ein wesentliches Element eines Rechtsstaates. Einschränkungen bei Prozesskostenbeziehungswise Verfahrenskostenhilfe lehnen wir daher ab. Die Personalausstattung der Justiz muss in den kommenden Jahren so erhöht werden, dass sie das bevorstehende altersbedingte Ausscheiden eines erheblichen Anteils der Richter und Staatsanwälte ohne Einschränkungen ihrer Arbeitsfähigkeit bewältigt und die Aufgabenerledigung erheblich beschleunigt wird. Dazu gehört auch eine bedarfsgerechte Personalausstattung der Justizbehörden im nicht-richterlichen Bereich. Die Gerichtsstruktur ist ebenso an veränderte Rahmenbedingungen etwa im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit anzupassen. Fünf verschiedene Fachgerichtsbarkeiten arbeiten derzeit mit unterschiedlichen Prozessordnungen nebeneinander. Wir wollen die öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten zusammenführen und deren Prozessordnungen vereinheitlichen.

## **Für eine moderne und zukunftsfähige Justiz**

Wir wollen gemeinsam mit den Beteiligten, wie beispielsweise dem Deutschen Richterbund, der Neuen Richtervereinigung oder der Juristenfakultät an der Universität, ins Gespräch kommen. Die Einführung von elektronischen Verfahren muss auch in der Justiz deutlich schneller als bisher geschehen. Dies umfasst auch die Kompatibilität der IT-Verfahren der verschiedenen Bundesländer. Dazu wollen wir die voll elektronische Aktenführung kurzfristig für Strafverfahren, sowie – soweit noch nicht geschehen – in den weiteren Gerichtsbarkeiten einführen. Die Führung von öffentlichen Registern einschließlich der jeweiligen Registerakten muss vollständig elektronisch organisiert und für die Bürger mit einfachen Zugangsmöglichkeiten einsehbar werden.

## **Für schnellere Verfahren in der Justiz**

In der Strafrechtspflege setzen wir uns für die möglichst zügige Führung der Verfahren ein, ohne dass die Sorgfalt hierunter leidet. Die Information von Opfern einer Straftat über ihre Rechte muss verbessert und die Rechtsverfolgung besser finanziell unterstützt werden. Wir setzen uns auch hier für eine leistungsfähige Justiz ein, die Kriminalität effektiv bekämpfen kann.

## **Ein wirksamer Strafvollzug**

Strafvollzug ist für uns kein Mittel von Vergeltung, sondern die Antwort des Rechtsstaates auf begangene Straftaten mit dem Auftrag, durch Resozialisierung weitere Straftaten zu verhindern. Durch unterschiedliche Vollzugspläne kann dabei den Anforderungen des einzelnen Strafgefangenen Rechnung getragen werden. Die Differenzierung der Vollzugsanstalten mit unterschiedlichen Vollzugsgestaltungen muss weiter ausgebaut werden, etwa um Suchtgefährdungen und -erkrankungen gezielt begegnen zu können.

## **Bessere Ausbildung für verantwortungsvolle Arbeit**

Für einen wirksamen Strafvollzug mit seinen vielfältigen Aufgaben werden mehr und besser qualifizierte Mitarbeiter im Strafvollzug benötigt. Wir werden deren Ausbildung und Einstellung fördern. Nur mit einer ausreichenden Personalausstattung und den erforderlichen technischen Mitteln kann zudem die nötige Sicherheit im Strafvollzug gewährleistet werden, die Bürger vom Strafvollzug erwarten. Dies gilt auch für die Durchsetzung von Verboten, die die Sicherheit im Strafvollzug gewährleisten sollen, wie das Verbot von Mobiltelefonen. Das bestehende Strafvollzugsrecht wollen wir überprüfen und nötigenfalls ergänzen.

## **Strafhaft als letztes Mittel**

Freiheitsstrafe ist die schwerste mögliche Sanktion. Strafhaft ist für den Freistaat sehr aufwändig, teuer und bei Kurzzeitstrafen in der Regel ohne langfristige Wirkung. Daher wollen wir bestehenden Verfahren zur Haftvermeidung beibehalten, wie den Täter-Opfer-Ausgleich oder das Programm „Schwitzen statt Sitzen“ bei dem statt Ersatzfreiheitsstrafe gemeinnützige Arbeitsleistungen erbracht werden.

## **Wiedereingliederung organisieren**

Der Übergang aus der Strafhaft in die Freiheit muss durch ein effizientes Übergangsmanagement begleitet werden, bei dem der Strafvollzug, Bewährungshilfe und Träger der sozialen Betreuung schon vor der Haftentlassung gemeinsam mit dem Strafgefangenen einen sicheren Übergang in die neue Umwelt ohne Rückfallgefährdungen vorbereiten und dann begleiten. Die Bewährungshilfe wie die Kontrolle von Auflagen und Weisungen der Führungsaufsicht müssen so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben einer individuellen Betreuung tatsächlich erfüllen können.

## **Für ein wirksames Jugendstrafrecht und Strafvollzug**

Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden sind zumeist Delikte, denen keine weiteren mehr folgen. Damit Strafverfahren in diesem Bereich nachhaltig wirken, müssen sie beschleunigt geführt werden. Die Strafe soll möglichst schnell auf die Tat folgen. Das Jugendstrafrecht bietet zudem eine größere Breite an Sanktionsmöglichkeiten und genauere Einwirkung auf den Täter an als Erwachsenenstrafrecht. Wir wollen daher keine Einschränkungen bei der Anwendung von Jugendstrafrecht durch die Jugendgerichte. Wir wollen kriminelle Karrieren verhindern. Deshalb sollen Gefangene im Jugendstrafvollzug die Möglichkeit haben, Schulabschlüsse oder berufliche Ausbildungsabschlüsse zu erreichen. Auch für Jugendstrafgefangene soll ein wirkungsvolles Übergangsmanagement etwaige Rückfallrisiken weiter verringern. Die Zusammenlegung von Jugendgerichtshilfe, Polizei und Staatsanwaltschaften in Häusern des Jugendstrafrechts lehnen wir ab. Ein erfolgreicher Umgang mit jungen Menschen, die in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden gekommen sind, setzt zunächst die Schaffung eines professionellen Vertrauensverhältnisses zwischen Jugendgerichtshilfe und dem Jugendlichen voraus. Dafür bedarf es zwingend einer Distanz – auch räumlichen - zu den Strafverfolgungsbehörden. Die Jugendhilfe im Jugendstrafverfahren ist und bleibt Jugendhilfe. Sie hat gegenüber jungen Menschen – unabhängig von einem Strafverfahren – Unterstützungsmaßnahmen einzuleiten. Sie ist – auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen und Funktionszuweisungen - keine Erfüllungsgehilfin der Justiz und Polizei.

## **Leistungsfähigkeit von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz sicherstellen**

Für uns stehen die Rettung von Menschenleben und der Schutz von Eigentum im Vordergrund – jederzeit und an jedem Ort. Wir setzen uns für eine hohe Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz ein. Die Grundeinsatzbereitschaft ist zwingende Voraussetzung, damit im Ernstfall schnell, effektiv und unbürokratisch die Rettung von Menschen, Lebewesen und Eigentum gelingen kann. Den meist ehrenamtlichen Einsatzkräften gilt unsere volle Unterstützung.

### **Die Feuerwehr als Ehrenamt**

Durch die weitestgehend ehrenamtliche Struktur im Brand- und Katastrophenschutz übernehmen die Bürger große Verantwortung bei der Gefahrenabwehr. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie die Grundlage für einen möglichst gefahrlosen Einsatz bilden. Dies bedeutet im Einzelnen beispielsweise die Unterstützung der Aktion "Rettungsgasse", Erleichterungen für den Erwerb des Feuerwehrführerscheins oder flexible Einsatzmöglichkeiten auch für nur noch beschränkt einsatztaugliche Kräfte. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Berichtspflichten der Feuerwehr gegenüber dem sächsischen Innenministerium minimiert werden, um die größtenteils ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleute von unnötiger Bürokratie zu entlasten. Zudem machen wir uns dafür stark, dass die Alarmierungsrichtlinie in Bezug auf die Möglichkeiten durch die Digitalisierung aktualisiert wird.

### **Nachwuchs für Feuerwehr und Katastrophenschutz sichern**

Der demographische Wandel wirkt sich auch auf die Feuerwehren und den Katastrophenschutz aus. Die Gewinnung von Nachwuchskräften hat daher gerade im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung. Wir wollen die Einsatz- und Leistungsfähigkeit der Feuerwehren und der Katastrophenschutzeinheiten in Sachsen langfristig sichern und auch neue Wege der Personalgewinnung gehen. Ein Beispiel ist die Beschäftigung hauptamtlicher Kräfte durch die öffentliche Hand, ohne dabei jedoch die Strukturen insgesamt hauptamtlich zu gestalten. Feuerwehren zweiter Klasse lehnen wir ab. Zudem wollen wir die Ausbildung weiter ausbauen und beispielsweise den Erwerb des LKW-Führerscheins weiter fördern. Neue Kooperationsformen der Freiwilliger Feuerwehren, beispielsweise bei Wartung und Technik, wollen wir fördern. Die Landesfeuerwehrschule muss finanziell und personell so ausgestattet sein, dass sie den Schulungs- und Ausbildungsbedarf der Freiwilligen Feuerwehren umfassend gewährleisten kann.

### **Kommunen bei Großschadensereignissen nicht allein lassen**

Die Waldbrände im Jahr 2018 haben es gezeigt: Die Anforderungen an eine wirksame Brandbekämpfung sind hoch und gerade für kleinere Kommunen sehr kostenintensiv. Bei Großschadensereignissen wie Waldbränden, welche selbst kleine Kommunen allein für den Einsatz umliegender Feuerwehren schnell sechsstelligen Beträge kosten, brauchen wir Regelungen, damit Brände beispielsweise im Sachsenforst und Nationalpark nicht zu klammen kommunalen Kassen führen.

### **Moderne Technik für unsere Feuerwehren**

Wir wollen die Feuerwehrtechnik weiter erneuern. Immer noch stehen zahlreiche DDR-Fahrzeuge in den Gerätehäusern. Kommunen, welche diese Technik ersetzen, sollen von einem erhöhten Fördersatz profitieren. Für die Beschaffung von Ausrüstung wollen wir eine

Pauschalförderung einführen. Die Fördersätze für Feuerwehrfahrzeuge und Gerätehäuser wollen wir anheben. Zudem soll modellhaft die Sammelbeschaffung von Fahrzeugen durch das Land erprobt werden. Hier sollen Kommunen bei der Beschaffung entlastet und günstige Konditionen bei den Herstellern erreicht werden.

### **Katastrophenschutz angemessen ausstatten**

Die im Katastrophenschutz beteiligten Hilfsorganisationen sollen sich darauf verlassen können, dass der Freistaat Sachsen seine Aufgaben in diesem Bereich ohne Abstriche zuverlässig erfüllt und die nötigen Mittel für die Vorsorge, die Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes bereitstellt.

Dies gilt für die Einsatztechnik, wie für die Personalausstattung. Dabei gilt unser Augenmerk auch hier den sich ändernden Bedingungen und Gefahrenpotentialen für große Schadensereignisse und deren Vorsorge, Erkennung und Bekämpfung. Wir treten für die vollständige Gleichstellung aller ehrenamtlicher Helfer ein, egal ob sie bei der Freiwilligen Feuerwehr, bei den Bergrettern, der Wasserwacht oder anderen Katastrophenschutzeinheiten und Hilfsorganisationen aktiv sind. Die finanziellen Ausgleichsleistungen für Lohnausfälle durch Einsätze müssen zudem auch die Wegezeiten zur Arbeit berücksichtigen. Auch muss eine unbürokratische grenzüberschreitende Rettung jederzeit möglich sein. Wir wollen eine stärkere Zusammenarbeit mit den Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten in Tschechien und Polen, besonders im Katastrophenfall.

### **Ein Schutzkonzept das alle Organisationen einbindet**

Die großen Katastrophenfälle der letzten Zeit haben gezeigt, dass eine verbesserte Zusammenarbeit ziviler und militärischer Einheiten und Dienststellen für die Schadensvermeidung und -bekämpfung unerlässlich ist. Deshalb wollen wir die zivil-militärische Zusammenarbeit in Sachsen weiter stärken, um im Einsatzfall schnell bereits eingeübte Hilfsmaßnahmen anlaufen lassen zu können.

Neben den Feuerwehren und Rettungsdiensten sind es die freiwilligen Helfer der Bergwacht und der Wasserrettung, die mit ihrem Einsatz einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Bürger im Freistaat leisten. Sie haben eine stärkere Unterstützung des Freistaates bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verdient. Dies bedeutet auch die umfassende Integrierung dieser Dienste in die Katastrophenschutzplanungen und -konzepte des Freistaates. Wir werden Sie zudem auch bei der Nachwuchsgewinnung unterstützen.

### **Finanzen solide gestalten und Bürger entlasten**

Wir wollen eine Politik, die rechnen kann und damit auch kommenden Generationen Gestaltungsspielräume schafft. In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen akzeptieren wir nicht, dass Bürger und Unternehmen eine Rekordsteuerbelastung ohne wirkliche Entlastung tragen müssen. Wir wollen einen Freistaat, der in seine Kernverantwortungsbereiche investiert, sich aber finanziell nicht verzettelt. Die Kommunen wollen wir finanziell auf eigene Beine stellen. Die Einhaltung des Neuverschuldungsverbotes des Freistaates Sachsen ist uns ein Kernanliegen.



## **Klug investieren und Schulden tilgen**

Wir wollen das Geld des Steuerzahlers klug investieren, statt es mit der Gießkanne zu verteilen. Investitionen in die innere Sicherheit, Bildung, Forschung und Infrastruktur haben Vorrang. Sie sind Kernaufgaben des Staates und sorgen dafür, dass auch in Zukunft genug erwirtschaftet wird. Ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung gehören für uns zu einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik. Das stark auf Betreiben der Freien Demokraten eingeführte Neuverschuldungsverbot in Sachsen ist für uns unantastbar. Überplanmäßige Einnahmen wollen wir zur Hälfte zur Schuldentilgung und zur anderen Hälfte für Investitionsfonds des Landes nutzen. Diese sollen in Zeiten mit geringeren beziehungsweise stagnierenden Einnahmen für eine stabile Investitionsquote des Landes und der Kommunen sorgen.

## **Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen senken**

Wir wollen als Land über den Bundesrat dazu beitragen, in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen Bürger und Unternehmen spürbar steuerlich zu entlasten. Dies gilt insbesondere für die Abschaffung der kalten Progression, bei der selbst Einkommenszuwächse unterhalb der Inflationsrate besteuert werden. Den Solidaritätszuschlag wollen wir – wie bei der Einführung versprochen – zum 1. Januar 2020 ersatzlos abschaffen. Innerhalb Sachsens sprechen wir uns gegen die Erhebung von Zweitwohnsitzsteuern in Sachsen aus. Das Sächsische Kommunalabgabengesetz ist dahingehend zu überarbeiten. Zudem wollen wir die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abschaffen.

## **Eigentumserwerb in Sachsen fördern**

Sachsen liegt bei der Bildung von Wohneigentum bundesweit auf einem der hinteren Plätze. Wir wollen deshalb beim Kauf von Wohneigentum für natürliche Personen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 Euro für die erste selbst genutzte Wohnimmobilie schaffen.

## **Transparenz im Sächsischen Staatshaushalt schaffen**

Wir wollen mehr Transparenz im Haushalt des Freistaates Sachsen schaffen. Vor allem Schattenhaushalte, beziehungsweise Fonds, sind auf verständliche Form öffentlich auszuweisen. Haushaltstitel sind so zu beschreiben, dass der Zweck klar erkennbar ist. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit von einzelnen Haushaltstitel ist im Interesse der Transparenz und des parlamentarischen Haushaltsrechts auf ein Minimum zu begrenzen.

## **Kommunen finanziell auf eigene Beine stellen**

Wir werden den Finanzausgleich des Freistaates mit den Kommunen neu verhandeln. Ziel ist es, dass Kommunen ihre Pflichtaufgaben auch ohne Fördermittel erfüllen können. Das führt zu weniger Bürokratie, schnelleren Investitionen und mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort. Zudem soll der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer verdoppelt werden.

## **Förderprogramme auf Wirksamkeit überprüfen**

Wir wollen, dass Fördermittel auch einen positiven Effekt haben. Deshalb werden wir die Fördermittelprogramme auf ihre Wirksamkeit und ihren Bearbeitungsaufwand hin untersuchen. Zudem wollen wir die Bürokratie in sämtlichen Fördermittelprogrammen abbauen. Verwendungsnachweise sollen grundsätzlich in der vereinfachten Form ausreichend sein. Unsinnige Auflagen wie Bautafeln wollen wir abschaffen.

## **Unternehmensbeteiligungen des Landes überprüfen**

Wir wollen die Unternehmensbeteiligungen des Freistaates auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen. In den allermeisten Fällen ist der Staat kein guter Unternehmer. Deshalb muss es das Ziel sein, die Risiken für die sächsischen Steuerzahler zu begrenzen, indem nicht notwendige Beteiligungen komplett abgebaut oder private Kapitalgeber beteiligt werden. Wir prüfen sämtliche Staatsbetriebe, die sich im direkten oder mittelbaren Eigentum des Staates befinden, auf ihre Sinnhaftigkeit, Wirtschaftlichkeit und Transparenz.

## **Für einen zeitgemäßen Verbraucherschutz**

Moderner Verbraucherschutz stellt den mündigen Bürger in den Mittelpunkt. Wir wollen die Verbraucher dazu befähigen, dass sie Waren, Dienstleistungen und Technologien kompetent beurteilen und nutzen können. Dafür sind Transparenz und Verlässlichkeit notwendig. Der Staat ist als Gesetzgeber dort gefordert, wo es am Markt keine notwendige Transparenz gibt oder Risiken herrschen, die der Einzelne nicht erkennen und beurteilen kann. Wir sprechen uns generell gegen eine staatliche Bevormundung aus, die Verbraucher als unmündige Konsumopfer betrachtet. Auch die Versuche einer Verhaltensbeeinflussung ("Nudging") durch den Staat lehnen wir ab.

## **Marktüberwachung als effektiver Verbraucherschutz**

Für uns steht eine effektive und effiziente Marktüberwachung im Mittelpunkt. Wir streben dabei den Abbau von Vollzugsdefiziten zugunsten der Verbraucher und Unternehmer an. Die Informationsmöglichkeiten der Verbraucher sollen weiter gestärkt werden. Dabei wollen wir auch die Verbraucherzentrale Sachsen in ihrer Arbeit weiter unterstützen. Dabei muss immer auf die Neutralität der Einrichtungen geachtet werden.

## **Für nachvollziehbare Inhaltsangaben**

Wir setzen uns für eine nachvollziehbare Angabe von Produktinhalten bei Lebens- und Genussmitteln ein. Eine farbliche Kennzeichnung in Ampelform lehnen wir dagegen ab. Zumeist ist nicht das Produkt an sich gesundheitsbeeinflussend, sondern die konsumierte Menge. Das Kontrolldefizit bei Gaststätten und in der Lebensmittelproduktion wollen wir abbauen. Gleichzeitig sind wir gegen Hygieneampeln, die kein vollständiges Bild einer Qualitätsbeurteilung bieten.

## **Bewusstsein für Qualitätsprodukte schärfen**

Wir wollen das Bewusstsein für den Kauf von Qualitätsprodukten fördern. Dieses soll auch bereits in Familie und Schule geschaffen werden – auch wenn es um den Kauf einheimischer und regionaler Produkte geht. Wir unterstützen die Schaffung freiwilliger Qualitätslabel, die auf bestimmte Herkunft, Inhaltsstoffe oder Verarbeitungsprozesse hinweisen.

## **Klare Regeln für Migration schaffen und durchsetzen**

Der Freistaat Sachsen ist darauf angewiesen, dass qualifizierte Menschen aus anderen Teilen der Welt zu uns kommen. Im Moment fehlen aber zu oft klare Regeln und Abgrenzungen. Zudem gibt es zahlreiche Vollzugsdefizite, von der Identitätsprüfung bis zur Abschiebung.

## **Für ein neues Einwanderungsrecht**

Wir treten für ein Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln ein, das zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen sowie dauerhaften Einwanderern mit Arbeitsabsicht klar unterscheidet. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Schutzstatus schaffen – einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland auch selbst aussuchen. Vorbild ist für uns das kanadische Einwanderungsrecht.

## **Abschiebungen konsequent durchsetzen**

Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehört auch eine funktionierende Rückführung. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden. Die fehlende Einwanderungssystematik und zu lange Asylverfahren führen zu Verwerfungen. Teilweise werden nach vielen Jahren bereits gut integrierte Flüchtlingsfamilien abgeschoben, Findige und Kriminelle bleiben dagegen im Land. Das ist humanitär nicht verantwortbar, gesellschaftspolitisch gefährlich und volkswirtschaftlich ein großer Fehler. Die Abschiebungshaft- und Ausreisegewahrsamseinrichtung muss in ihrer Kapazität den tatsächlichen Anforderungen genügen und die Zusammenarbeit mit der vollziehenden Bundespolizei reibungslos ablaufen.

## **Zentrale Erstaufnahme von Asylbewerbern**

Flüchtlinge, die dem Freistaat Sachsen zugewiesen werden, sollen zunächst in zentralen Landeseinrichtungen aufgenommen werden. Ausnahmen sind für Familien mit Kindern denkbar. Neben der Unterbringung der Flüchtlinge sollen in diesen Einrichtungen auch alle für die Bearbeitung des Asylantrages benötigten Behörden wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Zentrale Ausländerbehörde des Freistaates (ZAB), Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, der Bundespolizei und der Justiz angesiedelt sein. Asylsuchende sollen dabei den gesamten Asylantragsprozess durchlaufen. Erst wenn der Antrag positiv beschieden worden ist, werden die Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt. Integrationskurse und Beschäftigungsangebote sollen obligatorisch sein. Bei Ablehnung des Asylantrags sollen die Betroffenen direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung abgeschoben werden.

## **Für eine moderne Verwaltung in Sachsen**

Die Verwaltung dient dem Bürger und ist kein Selbstzweck des Staates. Wir wollen bestehende Verwaltungsstrukturen vereinfachen. Viele Bürger und die Wirtschaft sind von einer Vielzahl von Gesetzesvorschriften, Verordnungen und Richtlinien belastet. Wir wollen die stetig steigende Vorschriften- und Normenflut konsequent zurückfahren. Dies meint nicht nur quantitativ die Zahl an Vorschriften, sondern auch generell deren Umfang und den Aufwand, den sie verursachen.

Dabei sichert eine konsequente und gestraffte Rechtsaufsicht die Rechtmäßigkeit der Verwaltung und baut Bürokratie ab. Insbesondere die Kommunalaufsicht muss neu gegliedert werden: Die Rechtsaufsicht über die Gemeinden und kreisangehörige Städte soll künftig alleine von den Landkreisen ausgeübt werden. Die Landkreise und Kreisfreien Städte werden vom Staatsministerium des Inneren beaufsichtigt. Die Landesdirektion Sachsen soll keine Aufsichtsfunktionen mehr wahrnehmen.

Mit der Zusammenlegung der drei Landesdirektionen wurde der Grundstein gelegt, um die Landesdirektion Sachsen zu einer schlanken Verwaltungs- und Fachbehörde umzugestalten. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten. Es darf keine Doppelzuständigkeiten zwischen Fachbehörden und der Landesdirektion Sachsen mehr geben. Die Fachbehörden sollen alleine dem jeweiligen Fachministerium unterstehen. Die Fachaufgaben der Landesdirektion Sachsen wollen wir jeweils an einem Standort bündeln.

Wir wollen den Vollzug von Förderprogrammen durch die Sächsische Aufbaubank vereinfachen. Auch in der Vergabe von Fördermitteln muss der Staat dem Bürger vertrauen. Die notwendige Kontrolle wollen wir durch anlassunabhängige, risikoorientierte stichprobenhafte Kontrollen sicherstellen. Dabei wollen wir den Einsatz von künstlicher Intelligenz vorantreiben. Stichproben treten an die Stelle von umfangreichen Verwendungsnachweisen, die alle Antragsteller nach dem Vollzug der Maßnahme vorlegen müssen.

## **Sachsens Potenziale aktivieren - Für eine starke Heimat und gesunde Umwelt**

Sachsens Bürger haben einen starken positiven Bezug zu ihrer Heimat. Sie sind stolz auf herausragende Landschaften, Traditionen, einzigartige Bauwerke florierende Städte und starke Regionen. Unsere sächsische Heimat ist vielfältig. Diese Vielfalt gilt es zu nutzen und zu bewahren. Aufgabe der Politik ist es, weder Städte gegen die Dörfer noch Moderne gegen Tradition auszuspielen. Wir wollen das Land im Einklang mit den Bürgern und den Belangen von Natur und Umwelt klug weiterentwickeln. Wir wollen passgenaue Lösungen statt vermeintlicher Patentrezepte, damit unsere Heimat gestärkt wird.

### **Landesentwicklung für gleichwertige Chancen**

Die Leuchtturmpolitik hat sich für die Zeit des Landesaufbaus bewährt, ist aber für die Sicherung eines lebenswerten ländlichen Raums hinderlich. Daher wollen wir die Landespolitik auch neu denken. Das bisherige Prinzip der zentralen Orte hat seine Stärken, führt aber zu einer strukturellen Schwächung dünn besiedelter Räume und ist wenig flexibel. Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Vernetzung gerade im ländlichen Raum können nur unzureichend abgebildet werden. Dabei werden regionale Identitäten berücksichtigt und ausgeprägt. Ankerstädte erhalten für ihre Rolle in einem Gebiet differenzierte besondere Fürsorge durch den Freistaat. Wenn es in einer Region sinnvoll ist, auch außerhalb zentraler Orte gewisse Funktionen und Aufgaben zentraler Orte wahrzunehmen, muss dies möglich sein, wenn die Region davon insgesamt profitieren kann. Damit kann auch schnell auf sich wandelnde Trends reagiert werden. Ziel ist es, die Vernetzung der Kommunen zu fördern und damit eine dynamische, aber dennoch zielgerichtete Landesentwicklung zu ermöglichen.

Die von einzelnen Wirtschaftsinstituten geforderte Konzentration auf die großen Städte lehnen wir ab. Städte und ländlicher Raum dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir streben vielmehr die Schaffung von vernetzten Regionen rund um die Metropolen Dresden, Leipzig und Chemnitz an und unterstützen vielfältige Kooperationen in Zweckverbänden und beim Standortmarketing.

### **Innovation und Investitionen für lebenswerten ländlichen Raum**

Wir wollen einen lebenswerten ländlichen Raum. Deswegen brauchen wir bis 2025 5G und gigabitfähige Netze in jedem Dorf. Zusammen mit einem intelligenten ÖPNV wollen wir die Reisezeit in die Mittelzentren zeitlich verkürzen und die Taktung besser aufeinander abstimmen. Der Abbau der Grenzen zwischen den Verkehrsverbänden ist unser Ziel. Zur Sicherung der ärztlichen Versorgung, der Pflege und anderer Formen der Daseinsfürsorge muss der Freistaat Sachsen einen wirksamen Instrumentenkasten anbieten, aus dem sich die Kommunen vor Ort bedienen können. Durch Digitalisierung und Zusammenarbeit lassen sich schwierige Aufgaben auch im ländlichen Raum lösen. Wir wollen die Stärken des ländlichen Raums besonders hervorheben. Eine leistungsfähige Landwirtschaft, starkes Handwerk, Traditionen und ein aktives Vereinsleben müssen erhalten und unterstützt werden.

## **Ein attraktiver Freistaat braucht starke Kommunen**

Einen starken Freistaat gibt es nur mit starken Kommunen. Hier wird Politik konkret. Hier wird über gute Schulen, ausreichend Kita-Plätze, sanierte Straße, Sport- und Vereinsleben, die Feuerwehr, die Unterstützung von Menschen in allen Lebenslagen und vieles mehr entschieden. Doch die Kommunen liegen zu stark am Gängelband der Staatsregierung. Zu viele Standards und Gesetze engen die Entscheidungsspielräume der Kommunen ein. Sie werden ausgebremst von einer Bürokratie, der die Entwicklung vor Ort hemmt. Stadt- und Gemeinderäte können kaum noch eigene Akzente setzen. Finanziell lenkt der Freistaat die Kommunen mit den goldenen Zügeln der Förderpolitik. Das wollen wir ändern.

## **Mehr Freiheiten für Kommunen**

Wir wollen, dass unsere Kommunen ihre verfassungsrechtlich verbrieften Hoheitsrechte bezüglich Planungshoheit, Finanzhoheit, Rechtssetzungshoheit, Organisations- und Personalhoheit sowie die Gebietshoheit auch wieder in der Praxis leben können. Statt der engen gesetzlichen Vorgaben sollen Kommunen über Standards vermehrt selbst bestimmen können. So können Schwerpunkte besser als bisher gesetzt werden und die kommunale Selbstverwaltung wird gestärkt. Kommunalpolitiker vor Ort bekommen wieder mehr Entscheidungsmöglichkeiten. Vor dem Hintergrund von stärkeren Kommunen stellt sich die Frage der Zukunft der Landkreise. Für uns steht fest, dass diese in einem ersten Schritt zum Dienstleister der kreisangehörigen Gemeinden werden müssen.

## **Zusammenarbeit vor Ort stärken statt Zwang zur Fusion**

Eine starke Kommune muss nicht groß sein. Wir sprechen uns gegen eine generelle Pflicht zur Gemeindefusionierung aus. Ebenso wollen wir die Festlegung im Leitbild des Freistaates streichen, dass bis 2020 mindestens 5.000 Einwohner pro Kommune vorhanden sein sollen. Stattdessen wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, die kommunale Zusammenarbeit zu verbessern. Gerade im Bereich der technischen Ausstattung (z.B. gemeinsame Nutzung von Bauhöfen, digitalen Diensten oder auch der Feuerwehrentechnik) sehen wir großes Potenzial. In jedem Fall darf eine Zentralisierung von Strukturen nicht zu einer untragbaren Entfernung der kommunalen Dienstleistungen vom Bürger führen. Auch eine Gemeindefusionierung darf nicht zum Verlust gewachsener kommunaler Identität führen. Dies können in diesem Fall starke Ortschaftsräte gewährleisten. Welche Aufgabe Ortschaften übertragen bekommen, sollen die Kommunen weitestgehend selbst bestimmen können.

## **Finanzielle Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung**

Eine starke Kommune braucht solide Finanzen und keine Geldgeschenke des Landes. Wir wollen daher das Finanzvolumen, über das die Gemeinden selbstständig entscheiden können, erhöhen. Alle Pflichtaufgaben sollen zukünftig auch ohne einzelne Fördermittel bewältigt werden können. Es kann nicht sein, dass Kommunen flächendeckend zum Bittsteller werden müssen. Statt bürokratischer Förderprogramme sollen Mittel pauschal ausgereicht werden. Lediglich für besondere Bereiche, die nicht alle Gemeinde ähnlich treffen und äußerst kostenintensiv sind, soll es noch einzelne Förderprogramme geben. Zudem wollen wir die Finanzkraft der Kommunen insgesamt stärken. Neben der Verteilung der freiwerdenden Fördermittel auf die Kommunen zu besserer Ausstattung der Kommunen und damit zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung sprechen wir uns auch für eine Umverteilung der Mittel aus der Umsatzsteuer aus. Wir wollen den Anteil der

Kommunen am bisherigen Aufkommen der Umsatzsteuer von 2,2 Prozent auf 4,4 Prozent zu Lasten von Bund und Land verdoppeln.

## **Wohnungs- und Städtebau bedarfsgerecht gestalten**

Wir verzeichnen in Sachsen ein teilweise rasantes Wachstum großer Städte bei gleichzeitig quantitativem Schrumpfen manch ländlicher und kleinstädtischer geprägter Räume. Während Wohnraum in den urbanen Zentren teurer wird, sind ländliche Regionen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs vor Probleme mit erheblichem Leerstand bei niedrigen Mieten gestellt. Die Entwicklung der Infrastruktur sichert eine aktive Pendlerbeziehung zwischen Stadt und Land.

## **Flexible und anpassungsfähige Strukturen für den ländlichen Raum schaffen**

Wir legen Wert darauf, für die Region oder den Ort wichtige Bausubstanz zu erhalten und das Gesicht der Orte auch zukünftig zu wahren. Besonders für Familien müssen Anreize geschaffen werden, alte Bausubstanzen zu übernehmen. Zur Erhaltung der bisherigen Siedlungsstruktur und Vermeidung zusätzlichen Flächenverbrauchs ist eine Wiedernutzung und teilweise Wiederbebauung bestehender Grundstücke einer Neubebauung am Rande der Ortschaften vorzuziehen. Bei starker Schrumpfung werden Wohnimmobilien frei, die nicht mehr in dem bisher angebotenen Umfang benötigt werden. Dafür ist – wo notwendig und sinnvoll – die Weiterführung von Rückbauaktivitäten anzustreben. Für die Errichtung von Wohnraum müssen Planungsvorschriften, Genehmigungen und bautechnische Standards vereinfacht werden.

## **Mehr Marktwirtschaft im Wohnungsbau**

Kaum ein Lebensbereich wurde in den letzten Jahren so stark reguliert wie der Wohnungsbau. Kein Wunder, dass nichts mehr passiert, wenn Dinge vom Staat unnötig verkompliziert und verteuert werden. Die Folgen sind Kostensteigerungen. Wir werden diese Bremsen lösen und damit für mehr Wohnraum sorgen. Mit der Einführung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WKR) 2016 sind gerade für ältere Menschen hohe Hürden für den Erwerb von Wohneigentum eingetreten. Das muss auch mit Blick auf die Altersvorsorge geändert werden. Im Juli 2018 tritt eine erste Anpassung ein. Sachsen muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (WKR) an kritischen Stellen zu entschärfen, um den Eigentumserwerb zu erleichtern.

## **Eigentumserwerb gezielt fördern**

Förderinstrumente und Steuervergünstigungen für Erwerber von Wohneigentum in den letzten Jahrzehnten abzubauen, waren Fehler, die eine geringe Eigentümerquote und steigende Mieten zur Folge hatten. Es ist für die ganze Gesellschaft von Vorteil, wenn ein wachsender Anteil der Bevölkerung über Wohneigentum zur Selbstnutzung, Einkommens- und Alterssicherung verfügt. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum muss von einer intelligenten Strukturpolitik begleitet werden, um Ballungsräume zu entlasten. Den Neubau von Wohnungen attraktiver zu machen, kann zum Beispiel über eine Erhöhung der jährlichen Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei Prozent erfolgen. Wir werden eben solche Anreize zum Bauen setzen: Denn Investitionen können schneller steuerlich geltend gemacht werden.

## **Bürokratie abbauen – Genehmigungspraxis vereinfachen**

Die Anwendung von Regelungen zur Preisregulierung von Mieten, sogenannte Mietpreisbremsen, lehnen wir ab. Diese haben sich in der Vergangenheit als unwirksam erwiesen und erschweren allenfalls die Bau- und Investitionstätigkeit auf dem Wohnungsmarkt. Wir setzen uns dagegen für Mittel ein, die Wohnungsbau und -erwerb erleichtern, zum Beispiel durch die Schaffung eines Grunderwerbsteuerfreibetrages für den Erwerb von selbst genutzten Immobilien für Familien. Baugebiete sollen schneller als bisher ausgewiesen werden können. Die bis Ende 2019 geltenden Vorschriften zum vereinfachten Verfahren sollen unbefristet weiter gelten. Dafür soll es eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Baugesetzbuches geben. Wir setzen uns dafür ein, öffentliche Bauten einfacher, kostengünstiger und schneller zu errichten oder zu sanieren. Auch hier stellen oft überzogene Vorschriften, insbesondere technische Normen und Regelungen des Brandschutzes, gerade kleine Kommunen und Bauherren vor erhebliche Probleme. Die Ausweisung des zweiten Rettungswegs soll im privaten Bereich grundsätzlich dann ausreichend sein, wenn die Rettung über Feuerwehrleitern erfolgen kann. Wir wollen die Möglichkeiten verbessern, fallbezogene Entscheidungen zur Erreichung bestimmter Zielwerte zu treffen.

## **Unsere Innenstädte als besondere Wirtschaftsräume**

Zur Stärkung vieler attraktiver sächsischer Innenstädte setzen wir uns für die Fortsetzung der Innenstadtinitiative „Ab in die Mitte!“ zur Unterstützung mittelständischer Handelsunternehmen im Zusammenspiel mit dem „Gesetz zur Belebung innerstädtischer Einzelhandels- und Dienstleistungszentren“ (BID-Gesetz) ein.

## **Für einen intelligenten Schutz von Natur, Umwelt und Klima**

Viele Sachsen schätzen ihre Natur – mit großartigen Landschaften, Waldgebieten, Tälern, Flüssen und Seen sowie einer abwechslungsreichen Kulturlandschaft. Die Natur zu bewahren und die Umwelt zu schützen, muss daher im Interesse aller Sachsen sein. Wir stehen dabei nicht für Verbote und ideologische Symbolpolitik, sondern für konkrete Maßnahmen zum Schutz unserer Natur. Die Belange des Umweltschutzes und die Belange der Bürger sind stets abzuwägen. Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes gegen die Bürger führen nicht zu mehr, sondern zu weniger Schutz. Herausforderungen des Klimaschutzes wollen wir uns im europäischen Kontext stellen. Der Schutz des Klimas ist zu wichtig, um ihn bürokratisch, ideologisch und planwirtschaftlich anzugehen. Trotzdem dominieren diese Strategien mit verheerenden Folgen: Die Kosten laufen aus dem Ruder, ohne dass es zu angemessenen Erfolgen kommt. Ändern wir die Strategie in Richtung Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der ökologischen Rahmenbedingungen.

## **Forschung statt Hysterie zum Schutz von Insekten**

Insekten sind ein wichtiger Bestandteil eines stabilen Ökosystems und Grundlage für eine lebenswerte Umgebung und beispielsweise die Pflanzenbestäubung. Um sachgerechte Lösungen zu ermöglichen, treten wir für eine gezielte und wissenschaftlich fundierte Forschung zum tatsächlichen Ausmaß und möglichen Ursachen des Insektenrückgangs ein. Wir setzen uns für die sukzessive Umrüstung von Straßen- und Gebäudebeleuchtungen des Freistaates auf insektenfreundliche und weniger lichtverschmutzende Nachtbeleuchtungsvorrichtungen (LEDs) ein. Die Schaffung von Blühstreifen an Straßen unterstützen wir.



## **Artenvielfalt fördern - Zwei Prozent Wildnis für Sachsen**

Artenschutz gelingt am besten in den von Menschenhand unberührten Regionen. Wir wollen Sachsen bundesweit zum Vorreiter auf diesem Gebiet machen und streben an in Absprache mit den Kommunen, zwei Prozent der Landesfläche des Freistaates als natürliche Wildnis zu deklarieren und damit das 2-Prozent Wildnis-Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie als erstes Bundesland zu erfüllen. Im Gegenzug wollen wir Artenschutzregelungen im Rahmen der Beschleunigung von Bauvorhaben einer kritischen Prüfung unterziehen.

## **Klimapolitik mit Weitsicht**

Wir fordern, dass Energiepolitik nicht zur Verbotspolitik werden darf. Heute werden den Menschen die Ziele der Energiepolitik mit immer neuen Vorschriften, Subventionen und Zwangsabgaben aufgezwungen. Wir wollen marktwirtschaftliche Anreize und keine Verzichts- und Verbotsideologie mit staatlicher Gängelung. Sächsische Alleingänge beim Klimaschutz lehnen wir ab. Mit einer planwirtschaftlichen Bevormundung nehmen wir uns die notwendige Offenheit für den technischen Fortschritt. Zudem sind gemeinsame europäische Klimaziele und ein System des Europäischen Emissionszertifikatehandels (ETS) festgelegt. Das heißt, jede in Deutschland zusätzlich eingesparte Tonne CO<sub>2</sub> kann teilweise in anderen europäischen Ländern zusätzlich ausgestoßen werden.

## **Naturschutz Gemeinsam gestalten**

Für die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ist der Umwelt-, Natur- und Tierschutz ein wesentlicher Bestandteil der Bildung – einschließlich der frühkindlichen Bildung. Die Grundschulgartenpflege zur kindlichen Sensibilisierung für Natur und Nachhaltigkeit unterstützen wir dabei besonders. Dabei soll ein gewisser Anteil an insekten-, insbesondere bienenfreundlicher, Blühpflanzen sowie Wildwiesen innerhalb der Schulgärten sichergestellt und in Form von Lehrbiotopen nutzbringend in den Unterricht eingebaut werden. Naturschutz wird oft durch ausufernden Regelungswahn, kleinteilige Verordnungen den Bürgerinnen und Bürgern aufgezwungen oder gar übergeordnet. Um ein nachhaltiges Miteinander zwischen Natur und Mensch zu gewährleisten, muss es Ziel sein, die Bedürfnisse der Menschen in Einklang mit der Natur zu bringen und ihnen auch Naturerlebnisse zu ermöglichen. Wir setzen uns zum Ziel, nicht nur nachsorgend unsere natürliche Umwelt zu schützen, sondern präventiv und in dialogorientierter Zusammenarbeit mit der Bevölkerung unsere einzigartige Natur und Kulturlandschaft zu erhalten. Wir setzen im Verhältnis von Wirtschaft und Naturschutz auf Kooperation statt Konfrontation und stärken deshalb den Ökopunktehandel als marktwirtschaftliches Element.

## **Hochwasserschutz konsequent vorantreiben**

Die Verbesserung des Hochwasserschutzes stockt. Die derzeitigen Planungsverfahren dauern oft rund 80 Monate. Das werden wir ändern. Belange des Hochwasserschutzes müssen den Interessen Einzelner, aber auch Interessen des Umweltschutzes, vorgehen, soweit kein Kompromiss möglich ist. Die für Gewässer zweiter Ordnung verantwortlichen Kommunen müssen bei der Planung und Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen besser unterstützt und entlastet werden. Hier ist zu prüfen, ob die Verantwortung für den Hochwasserschutz von Gewässern zweiter Ordnung nicht generell an die Landkreise abzugeben ist, da hier auch die maßgeblichen Behörden wie die Untere Naturschutz- und die Untere Wasserbehörde angesiedelt sind. Zudem müssen Förderverfahren und die

Anforderungen der Fachbehörde Hand in Hand gehen, statt sich zu widersprechen. Die Förderprogramme zum Hochwasserschutz sind besser mit der Förderung zum ökologischen Gewässerausbau zu verzahnen und auch einzelne Brückenbaumaßnahmen zur besseren Durchlässigkeit zu fördern. Innovative und ökologische Hochwasserschutzmaßnahmen wie Aufforstung oder die zur Verfügungsstellung von Landwirtschaftsflächen sind ebenso in den Förderkatalog aufzunehmen.

### **Arbeit der Tierheime wertschätzen**

Der Freistaat muss seiner Verantwortung auch zukünftig nachkommen und die Tierheime bedarfsgerecht fördern. Zudem dürfen Tierheime insbesondere nicht bei den Kosten für exotische Tiere allein gelassen werden. Zudem soll der Freistaat von der Möglichkeit Gebrauch machen, dass Kommunen künftig leichter Katzenbesitzer zur Kastration von Katzen verpflichten können. So wird freilebenden Katzen Leid erspart und die Tierheime werden entlastet.

### **Luftreinhaltung mit intelligenten Technologien**

Wir setzen bei der Luftreinhaltung nicht auf Verbote, sondern auf moderne Technologien. Sie haben bereits zu einer deutlichen Verbesserung der Luftreinheit beigetragen. Insbesondere im Straßenverkehr stehen erhebliche Herausforderungen an. Moderne Antriebstechnologien sind in der Lage, die bestehenden Grenzwerte deutlich zu unterschreiten. Pauschale Fahrverbote halten wir für den falschen Weg. Weiterhin setzen wir uns für eine sachliche und faktenbasierte Diskussion ein. Die Standorte von Messstationen von NOx und Feinstaub sind kritisch zu überprüfen.

### **Artenvielfalt fördern und regionale Verantwortung stärken**

Der Freistaat und unsere Kommunen tragen große Verantwortung für den regionalen Artenschutz. Kommunale und sächsische Initiativen zur Ausweitung von Dachbegrünung und Urban-Gardening und Kleingartenflächenstrukturen begrüßen wir daher ausdrücklich. Im Kontext des ländlichen Raumes befürworten wir lokale Selbstverpflichtungen zur flächenanteiligen Vorhaltung von Wildwiesen. Insbesondere in der Landwirtschaft setzen wir in erster Linie auf Aufklärung und Eigeninitiative. Unterstützenswerte Maßnahmen sind unter breitem Einbezug der Öffentlichkeit, etwa von Bürgerinitiativen, Unternehmen und Vereinen in jedem Einzelfall abzuwägen. Die Wiederherstellung von Feldrainen als artenreiche Biotopie begrüßen und empfehlen wir.

### **Gefährliche Pflanzen beseitigen**

Wir unterstützen die Förderung zur Beseitigung von gefährlichen Pflanzen wie beispielsweise Bärenklau, Ambrosia und Jakobskreuzkraut. Die Erfolge in der Schweiz können dafür als gutes Beispiel dienen.

### **Sanierung im Tagebau und Bergbau fortsetzen**

Rohstoffgewinnung und Energieproduktion prägten und prägen Sachsen. Als Generationenprojekt wollen wir die Sanierungsmaßnahmen im Bereich der ehemaligen Uran- und Braunkohleförderung fortführen und die Lebensqualität in den betroffenen Regionen weiter erhöhen. Wir werden die Beseitigung von DDR-Altlasten im Rahmen des Wismut-Folgeabkommens und Braunkohle-Folgeabkommens vorantreiben, um die nachhaltige Wiedernutzbarmachung von Bergbaufolgelandschaften zu ermöglichen.

## **Traditionen und Vielfalt als Chance begreifen – Für ein lebenswertes Sachsen**

Die Landtagswahl wird ganz wesentlicher darüber entscheiden, wohin sich Sachsen entwickelt. Für uns Freie Demokraten ist klar: Wir sehen das Sachsen der Zukunft als erfolgreiches und tolerantes Land, als Land des kritischen Diskurses und des gegenseitigen Respekts.

### **Für eine neue politische Kultur in Sachsen**

Der Mut und das Eintreten der sächsischen Bürgerinnen und Bürger für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ebneten 1989 ganz wesentlich den Weg zur deutschen Einheit und zur Überwindung der Spaltung Europas. Mit der Wiedergründung des Freistaates konnte Sachsen an seine frühere Tradition anknüpfen und später zum ostdeutschen Vorbild als erfolgreiches Bundesland werden. Doch die Zeiten in Sachsen haben sich geändert. Ungeachtet einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung erlebt unsere Gesellschaft eine zunehmend aggressive Grundstimmung, einen Verlust an Debattenkultur mit einer Verrohung der Sprache und Gewalttaten vor allem von rechten aber auch linken politischen Extremisten.

### **Neue Debattenkultur statt Aggressivität**

Sachsen galt viele Jahre als ostdeutsches Musterland. Eine allgemein akzeptierte und im allgemeinen Bewusstsein verankerte Debattenkultur hat sich in dieser Zeit kaum entwickelt. Teile der Bevölkerung fühlen sich mit ihren Anliegen von Regierung und politischen Akteuren nicht mehr ernst genommen. Eine Demokratie braucht Bürger, die über den richtigen Weg diskutieren und zu streiten wissen. Wir brauchen den Mut, alle gesellschaftlichen Fragen offen ohne Denkverbote zu diskutieren, solange sie auf den Füßen des Grundgesetzes stehen. Wir stehen dafür, gesellschaftliche Debatten offen zu führen – beispielsweise in Schulen, Parlamenten und Bürgerversammlungen. Wir wollen die Bürger stärker ermutigen, sich einzumischen und zu engagieren. Wir wollen weder die Straße noch die politische Landschaft den extremen Rändern überlassen. Als Demokraten müssen wir zwar manche Zumutung aushalten können, setzen uns jedoch dafür ein, der Stimme der Vernunft und der Mitte wieder mehr Gehör zu verschaffen.

### **Respekt und klare Regeln**

Das politische Klima in Sachsen wird von einer Vielzahl Faktoren und Themen geprägt. Die faire, offene Diskussion trägt zur Versachlichung bei und verringert die Wirkung plumper Pauschalisierungen wie in der Flüchtlings- und Integrationspolitik. Gleichzeitig müssen wir klare Regeln haben und diese konsequent durchsetzen. Gegenüber jedem Einzelnen gilt es Respekt zu zeigen, für seine individuelle Leistung, insbesondere für die Lebensleistung der Älteren im Land. Wir vertrauen den Bürgern. Deshalb schützen wir ihre individuellen Rechte und setzen auf Eigenverantwortung und Eigeninitiative statt auf Kontrolle und Bevormundung. Wir wollen die Bürger besser an den Entscheidungen beteiligen, die ihr Umfeld betreffen und den Kommunen dazu größere Gestaltungsräume eröffnen. Wir werden Zentralisierungstendenzen kritisch betrachten und treten für mehr frei verfügbare Mittel und mehr Bürgerbeteiligung in den Gemeinden und Städten ein.

## **Bessere politische Bildung**

Wir brauchen eine bessere politische und gesellschaftliche Bildung. Dazu sollen in einem ersten Schritt die Mittel des Landeszentrale für politische Bildung verdoppelt werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung sollte ihre Programme in den neuen Bundesländern deutlich ausweiten. Auch die Volkshochschulen sollten stärker zum Ort und Partner für gesellschaftliche Debatten werden. Wir wollen allgemeinbildende und berufliche Schulen darin bestärken, neben dem staatspolitischen Grundwissen wieder mehr gesellschaftliche Debatten und kontroverse Diskussionen zu führen. Dazu gehört, dass die Bundeswehr und andere wichtige Akteure unseres Staates in den Schulen willkommen sind. Wir brauchen mehr Praxisnähe durch Exkursionen und Treffen mit Politikern und Organisationen. Staatsbürger müssen wissen, wie ihr Gemeinwesen funktioniert und wie Konflikte darin ausgetragen werden. Die Lehrpläne und Ausbildungsinhalte müssen sich daran orientieren.

## **Mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen**

Politische Kultur auf Augenhöhe erfordert auch, Bürger besser und früher über Entscheidungsprozesse zu informieren und sie darin möglichst einzubinden und zu beteiligen. Wir wollen daher die organisierte Bürgerbeteiligung fördern und ausbauen. Wir wollen sogenannte „Demokratiesonntage“ einführen, die längere Zeit im Voraus bestimmt werden und an denen etwaige Abstimmungen, wenn möglich, gebündelt werden sollen. Wir sprechen uns für mehr direkte Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen aus, zum Beispiel durch Bürgerumfragen und Bürgerbefragungen. Wir wollen Kandidaturen von Bürgern, Parteien und Wählervereinigungen zur Kommunalwahl erleichtern. Dazu ist das bisherige Erfordernis zur Leistung von Unterstützungsunterschriften direkt in der Stadt- oder Gemeindeverwaltung zu streichen. Stattdessen streben wir an, dass zukünftig Unterschriften zur Unterstützung von Kandidaturen gesammelt und bei der Wahlbehörde zur Prüfung eingereicht werden können.

## **Bürgerbeteiligung durch Verfassungsanpassung stärken**

Auch das Verfassungsrecht muss bisweilen an veränderte Bedingungen angepasst werden, ohne dabei inflationär geändert zu werden. Wir trauen auch jungen Mitbürgern verantwortliche Entscheidungen zu und wollen daher das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken. Bei der Anwendung von Verhältniszahlverfahren, zum Beispiel bei der Sitzermittlung in Parlamenten, wollen wir veraltete Zählverfahren ersetzen. Für Sachsen soll daher in Zukunft das St.-Lague-Schepers-Verfahren grundsätzlich zur Anwendung kommen.

## **Volksabstimmungen erleichtern**

Wir treten für eine deutliche Absenkung des Quorums für die Beantragung von Volksabstimmungen in Sachsen ein. Für die Beantragung von Bürgerbegehren in den Kommunen soll die Unterstützung von nur 5% der Stimmberechtigten erforderlich sein. Für einen Volksantrag auf Landesebene soll die Unterstützung nur noch von 1%, höchstens aber 30.000, der Stimmberechtigten erforderlich sein. Ein Volksentscheid soll dann auf Wunsch von 200.000 statt 450.000 (höchstens aber 15%) der Stimmberechtigten durchgeführt werden.

## **Beteiligung an Kommunalhaushalten**

Wir wollen transparente Kommunalhaushalte, deren Entwürfe schon vor den ersten Beratungen im Internet einsehbar sind und zu denen Änderungsvorschläge jederzeit bis zur Verabschiedung von Bürgern eingereicht und vom Kommunalparlament beschieden werden sollen.

## **Stärkung des Petitionsrechts**

Das Petitionsrecht wird von vielen Bürgern in Anspruch genommen und muss an geänderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Dazu gehört die Möglichkeit, Massenpetitionen online einzureichen zu können. Zudem soll sich der Landtag mit Massenpetitionen öffentlich in einer Beratung auseinandersetzen müssen, ohne sie in einer Sammeldrucksache ohne Aussprache bescheiden zu können.

## **Gesetzliches Wahlalter auf 16 Jahre senken**

Wir setzen uns für die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts im Land und auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre ein.

## **Sport und Ehrenamt stärken**

Der Sport hat Einfluss auf fast alle Politikbereiche – von Innenpolitik über Wirtschaftspolitik bis hin zur Gesundheitspolitik. Sport verbindet Menschen, unterstützt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein Motor von Integration und Inklusion. Unsere Sportvereine sind eine Bastion der Gleichheit und Chancengerechtigkeit. Sie bringen wie kein anderer gesellschaftlicher Bereich Menschen verschiedener sozialer Herkunft, mit verschiedenen Sprachen oder mit verschiedenen Beeinträchtigungen zusammen. Doch der Wirkungsbereich des Sports setzt schon früh an: Bereits in der frühkindlichen Bildung ist der frühzeitliche spielerische Kontakt zu sportlichen Aktivitäten in der Gruppe bei der motorischen und persönlichen Entwicklung der Kinder förderlich und auch notwendig. Und dennoch ist Sport eine Generationenfrage. Er betrifft Menschen in Sachsen von jung bis alt. Besonders der Seniorensport wird in den kommenden Jahren im Hinblick auf eine alternde Bevölkerung weiter an Bedeutung gewinnen.

## **Gute Sportpolitik braucht optimale Strukturen**

Trotz guter Ausgangslage durch den beschlossenen Doppelhaushalt 2019/2020 geht der Sport als Teil des Innenministeriums unter. Wir sehen den Sport im Bereich des Kultusministeriums besser aufgehoben und wollen seine Position durch einen eigenen Staatssekretär stärken.

## **Sport lebt vom Ehrenamt**

Das Ehrenamt ist die wichtigste Säule für eine funktionierende Sportwelt. Es ist zudem gelebte Eigenverantwortung. Daher muss es unser Ziel sein, ehrenamtliche Arbeit stärker zu honorieren. Dazu gehören steuerfreie Pauschalen sowie weniger Bürokratie für die Vereine.

## **Jugendliche im Ehrenamt**

Wir werden stärkeren Augenmerk auf den Einsatz von Jugendlichen im Ehrenamt richten, um die Zukunft der sächsischen Vereine zu sichern. Eine zentrale Frage muss dabei sein, wie man mehr Jugendleiter gewinnen kann und mehr junge Leute in Vereins- und

Verbandspositionen bringt. Bestehende Fördermechanismen, wie beispielsweise „Wir für Sachsen“, müssen überprüft und sollten bei Bedarf weiter ausgebaut werden. Allgemein ist eine stärkere Unterstützung der Aus- und Weiterbildungsangebote für Trainer notwendig.

### **Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes**

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundesfreiwilligendienst im Bereich Sport in Sachsen stärker beworben und gefördert wird, um beispielsweise auch darüber mehr Ganztagsangebote an Schulen zu schaffen und Sportvereine zu entlasten.

### **Breitensport heißt Vielfalt**

Breitensportförderung ist Länderverantwortung. Mit 665.000 aktiven Sportlerinnen und Sportlern in Sachsens Vereinen ist der Breitensport Sachsens größte Massenbewegung. Er verdient in allen Bereichen aufgrund der zahlreichen Vorteile für das gesellschaftliche Zusammenleben unseren größten Respekt. Einen besonderen Stellenwert nimmt gerade auch der Freizeit- und Natursport ein. Hierfür bedarf es eines umfangreichen Angebots zum Beispiel in Form von Loipen und Wanderwegen, Mountainbike-Strecken, Radwegen oder Fitnesspfaden.

### **Sportstättenbau**

Zur Sicherung des Breitensports hat für uns der Sportstättenbau größte Priorität. Er ist für den Breitensport unverzichtbar, sollte aber, wo sinnvoll, auch an olympische beziehungsweise internationale oder nationale sport- und wettkampfspezifische Normen angepasst sein. Das bisherige Sportstättenförderprogramm sollten fortgesetzt und ausgebaut werden. Auch Wartungskosten, das heißt insbesondere die Kosten von Platzarbeiten, sollten dabei stärker berücksichtigt und ein unbürokratischeres Verfahren gewährleistet werden. Der Freistaat soll dabei verstärkt Kommunen beim Abbau von Sanierungsrückständen bei Sportstätten kontrollieren. Bei der Richtlinie für die Sportförderung im Freistaat Sachsen wollen wir die hälftige Förderung verstetigen.

### **Schulsport nicht weiter vernachlässigen**

Für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sind regelmäßige sportliche Aktivitäten wichtig. Es darf daher keine Kürzung der Schulsportstunden geben. Bereits gefällte Beschlüsse sind entsprechend rückgängig zu machen. Jede Klasse sollte auch in Zukunft mindestens zwei Sporteinheiten pro Woche haben. Der Schulsport muss zudem die Leistungsbereiten ebenso ansprechen wie Bewegungsbenachteiligte und Sportdistanzierte. An Berufsschulen kann der Schulsport optional ausgestaltet werden, sofern ausreichend Sportangebote zur Verfügung stehen.

### **Ausbau von Ganztagsangeboten**

Besonders wichtig ist zudem der Ausbau der GTA-Angebote auch im Bereich Sport. Der Besuch eines Sportangebots im Rahmen der Ganztagsangebote ist oft mit weniger Hürden verbunden als die Anmeldung in einem Verein.

### **Die Sportvereine als Netzwerkpartner der Schulen**

Die lokalen und regionalen Sportvereine sind unverzichtbare Netzwerkpartner der Kitas und Schulen. Mit engagierten und qualifizierten Übungsleitern und Trainern garantieren die Sportvereine auch außerschulisch sportpädagogisch qualifiziertes Personal. Unser Ziel ist: Jeder Schüler sollte eine Sportart betreiben. Bestehende Projekte, wie „bewegte Schule“ halten wir für sinnvoll und sollten ausgebaut werden. Mit Bezug auf die begehrten

Hallenzeiten sollte gerade in der Ferienzeit der Zugang für Vereine zu Schulsporthallen erleichtert werden.

## **Jeder sächsische Schüler muss schwimmen können**

Das Thema Schwimmunterricht hat nicht nur in Bezug auf steigende Unfallzahlen bei Badeausflügen besondere Bedeutung. Insbesondere auch Flüchtlingskinder haben oft Schwimmdefizite. Für uns ist klar: Jeder sächsische Schüler muss schwimmen können. Die individuelle Schwimmfähigkeit kann unter Umständen über Leben oder Tod entscheiden. Für die bestehenden Probleme, das heißt insbesondere Hallen- und Schwimmzeiten zu bekommen, die oft schwere logistische Organisation des Unterrichts im ländlichen Raum sowie die wenigen Schwimmlehrer müssen Lösungen gefunden werden. Dies betrifft zum Beispiel besondere Ausbildungsangebote für Schwimmlehrer oder mehrtägige Intensiv-Schwimmkurse. Weiterhin darf sich die Zahl der Schließungen von Schwimmbädern nicht fortsetzen. Als Zielvorgabe ist das Seepferdchen nicht ausreichend. Stattdessen sollte jeder sächsische Schüler das bronzene Schwimmbzeichen erreichen.

## **Sport als Schlüssel für Integration und Inklusion**

Sport wirkt sozial integrierend, sowohl für Menschen mit verschiedener Herkunft und Sprache als auch für Menschen aus unterschiedlichen sozialen Ausgangslagen. Ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, beispielsweise als Übungsleiter oder Betreuer, wirkt entscheidend positiv bei der Integration junger Zuwanderer in unsere Gesellschaft.

## **Weiterentwicklung des Bildungs- und Teilhabepaketes**

Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Vereine sind für eine optimale Wirkungsweise mit zehn Euro pro Monat zu gering. Wir wollen diese Summe verdoppeln. Derzeit nehmen Vereine teilweise keine Kinder auf, da die Regelbeiträge wesentlich höher sind und Kinder aus dieser Zielgruppe oftmals einen höheren Betreuungsaufwand bedeuten. Weiterhin wollen wir den damit verbundenen bürokratischen Aufwand minimieren und das Bezugsalter bis zum Ende der schulischen Ausbildung erweitern.

## **Barrierefreiheit im Sport**

Engagement im Sportverein darf nicht an der finanziellen oder sozialen Situation scheitern. Inklusion gelingt, wenn Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenkommen. Dafür sind Förderhilfen notwendig, um Training und Wettkämpfe in verschiedenen Sportarten inklusiv zu gestalten. Sportstätten sind im Zuge des Sportstättenbaus selbstverständlich inklusiv auszustatten.

## **Ein Spitzensport, der seinen Namen verdient**

Mit Bezug auf den Leistungssport sind auch in Zukunft die Leistungszentren zu erhalten und zu stärken. Mit der Zusammenlegung der Stützpunkte zu einem Olympiastützpunkt Sachsen bleiben alle Standorte bestehen. Unser Anliegen ist es, in diesem Zuge die Strukturen weiter auszubauen. Bestehende Strukturen der Talentförderung sollten beibehalten und, wenn sinnvoll, erweitert werden. Für den Freistaat haben die Sportwissenschaften und insbesondere Trainingswissenschaft in Leipzig besonderen Wert und sollten auch entsprechend gewürdigt werden. Sowohl für den Breitensport, als auch damit einhergehend für den Leistungssport, ist die Unterstützung und Ausstattung für den Landessportbund sowie für die Kreissportbünde weiterhin zu sichern.

## **Leistungsfähige Sportschulen**

Die Finanzierung der Sportschulen, das heißt insbesondere auch in Bezug auf die Internatsunterbringung, muss gewährleistet und klar geregelt sein. Wir sehen dafür die Verantwortung beim Freistaat Sachsen.

## **Vereinbarkeit von Spitzensport und Beruf**

Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Sport und Beruf ein. Beispiele hierfür sind Teilzeitstudien an sächsischen Universitäten oder attraktive Ausbildungen zum Beispiel bei der Landespolizei.

## **Sachsen als Bühne des Weltsports**

Unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Werte stehen wir grundsätzlich der Ausrichtung internationaler Wettbewerbe in Sachsen sehr positiv gegenüber. Unsere einheimischen Sportler und hier stattfindende nationale und internationale Wettbewerbe sind die bestmöglichen Aushängeschilder für unsere Region.

## **Spitzensport ist kein Sicherheitsrisiko**

Ziel des Sports ist ein maximal positives Erlebnis für alle. Gewalt hat nichts bei Sportveranstaltungen beziehungsweise Sportgroßveranstaltungen zu suchen. Bei der Gewährleistung von Sicherheit ist eine enge Zusammenarbeit von Vereinen, Verbänden, Ordnungsdiensten sowie Fan- und Sicherheitsbeauftragten mit der Polizei notwendig, um durch gemeinsame Konzepte zur Eindämmung von Gewalt beizutragen. Der Grundsatz ist stets: In diesem Sinne ist die Arbeit der Fanprojekte dauerhaft finanziell abzusichern. Die Beteiligung der Sportvereine an den Kosten der Polizeieinsätze lehnen wir grundsätzlich ab. Der Profisport mit seinem Umfeld sorgt bereits für ein um ein Vielfaches die Kosten der Einsätze übersteigendes Maß an Steuerzahlungen. Kleine Vereine wären mit der Umlage überfordert und müssten den Spielbetrieb einstellen. Auch bei Sportgroßveranstaltungen müssen stets die Bürgerrechte gewahrt bleiben. So sehen wir die Aufnahme von Daten in eine Gewalttäterdatei Sport kritisch. Bei Pyrotechnik befürworten wir den sogenannten „Chemnitzer Weg“, das heißt wir akzeptieren die Verwendung von Pyrotechnik, wenn alle Beteiligten, das heißt insbesondere Verein, Stadionbetreiber, Fans und Polizei, diesem in bestimmten abgesperrten Zonen zustimmen.

## **Das Ehrenamt wertschätzen**

Wir wollen auch über den Sport hinaus das Ehrenamt stärker unterstützen und ihm Rückendeckung geben. So kann der Freistaat zum Beispiel im Rahmen der Versicherung unterstützend eingreifen und damit den vielen ehrenamtlich Tätigen die notwendige Sicherheit geben. Gerade Feuerwehren und Vereine fördern das soziale Leben und die Verbindung zum Wohnort. Aufgabe der Kommunen ist es dabei in erster Linie, die nötige Infrastruktur zur Vereinsarbeit bereitzustellen, jedoch nicht aktiv in die Vereinsarbeit einzugreifen.

## **Für eine breite Vielfalt bei Kultur und Medien**

Kunst und Kultur sind wesentliche Grundlagen des Miteinanders in der Gesellschaft. Sie fördern die Identitätsbildung, stärken den Einzelnen und unser Gemeinwesen. Deshalb befürworten wir eine freie und vielfältige Kulturlandschaft in privater und öffentlicher Trägerschaft – in Stadt und Land. In der Medienpolitik setzen wir auf ein Miteinander von



privaten und öffentlichen Angeboten sowie den Erhalt von vielfältigen regionalen Angeboten. Als Freistaat Sachsen tragen wir zudem eine besondere Verantwortung, die sorbische Kultur zu erhalten und zu pflegen.

## **Kulturraumgesetz für neue Angebote öffnen**

Wir wollen die Kulturschätze Sachsens besser schützen, erhalten und zugänglich machen sowie die Weiterentwicklung der Kulturszene effizienter fördern. Das Kulturraumgesetz muss sich dafür viel stärker für neue kulturelle Angebote in Sachsen öffnen. Wir wollen den im Kalenderjahr 2018 im Freistaat geschaffenen Kulturpakt in das Kulturraumgesetz überführen beziehungsweise integrieren. Die Zuwendungen des Freistaates werden wir dynamisieren und über den Zeitraum 2022 in Höhe der tariflichen Anpassungen dynamisiert fortführen. Das bedeutet auch, Kulturförderung transparenter zu machen, beispielsweise indem die Bestellung von Sachverständigen in Kulturbeiräten auf maximal zwei Legislaturperioden begrenzt wird. Dabei sprechen wir uns ausdrücklich für den Erhalt der kulturellen Angebote im ländlichen Raum aus.

## **Schlösser und Industriekultur bewahren**

Sachsen weist als Kulturland neben Thüringen mit die höchste Schlösserdichte in Europa auf. Leider sind viele kulturell bedeutsame Bauwerke vom Verfall bedroht. Dieser würde einen großen unwiederbringlichen kulturellen Verlust darstellen. Den weiteren Verfall dürfen wir als Kulturland nicht weiter hinnehmen. Denkmalschutzaufgaben müssen in Teilen auf Verhandlungsbasis reduziert werden dürfen. Bauherren muss stärker Vertrauen statt Kontrolle entgegengebracht werden. Das Schlösserland Sachsen hat leider bisher nur einzelne herausragende Schlösser gerettet und vermarktet. Wir schlagen die Errichtung eines sächsischen National Trusts nach britischem Vorbild vor. In Großbritannien ist dieser eine gemeinnützige Organisation mit vielen privaten Mitgliedern, die sich die Aufgabe gestellt hat, die Denkmäler durch private Mitgliedsbeiträge, unbezahlte Arbeit der Mitglieder, Spenden, Erbschaften und Tourismuserträgen zu finanzieren.

## **Kulturwirtschaft unterstützen**

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist nicht allein ein Empfänger staatlicher Unterstützung, sondern muss in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für Sachsen gestärkt werden. Deshalb wollen wir die bisherigen Fördermaßnahmen auf den Prüfstand stellen und auf die besonderen Anforderungen der Branche anpassen.

## **Kindern den Zugang zu Musikschulen und Theatern erleichtern**

Die Förderung des künstlerischen Nachwuchses im Kinder- und Jugendbereich darf nicht vom sozialen Status der Eltern abhängig sein. Dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen auf Landes- und Kommunalebene zu schaffen. Wir fordern zur Stärkung der Leistungsgerechtigkeit, dass private Musikschulen, die entsprechende Leistungskriterien erfüllen, ebenso wie öffentliche Musikschulen gefördert werden. Neben dem kostenfreien Museumsbesuch für Kinder und Jugendliche sollen auch Theater die Möglichkeit eines kostenfreien Besuchs für Kinder und Jugendliche prüfen.

## **Kulturhauptstadt Europas 2025 als Chance begreifen**

Der Freistaat wird aufgefordert, in der Bewerbungsphase in gleicher Weise alle sächsischen Städte zu unterstützen, die sich als Kulturhauptstadt Europas 2025 bewerben – aktuell sind das Chemnitz, Dresden und Zittau.

## **Duales Rundfunksystem reformieren**

Die Gewohnheiten zur Mediennutzung verändern sich. Wir wollen das duale Rundfunksystem aus öffentlichen und privaten Anbietern erhalten. Für den Bereich öffentlich-rechtlicher Medien brauchen wir im Interesse des Erhalts der Akzeptanz eine klare Konzentration auf den Grundversorgungsauftrag mit einem Mehrwert für die Bürger. Für uns stehen Qualitätsjournalismus, Dokumentationen und schnelle und fundierte Berichterstattung sowie Kulturbeiträge im Vordergrund. Durch diese Fokussierung und einer Reduzierung der Senderzahl im Rundfunkstaatsvertrag wollen wir den Rundfunkbeitrag in der kommenden Beitragsperiode um die Hälfte absenken. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen-rechtlichen Rundfunkanstalten, sich bei Unterhaltung und Sportrechten mit kommerziellen Größen einen Wettbewerb zu liefern.

## **Meinungsvielfalt in der regionalen Medienlandschaft sichern**

Wir wollen eine vielfältige regionale Medienlandschaft sichern. Nicht kommerzielle Rundfunkveranstalter (NKL) sollen sich zu echten Bürgermedien entwickeln können. Im Interesse der Meinungsvielfalt ist bei öffentlichen Förderungen darauf Wert zu legen, dass eine pluralistische politische Berichterstattung in den Sendern erfolgt. Wir wollen dafür sorgen, dass die lokalen Fernsehsender in Sachsen eine Entwicklungsperspektive bekommen. Dazu soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine Basisförderung aus Rundfunkgebührengeldern zu ermöglichen.

## **Reform der Landesmedienanstalt**

Eine deutliche veränderte private Medienlandschaft muss auch Auswirkungen auf die Struktur der Medienaufsicht haben. Wir wollen eine föderale Medienaufsicht mit klarer gemeinsamer Struktur zur Zulassung und Aufsicht größerer und bundesweit tätiger Anbieter etablieren. Mittelfristig sollten die Landesmedienanstalten Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt zu einer gemeinsamen Mitteldeutschen Medienanstalt fusionieren. Langfristig streben wir eine Zusammenführung der Medienaufsicht sowohl für den privaten und den öffentlichen Rundfunk (Aufsicht aus einer Hand) an. Die Zulassungs- und Aufsichtsfunktion der bisherigen sächsischen Landesmedienanstalt (SLM) ist klar von ihren weiteren Aufgaben wie Projektförderung, Medienkompetenzvermittlung und Verleihung von Rundfunkpreisen abzugrenzen. Zudem wollen wir ergänzend die Aufsicht über Telemedien in Sachsen der SLM zuordnen.

## **Regulierung von Werbung**

Für Werbung existieren bisher unterschiedliche Regulierungsrahmen – abhängig von der Plattform, auf der diese ausgespielt wird. Aufgrund des besonderen Einflusses auf die ursprünglich exklusiv über Fernsehen und Radio ausgestrahlten audiovisuellen Inhalte gilt für den Rundfunk eine besonders restriktive Regulierung. Soziale Netzwerke und das Internet sind von diesen Auflagen befreit. Wir brauchen daher für die Zukunft einen einheitlichen Regulierungsrahmen für Werbung über alle Plattformen und Ausspielwege hinweg.

## **Erhalt von sorbischer Sprache und Kultur**

Die Erhaltung sowie Förderung der sorbischen Sprache und Kultur bedarf gerade in der heutigen Zeit, die durch Mobilität und neue Medien zunehmend geprägt wird, besonderer Anstrengungen. Dabei muss insbesondere die kommunale Ebene stärker unterstützt werden. Wir sprechen uns auch mit Blick auf den geplanten Strukturwandel in der Lausitz

ausdrücklich dafür aus, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, um das Studium Sorbisch Lehramt in Bautzen zu ermöglichen.

## **Wendegeschichte im öffentlichen Diskurs**

Wir begrüßen die Seitens des Freistaats angestoßenen Initiativen zur Aufarbeitung der gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozesse der 1990er-Jahre. Forschungsbemühungen auf dem Gebiet der Wende und Nachwendehistorie sind weiterhin zu unterstützen und deren Ergebnisse mittels Grundsteuer museumspädagogischer Konzepte gesellschaftlich zu verankern.

## **Kulturgüter schützen**

Für den Kulturgüterschutz im Katastrophenfall sind die Kultureinrichtungen stärker zu sensibilisieren, dieser Beratungsbedarf betrifft insbesondere kleine und mittlere museale Einrichtungen, aber ebenso die Rettungsdienste.

## **Sachsens besser international vernetzen**

Sachsen liegt im Herzen Europas. Nicht nur aufgrund unserer geografischen Lage sind die Europäische Union und die grenzüberschreitende Kooperation insbesondere mit unseren Nachbarn Polen und der Tschechischen Republik für uns von herausragender Bedeutung. Sachsen ist ein wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland mit einem großen Interesse an einem möglichst barrierefreien Export. Schon längst hat sich der sächsische Mittelstand international breit gefächert aufgestellt und Handelspartner wie Großbritannien, die USA oder Russland sind gleichberechtigt als Geschäfts- und Kooperationspartner für Sachsen von Bedeutung. Wir wollen die Voraussetzungen für eine bessere internationale Vernetzung schaffen – sowohl mit Blick auf unsere Wirtschaft als auch auf den Personen- und Kulturaustausch.

## **Wirtschaftszusammenarbeit mit Asien verbessern**

Sachsens Wirtschaft fit für die Zukunft zu machen, bedeutet auch, neue Märkte und Partner sowohl im wirtschaftlichen als auch im kulturellen Bereich zu gewinnen. Wir werden uns daher insbesondere für eine stärkere Zusammenarbeit des Freistaates mit asiatischen Ländern stark machen. Hierbei sind vor allem die ASEAN-Staaten und Indien zu nennen. Aber auch etablierte Demokratien wie Japan, Taiwan oder Südkorea sollten stärker im Fokus der Außenwirtschaftsbeziehungen Sachsens stehen. Mit China ist ein pragmatischer Umgang zu pflegen. Angebote an Chinesisch oder Japanisch sollten in Sachsen deutlich ausgebaut werden. Bei der stärkeren Zusammenarbeit mit Asien geht es jedoch nicht nur um neue Märkte für die sächsische Industrie, sondern auch um das Werben qualifizierter Arbeitskräfte für unseren Freistaat.

## **Interkulturellen Austausch fördern**

Interkulturelle Kompetenzen dürfen keine Frage einer akademischen Ausbildung sein. Neben internationalen Kultur- und Bildungsprojekten tragen dazu Austauschprogramme zwischen Schülern, Auszubildenden, Studenten aber auch beispielsweise Lehrern bei. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die bestehenden Vertretungen des Freistaates Sachsen in Breslau und Prag besser nutzen und als Anlaufpunkte auch für kleine und mittelständische Unternehmen ausbauen. Wir wollen zudem die Etablierung einer Vertretung des Freistaates in der Russischen Föderation prüfen.

## **Großbritannien bleibt ein Partner für Sachsen**

Großbritannien bleibt auch trotz Brexit ein Partner Sachsens. Wir setzen uns dafür ein, durch bilaterale Abkommen mit Großbritannien gerade in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur die Vernetzung Sachsens mit Großbritannien zu stärken. Insbesondere unsere Hochschulen sollen sich soweit wie möglich für britische Wissenschaftler und Studenten öffnen und um diese werben.

## **Zusammenarbeit mit Nachbarländern auf allen Ebenen vorantreiben**

Sachsen ist auf eine möglichst umfassende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in der Tschechischen Republik und in Polen auf kommunaler und auf Landesebene angewiesen. Die dazu bereits bestehenden Kooperationen im Bildungsbereich, im Umweltschutz, dem Katastrophenschutz oder im Polizeibereich sollen ausgebaut werden. Der Austausch zwischen Schulen und Verwaltungen im Grenzbereich verdient eine besondere Förderung. Nach wie vor fehlen noch Sprachangebote für Mitarbeiter der Verwaltungen und anderer Stellen, wie Polizei und Rettungsdienste. Dazu wollen wir auch die Möglichkeiten, Polnisch und Tschechisch an sächsischen Schulen zu lernen, erweitern.

## **Grenzenlos mobil in Europa**

Wir treten für größere berufliche Mobilität zwischen Sachsen und unseren Nachbarstaaten ein und begrüßen daher Modelle grenzüberschreitender beruflicher Ausbildung. Die Kooperation über die Grenzen hinweg auf kommunaler Ebene wollen wir prüfen, um sie einfacher zu gestalten und den Handelnden vor Ort größere Kompetenzen einzuräumen. Die Vernetzung innerhalb der Grenzregionen ist für uns weiter förderungswürdig. Diese betrifft Versorgungs- und Entsorgungsnetzes, Verkehrsdienstleistungen und die Zusammenarbeit im Bereich innerer Sicherheit.

## **Kohäsionspolitik**

Die EU-Fördermittel aus den Programmen EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) und ELER (Europäischer Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raumes) haben in den vergangenen Jahren bereits vielfältige Projekte zur Sanierung der Infrastrukturen und des Immobilienbestandes im ländlichen Raum unterstützt. Die Programme sind beizubehalten und verstärkt zu nutzen. Um die Mittelabrufung zu verbessern, sollen die Beantragung der Mittel und die Dokumentationspflichten vereinfacht werden. Wo dies nicht möglich ist muss die Verwaltung als bürgerfreundlicher Dienstleister bei der Beantragung tatkräftig unterstützend wirken. Für jede Förderperiode hat jeder Mitgliedstaat und auch jedes Bundesland die Möglichkeit, in einem Entwicklungsplan Prioritäten zu formulieren, um die Zielgenauigkeit des Mitteleinsatzes zu erhöhen. Hierbei ist ein Schwerpunkt auf die genannten Herausforderungen und Maßnahmen wie den Umbau der Infrastruktur und den Rückbau verschiedener Immobilien zu legen. Im Falle sinkender Mittel in der nächsten Förderperiode ab 2021 muss der Freistaat über einen Ausgleich fehlender Mittel nachdenken.